

Themen A bis Z

A

Abrüstung
Afghanistan-Krieg
Agenda 2010
Allgemeinwohl
Altersarmut
Altersvorsorge
Arbeitslosengeld I
Armut
Auslandseinsätze der Bundeswehr
Atomenergie

B

Bahnprivatisierung
Bildung
Biosprit
Blockparteien der DDR
Bundeshaushalt
Bundeswehr
Bürgerhaushalt
Bürgerkommune
Bürgerversicherung

D

Daseinsvorsorge, öffentliche
Datenschutz

E

E-Government
Ehegattensplitting
Ein-Euro-Jobs
Einkommensteuer
Energiepass
Energiesteuer
Erneuerbare Energien
Energiepolitik
Erbschaftssteuer
Europäische Linke

F

Familienpolitik
Feinstaub
Finanzkrise
Friedenspolitik

G

Gesundheitspolitik
Grundgesetz

K

Klimapolitik
Kulturpolitik

L

Landesbanken
Lateinamerika
Leiharbeit

M

Managergehälter
Menschenrechte
Mieten
Mindestlohn
Mittelstandspolitik

N

Nachhaltigkeit
NATO
Naturschutz
Niedriglöhne
NPD-Verbot

O

Öffentlicher Dienst
Online-Durchsuchung
Ostdeutschland

P

Pendlerpauschale
Pflegerreform
Praktikum
Privatisierung

R

Rechtsextremismus
Regionalförderung
Rekommunalisierung der Energieversorgung
Rentenpolitik

S

Schwangerschaftsabbruch
SED-Vermögen
Sparkassen
Stadtumbau
Steuerhinterziehung
Stromversorgung
Studiengebühren

T

Tobinsteuer

U

Umweltzonen
UNO
Unternehmenssteuer

V

Völkerrecht
Vorratsdatenspeicherung

W

Wehrdienst

Abrüstung

Bei den Rüstungsexporten und den Rüstungsausgaben belegt Deutschland seit Jahren einen Spitzenplatz. So findet man die Bundesrepublik derzeit nach den USA und Russland auf dem dritten Platz der Waffenexporteure wieder. Auch bei der NATO und der EU steht Abrüstung nicht auf dem Programm. Sowohl das transatlantische Bündnis als auch die Europäische Union betreiben massive Aufrüstungsprogramme.

Die Erklärungen Deutschlands für Nichtverbreitung von Waffen und Abrüstung einzutreten, bleiben leere Versprechungen. So betreibt die Bundesregierung zurzeit mehr als 25 militärische Großvorhaben – wie das bekannte Eurofighter-Programm – die den deutschen Steuerzahler mehr als 50 Milliarden Euro kosten werden. Zum Vergleich: für den Ausbau eines flächendeckenden, gebührenfreien Kita-Netzes würde gerade einmal die Hälfte dieser Mittel benötigt.

Die Bundesregierung finanziert mit ihrer Politik überflüssige und teure Rüstungsprojekte und spart lieber bei Bildung, Soziales, Entwicklungshilfen und anderen zivilen Projekten. Militärische Aufrüstung sichert nicht nur Profite, sondern ist auch der unverkennbare Eckpfeiler einer Außenpolitik, in der Krieg wieder zum Mittel der Politik wird. Wer Krieg als Mittel der Politik weltweit glaubwürdig ächten will, muss bei der Ab- und nicht bei der Aufrüstung vorne weg marschieren. Nur wenn die militärische Logik durchbrochen wird, haben zivile und friedliche Konfliktlösungsmechanismen auf Dauer eine Chance. Das beginnt mit ernsthafter Abrüstung.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, zu ihrem Wort zu stehen und sich aktiv für Nichtverbreitung von Angriffswaffen und Abrüstung einzusetzen. Deutschland und die EU sollen auf die Entwicklung und die Produktion von Angriffswaffen verzichten. Rüstungsexporte gehören verboten. Wir wollen erreichen, dass die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufgekündigt und Abrüstung zur Staatsaufgabe gemacht wird, auch durch einseitige Schritte. Einer neuen Spirale des Wettrüstens, die mit den Plänen der USA zur Einrichtung einer Raketenabwehr in Europa eingeläutet wird, muss jede Regierung Deutschlands entgegen treten. Weltweite Abrüstung und ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen gehören wieder auf die internationale Tagesordnung.

Afghanistan-Krieg

Seit Ende 2001 führt eine von den USA geführte Allianz Krieg in Afghanistan. Das Taliban-Regime wurde rasch vertrieben und eine USA-freundliche und abhängige Regierung in Kabul eingesetzt. Im Land wurden Bündnisse mit einzelnen Kriegsherren eingegangen. Die Bundeswehr ist in Afghanistan von Anfang an dabei, angeblich um den Afghanen Freiheit und Demokratie, mehr Bildung und Gesundheit zu bringen, um Frauenrechte durchzusetzen und die deutsche Bevölkerung vor Terrorangriffen hierzulande zu schützen. Das Ergebnis von sieben

Jahren Krieg in Afghanistan ist jedoch verheerend. Die Zahl der zivilen Opfer steigt, die Armut wächst. Hunger bedroht ein Drittel der afghanischen Bevölkerung. Frauen und Kinder leiden nach wie vor am stärksten unter dem Krieg. Die Intensität der Kriegshandlungen wächst – alles Hinweise für das Scheitern der NATO-Strategie.

Der deutsche Militäreinsatz verschlingt jedes Jahr 530 Millionen Euro. Nur ein Viertel steht dem Wiederaufbau zur Verfügung. Die Bundeswehr ist bei der »Sicherheitsunterstützungstruppe« ISAF der NATO mit 4500 SoldatInnen beteiligt. Die »reinen Kampfverbände« sind im Rahmen der Operation Enduring Freedom – kurz OEF – unter Führung der USA in Afghanistan stationiert. Als Ziel der Operation wird der weltweite »Krieg gegen Terror« ausgegeben. Die OEF besitzt kein Mandat der Vereinten Nationen und verstößt damit gegen das Völkerrecht. In Afghanistan ist Deutschland seit November 2008 zwar nicht mehr an OEF beteiligt, allerdings sind die beiden Einsätze längst untrennbar miteinander verbunden.

Die Militäreinsätze in Afghanistan haben nicht zu Frieden, sondern zu mehr Gewalt und Terror im Land geführt. Die Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF übernimmt zunehmend die Aufgaben und die Art der Kriegsführung der völkerrechtswidrigen OEF. Dazu gehören auch Menschenjagd und gezielte Tötungen. Infolgedessen steigt die Zahl der Opfer in der afghanischen Zivilbevölkerung immer weiter an. Trotz des massiven Militäreinsatzes sind Ziele wie Wiederaufbau, Demokratie und Sicherheit in weite Ferne gerückt. Die NATO-Strategie, Ziviles und Militärisches miteinander zu verbinden, hat dem Wiederaufbau und vor allem dem Engagement ziviler Organisationen sogar schwer geschadet. Die Truppen sind selbst zum Unsicherheitsfaktor geworden.

Die Bundesregierung hält jedoch an ihrem Kurs fest und trägt mit der Entsendung von Tornado-Kampflugzeugen und der Übernahme der sogenannten »Quick Reaction Force« ihren Teil zur Ausweitung der Kampfhandlungen bei.

DIE LINKE hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von Anfang an abgelehnt. Der Kampf gegen den Terror kann nicht mit militärischen Mitteln gewonnen werden. Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sondern sie ist längst Teil des Problems.

DIE LINKE fordert den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und setzt sich für den zivilen Wiederaufbau ein. Es gibt Alternativen zu diesem Krieg. Gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten, auch aus Afghanistan, setzt sich DIE LINKE für die Stärkung von demokratischen Kräften und insbesondere von Frauen in Afghanistan ein.

Der Einsatz der Bundeswehr hat die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bisher weit über 2 Milliarden Euro gekostet. Dieses Geld muss für den zivilen Wiederaufbau des Landes eingesetzt werden.

Agenda 2010

Sozialabbau hat einen Namen: Agenda 2010. Am 14. März 2003 präsentierte Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder dieses Programm zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Der Bogen wurde weit gespannt. Von Zuzahlungen, Praxisgebühr, Streichungen im Leistungskatalog der Krankenkassen im Gesundheitswesen über die Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuern im Steuerrecht und die diversen »Hartz«-Gesetze im Arbeitsbereich bis hin zu Verschlechterungen bei der Rente.

Die Agenda 2010 steht für soziale Grausamkeiten. Rot-Grün hat die sozialen Sicherungssysteme nicht wie versprochen zukunftssicher gemacht, sondern ausgehöhlt. Die Unsicherheit, die Angst vor dem Absturz wurde mit der Agenda-Politik bis weit in die Mittelschichten hineingetragen. Gesundheit hängt immer mehr vom Geldbeutel ab. Hartz IV ist Armut und Demütigung per Gesetz. Verschärfte Zumutbarkeitskriterien und Sanktionen zwingen Erwerbslose, jede Arbeit zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen. Die Angst vor dem schnellen sozialen Abstieg schwächt die Position der Beschäftigten. Die Folge: mittlerweile müssen 6,5 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen arbeiten. Auch die Zahl der Menschen, die sich ohne Perspektive mit Leiharbeit, Befristungen oder Minijobs begnügen müssen, ist rasant angestiegen. Lohndumping und sinkende Einkommen schwächen die Binnennachfrage, was auch wirtschaftspolitischer Unsinn ist.

DIE LINKE fordert statt der unsozialen Agenda 2010 eine Agenda Sozial:

- Anhebung der Hartz IV-Regelsätze: Die Regelsätze müssen im ersten Schritt auf 435 Euro erhöht und die Zumutbarkeitskriterien verbessert werden.
- Längere Zahlung von Arbeitslosengeld I: Wer länger eingezahlt hat, muss auch länger Leistungen bekommen. Menschen, die dazu keine Chance hatten, sollen eine Mindestabsicherung erhalten.
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns: Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens acht Euro, der in schnellen Schritten auf zehn Euro erhöht wird.
- »Gute Arbeit« als Ziel: Gute Arbeit heißt gute Löhne, Mitbestimmung, Sicherheit, starke Gewerkschaften und gesunde Arbeit.
- Mehr Solidarität im Gesundheitswesen: Eine solidarische Bürgerversicherung und ein umfassender Versorgungsanspruch für alle Menschen – so muss die Zukunft im Gesundheitswesen aussehen.
- Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung: Sie muss allen Erwerbstätigen offen stehen und den Lebensstandard im Alter sichern.
- Gerechtigkeit in der Steuerpolitik: Die Spitzensteuersätze sollen erhöht, die Erbschaftsteuer reformiert und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden.

Allgemeinwohl

Zum »Wohl der Allgemeinheit« zu handeln, ist die Aufgabe von Politik und öffentlicher Hand, des Staates. Was zum Allgemeinwohl zählt und ihm nutzt, ist nicht abschließend festgelegt, sondern Gegenstand demokratischer Entscheidungen. Das Grundgesetz setzt dem staatlichen Handeln Grenzen: die Würde des Menschen steht über allem staatlichen Handeln; die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger setzen dem Staat Schranken. Umgekehrt zieht das Grundgesetz auch eine klare Richtschnur für privates Handeln: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (Artikel 14 Grundgesetz) Zum Handeln für das Allgemeinwohl gehören die Wahrung der Grundrechte und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit als demokratisch legitimierte Aufgabe. Das beinhaltet die Berücksichtigung der Interessen von Gruppen, die sich für ihre Interessen nicht einsetzen können. Auch der Schutz von Natur und Umwelt dient dem Allgemeinwohl.

Um den Respekt vor der Würde aller Menschen ist es nicht zum Besten bestellt. Freiheitsrechte von Arbeitslosen werden durch Hartz IV beschnitten. Zum Beispiel ist der Preis, zu entwürdigenden Arbeitsverhältnissen »nein« zu sagen, unzumutbar hoch: Leistungsentzug. Oder: Die Regierenden haben die Finanzmarktspekulationen deutscher Banken und Fonds durch Änderungen der Steuergesetze noch unterstützt. Als dann Bankenpleiten drohten, stellte die Große Koalition 500 Milliarden Euro zur Bankenrettung bereit, verzichtet aber auf jeden Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen im Sinne des Allgemeinwohl. Und zu keinem Zeitpunkt wurde einmal geprüft, ob die Banken und Fonds von ihrem Eigentum denn im Sinne des Grundgesetzes an den internationalen Finanzmärkten Gebrauch gemacht haben. Verstaatlichung allein ist kein ausreichendes Mittel, um wirtschaftliches und politisches Handeln auf das Allgemeinwohl zu verpflichten. Was im Wohle der Allgemeinheit liegt, wie es zu erreichen ist, darüber muss demokratisch entschieden werden. Deshalb braucht es öffentliche, demokratische Kontrolle der staatlichen Einflussnahme eben auch über Landesbanken oder andere öffentliche Unternehmen hinaus.

Politisches wie wirtschaftliches Handeln ist in demokratisch legitimierte und am Allgemeinwohl orientierte Bahnen zu lenken. DIE LINKE wirkt für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung für alle Menschen ermöglichen. Ein grundlegender Politikwechsel für eine sozial gerechtere Gesellschaft erfordert, die Idee der Solidarität mit Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu verbinden. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit sind grundlegende am Gemeinwohl orientierte Werte für DIE LINKE, national wie international. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden.

Altersarmut

Deutschland hat ein umfassendes Rentensystem. Für Rentnerinnen und Rentner bedeutete dies bisher, dass sie nach jahrzehntelanger Arbeit den Lebensabend mehr oder weniger genießen konnten. Auch deshalb ist Altersarmut bis heute weitgehend kein Thema. Dies wird sich in Zukunft jedoch ändern, denn die Agenda 2010 der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung schafft viele schlecht bezahlte Jobs. Und nicht nur der Lohn ist schlecht, auch für die Rente kommt bei diesen Mini- und Midi-Jobs dabei nichts heraus.

Und selbst wer heute eine reguläre Vollzeitstelle hat, muss bereits heute 28 Jahre arbeiten, um eine Rente von über 800 Euro, dem Grundsicherungsniveau, zu erhalten. Nach der Rentenreform 2007 muss ein Durchschnittsverdiener sogar 34 Jahre lang in die Rentenkasse einzahlen, um wenigstens das Grundsicherungsniveau zu erreichen.

Die Durchschnittsrente, also das Einkommen nach 45 Beitragsjahren in der Rentenversicherung bei Durchschnittsverdienst, könnte schon 2022 unter das Grundsicherungsniveau sinken. Das bedeutet, dass Millionen Menschen ohne private Vorsorge im Alter auf staatliche Hilfe angewiesen sein werden.

Wenn viele Menschen auch bei langer Versicherungszeit keine Rente mehr erreichen, die deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt, zerstört dies die Legitimation der gesetzlichen Rente als öffentlichem Pflichtversicherungssystem. Interessierte Akteure würden dies zum Anlass nehmen, das von Beschäftigten und Unternehmen gemeinsam finanzierte Beitragssystem gänzlich zu schleifen und die Alterssicherung dem Einzelnen und dem Risiko der Märkte zu überantworten. Soweit darf es nicht kommen.

Wir brauchen eine gesetzliche Rente, die langjährigen BeitragszahlerInnen eine Rente deutlich über dem Niveau der Grundsicherung bietet.

Die in den vergangenen Jahren eingeführten Kürzungsfaktoren sollen aus der Rentenformel gestrichen werden. Es muss wieder ein bestimmtes Sicherungsniveau, wie die früheren 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoverdienstes als Ziel gelten.

Die Beitragssatzhöhe muss sich wieder an dem angestrebten Leistungsniveau orientieren.

Frauen, die besonders häufig von Altersarmut betroffen sind, muss der Aufbau einer ausreichenden eigenständigen Alterssicherung ermöglicht werden.

Damit Phasen der Erwerbslosigkeit oder Kinderbetreuung und niedrige Löhne nicht in die Altersarmut führen, wollen wir den Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente stärken.

Die Grundsicherung im Alter muss erhöht werden. Niemand soll im Alter weniger als 800 Euro aus der gesetzlichen Rente oder der Grundsicherung haben.

Die Basis für eine auskömmliche Rente auch in der Zukunft ist zudem eine Politik für gute Arbeit und

gute Löhne. Armutslöhne führen auch zu Armutsrenten. Dumpinglöhnen muss deshalb durch einen gesetzlichen Mindestlohn ein Riegel vorgeschoben werden, prekäre Jobs müssen in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden.

Altersvorsorge

»Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.« Jeder Mensch möchte nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben seinen Lebensabend ohne finanzielle Sorgen verbringen können. Dafür gibt es die Altersvorsorge. Das mit Abstand wichtigste System der Alterssicherung ist die gesetzliche Rente. Im Durchschnitt speisen sich 85 Prozent der Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rente. Nur zehn Prozent kommen aus privater Vorsorge, fünf Prozent aus Betriebsrenten. Über lange Jahre war es Konsens, dass die gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichern muss. Jedoch wurde von der rot-grünen Regierung 2001 ein Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik vollzogen. Nicht mehr die Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente war nun Ziel, sondern die Stabilität des Beitragssatzes. Wer die Beiträge stabil halten will, muss das Rentenniveau kürzen. So ist es in mehreren Änderungen der Rentenformel vorgesehen. Die entstehenden Versorgungslücken sollen die Beschäftigten durch eine »Riester-Rente« und zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge stopfen. Für die Versicherten bleiben die Beiträge keineswegs stabil. Das gilt nur für die Arbeitgeberanteile.

Von dieser Rentenpolitik profitieren vor allem die Arbeitgeber und die privaten Versicherungen. Sie machen mit den Riester-Verträgen Gewinne und sammeln Milliarden für das Spiel an der Börse ein. Diese kapitalgedeckte Altersvorsorge ist nicht nur unsicher, wie die aktuelle Finanzkrise wieder zeigt. Die privaten Rentenfonds erhöhen zugleich den Druck, an den Börsen immer höhere Renditen erzielen zu müssen. Die Arbeitgeber sparen, weil ihr Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung eingefroren ist und bis 2030 nicht über 11 Prozent steigen soll. Für die Beschäftigten bedeutet es, dass sie in Zukunft weniger Rente erhalten und mehr für die zusätzliche Vorsorge bezahlen. Bereits heute müssen sie rund 16 Prozent ihrer Löhne und Gehälter für die Altersvorsorge – knapp 10 Prozent Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung, 6 Prozent für die verbleibende Versorgungslücke – zahlen, wenn sie ihren Lebensstandard im Alter halten wollen.

Trotzdem wird das Gesamtversorgungsniveau aus gesetzlicher und Riester-Rente bis 2021 unter das heutige Niveau der gesetzlichen Rente sinken. Viele Menschen können sich zudem überhaupt keine zusätzliche Vorsorge leisten, weil sie erwerbslos sind oder zu wenig verdienen. Das bedeutet für sie Armut im Alter.

DIE LINKE fordert:

■ Die gesetzliche Rente muss wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung werden und den Lebensstandard im Alter sichern.

- Dazu müssen sämtliche Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel gestrichen werden und ein Rentenniveau, das den Lebensstandard sichert, gesetzlich fest geschrieben werden.
- Langjährige Beitragszahler/innen müssen eine gesetzliche Rente erhalten, die deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt.
- Die Unternehmen werden wieder paritätisch, das heißt zur Hälfte, an den Kosten der Alterssicherung beteiligt.
- Private und betriebliche Alterssicherung kann die gesetzliche Rente ergänzen, aber nicht teilweise ersetzen.
- Der Solidarausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung muss zugunsten von Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und mit niedrigen Einkommen gestärkt werden
- Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausgebaut, in die alle Berufsgruppen einbezogen sind.

Arbeitslosengeld I

Angst vor Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet. Wer seinen Job verliert, stürzt seit den Hartz-Gesetzen nach zwölf Monaten vom Arbeitslosengeld I auf Hartz IV-Niveau ab. Das Arbeitslosengeld I beträgt immerhin 60 Prozent des letzten Nettolohns, mit Kindern 67 Prozent. Dagegen bedeutet das Arbeitslosengeld II, besser bekannt als Hartz IV, nur noch 351 Euro pro Monat plus Wohnkosten. Damit kann der Lebensstandard nicht gehalten werden. Gleichzeitig erfolgt bereits nach zwölf Monaten die Aussortierung als »Langzeitarbeitsloser« und »Sozialfall«. Ältere Erwerbslose mit vielen Beitragsjahren bekommen geringfügig länger Arbeitslosengeld I. So bekommt, wer älter als 50 Jahre ist, im Höchstfall 15 Monate Arbeitslosengeld I. Über 55jährige beziehen längstens 18 Monate Arbeitslosengeld I. Wer älter als 58 Jahre ist, erhält maximal 24 Monate Arbeitslosengeld I.

Kurze Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld I sollen Erwerbslose dazu bringen, eine angebotene Arbeit auch bei schlechter Bezahlung anzunehmen. Sonst droht der Absturz in Hartz IV. Die Angst vor dem sozialen Abstieg soll die Beschäftigten disziplinieren, »freiwilligen« Lohnverzicht und längeres Arbeiten »fördern«. Die gleichzeitige Ausbreitung von Niedriglohnjobs belegt den zweifelhaften Erfolg dieser Politik. Insbesondere Ältere sind die Verlierer. Wer vorher über viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, wird durch kurze Bezugszeiten enteignet. Er bekommt nicht einmal seine Beiträge als Leistung zurück. Zudem werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit zunehmendem Alter nicht besser. Die Gefahr des sozialen Abstiegs aber wird größer.

Die Arbeitslosenversicherung hat für DIE LINKE die Aufgabe, im Fall der Arbeitslosigkeit den Lebensstandard abzusichern. Wenn das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird, haben Erwerbslose auch länger

Zeit, sich nach einer guten Arbeit umzusehen. Sie sind nicht gezwungen, das erstbeste Angebot anzunehmen. Wer gute Arbeit will, darf beim Arbeitslosengeld nicht sparen.

DIE LINKE fordert längere Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld I. Gleichzeitig müssen für Menschen, die nur kurze Beitragszeiten aufweisen, Mindestansprüche definiert werden. Das bedeutet: Für Erwerbslose, die weniger als zwei Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sollen wieder die Regelungen vor den Hartz-Gesetzen gelten. Wenn innerhalb der letzten drei Jahre zwei Jahre Beiträge abgeführt wurden, sollen unter 55-jährige ein Jahr Arbeitslosengeld I bekommen. Menschen mit Behinderungen und über 55-jährige erhalten zwei Jahre Arbeitslosengeld I. Über 60-jährige wiederum beziehen 30 Monate Arbeitslosengeld I. Für jedes weitere Beitragsjahr verlängert sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld I um einen Monat.

Armut

Vor zwanzig Jahren undenkbar, heute Alltag in Deutschland: Menschen durchkämmen Mülleimer auf der Suche nach Pfandflaschen und weggeworfenen Lebensmitteln. Das ist Armut im Jahre 2008. In einem der reichsten Länder der Welt ist die Zahl der von Armut Betroffenen seit Ende der 1990er Jahre auf rund 7 Millionen gestiegen. Zunehmend sind auch Kinder von diesen Verhältnissen betroffen. Das Bundesfamilienministerium räumt ein, dass etwa 2,4 Millionen Kinder in Deutschland, also etwa 17 Prozent von Armut betroffen sind. Sie leben damit von einem Einkommen, mit dem sie nicht am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Armutsfalle schnappt vor allem bei Arbeitslosen zu. Durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und durch Hartz IV rutschen besonders Alleinerziehende, Menschen ohne Berufsabschluss oder mit Migrationshintergrund zunehmend in die Armut ab, wobei im Osten der Anteil der Armen höher ist als im Westen.

Selbst wer Arbeit hat, ist vor Armut nicht sicher: Jeder dritte Vollzeitbeschäftigte arbeitet heute im Niedriglohnsektor. 24 Prozent bekommen prekäre Löhne und 12 Prozent erhalten gar Armutslohne. Fast 1,3 Millionen Personen beziehen neben einem Erwerbseinkommen aufstockende Leistungen der Grundsicherung. Das Beschäftigungsprogramm der Agenda 2010 hat seine Folgen: Arm trotz Arbeit! Während der Anteil der Niedriglöhner immer stärker steigt, dünnt sich die Mittelschicht aus. Seit Jahren erleiden ArbeitnehmerInnen einen realen Kaufkraftverlust, der durch den starken Anstieg der Energiepreise nochmals gewachsen ist.

DIE LINKE hält daran fest, dass Armut und Arbeitslosigkeit gesellschaftliche Ursachen haben. Der unverschuldete Absturz in Armut muss durch sozialstaatliche Sicherungen verhindert werden. Wer ohne eigenes Einkommen ist, muss auf die Allgemeinheit vertrauen können, dass das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet ist. Und eine Gesellschaft, die längere Arbeitslosigkeit nicht

verhindern kann oder will, muss Wege fördern, die aus der Armut wieder herausführen. Die herrschende Politik, die Leistungskürzung, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Druck auf Erwerbslose kombiniert, lehnen wir entschieden ab.

DIE LINKE fordert:

- Arbeit muss vor Armut schützen. Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8 Euro, der in schnellen Schritten auf 10 Euro ansteigt, und eine Lohnentwicklung, die Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt. Eine nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik schafft mehr gute Arbeit und bekämpft die Arbeitslosigkeit, so dass mehr Menschen ein ordentliches Einkommen haben.
- Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV müssen armutsfest und repressionsfrei sein, damit ihre Bezieher/innen in Würde leben können und nicht Druck auf Löhne und Beschäftigte ausgeübt wird. In einem ersten Schritt muss daher der Regelsatz auf 435 Euro erhöht werden. Perspektivisch soll eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung eingeführt werden, die eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Erwerbslose dürfen nicht in Arbeit gedrängt werden, die nicht Existenz sichernd ist.
- Es bedarf verstärkter Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, kostenlose Schulmittagessen und Freizeitangebote. Kinder aus armen Familien brauchen bessere Startchancen und Alleinerziehende die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren.
- Die Arbeitsmarktpolitik muss sich daran orientieren, Menschen Chancen auf gute Arbeit zu eröffnen. Dazu muss in Aus- und Weiterbildung investiert werden.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist mit etwa 7000 Soldatinnen und Soldaten weltweit im Einsatz. Deutschland gehört damit zu den Staaten, die die größten Truppenkontingente für internationale Militäreinsätze zur Verfügung stellen. Das Aufgabenspektrum erstreckt sich von Überwachungseinsätzen der Vereinten Nationen mit Militärbeobachtern – wie in Georgien (UNOMIG) oder im Libanon (UNIFIL) – über »Stabilisierungsfunktionen – wie in Bosnien (EUFOR) – bis hin zu völkerrechtlich fragwürdigen Kampfeinsätzen wie am Horn von Afrika (OEF) und in Afghanistan (ISAF). Letzterer ist dabei mit 4500 Soldatinnen und Soldaten der größte Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Die Kosten für die Auslandseinsätze belaufen sich auf mehr als eine halbe Milliarde Euro pro Jahr. Das entspricht dem Gesamthaushalt des Bundesministeriums der Justiz.

DIE LINKE spricht sich nicht nur aus finanziellen Gründen gegen Militäreinsätze aus. Sie lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr auch aus zwei weiteren Gründen ab. Zum einen sind das völkerrechtliche Gründe. So sind wir der Meinung, dass das Friedensgebot der Charta der Vereinten

Nationen strikt befolgt und in den Mittelpunkt von Konfliktlösungen gestellt werden muss. Zum anderen ist DIE LINKE auch aus politischen Gründen gegen Militäreinsätze. Militäreinsätze sind keine Lösung. Sie sind oftmals Teil des Problems. Der Einsatz von Militär löst keine Konflikte. In militärischen Kampfhandlungen leidet meist zuerst und vor allem die Zivilbevölkerung. Bestenfalls werden oberflächlich die unmittelbaren Kampfhandlungen eingedämmt. Militäreinsätze haben zudem oftmals zur Folge, dass den Menschen ein einseitiger Lösungsversuch aufgezwungen wird. Das Resultat war und ist häufig eine Art militärische Dauerbesatzung, um den Ausbruch neuer Gewalthandlungen zu verhindern. Mit dieser Strategie schafft man keinen Frieden.

Zivile Krisenvorsorge sowie ziviles Konfliktmanagement spielen im Vergleich zu den vermeintlich »erfolgreicheren«, tatsächlich aber nur spektakulären militärischen Maßnahmen nahezu keine Rolle mehr. Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich.

DIE LINKE fordert die Heimkehr der gegenwärtig im Auslandseinsatz befindlichen deutschen Truppen. Deutschland muss den Auftrag der Bundeswehr auf die Landesverteidigung und die Katastrophenhilfe beschränken. Die militärischen Potenziale Deutschlands – und der EU – sollen zurückgebaut werden.

DIE LINKE fordert zivile Konfliktvorbeugung und -lösung als Alternative zu Kriegseinsätzen, deshalb soll mehr Geld in die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile Krisenprävention investiert werden. Militäreinsätze sind keine Lösung. Sie sind oftmals Teil des Problems.

Atomenergie

Mächtige Lobbyisten aus der Energiewirtschaft, vor allem der vier großen Energiekonzerne und der Kraftwerksbauer, fordern den Ausstieg aus dem Atomausstieg und den Bau neuer Atomkraftwerke. Sie wollen mit ihren bereits abgeschriebenen Atomkraftwerken weiter ordentlich Profit machen. Sie setzen weiter auf eine undemokratische Großtechnologie, weil sie anders als dezentrale erneuerbare Energien ihre wirtschaftliche und politische Macht stärkt. Dabei hat sich an den Risiken der Atomenergie nichts geändert. Das zeigen die letzten Unfälle im schwedischen Atomreaktor Forsmark oder im deutschen AKW Krümmel. Das zeigen die nach wie vor ungelösten Entsorgungsprobleme mit dem bereits vorhandenen Atommüll. Das Endlager in Morsleben ist teilweise eingestürzt und wird nun mit Millionen Tonnen Salz und Beton aufgefüllt. Der Salzstock Asse, in dem sich schon 126 000 Behälter mit Atommüll befinden, säuft bereits seit längerer Zeit langsam ab, was bis zum Sommer 2008 der Öffentlichkeit verschwiegen wurde.

Die Energieerzeugung durch Kernspaltung ist und bleibt ein hochgefährlicher, nicht beherrschbarer Irrweg mit völlig ungeklärten Langzeitproblemen bei der Endlagerung.

Die Atom-Lobby versucht die Atomkraft neuerdings als Klimaschutz-Technologie zu verkaufen. Doch Atomstrom ist keineswegs völlig CO₂-frei, denn Uranabbau und -aufbereitung, sowie die Lagerung des Atommülls werden aus den Betrachtungen meist ausgeblendet. Zentrale Großkraftwerke halten die notwendige solare Energiewende auf. Auch aus Gründen der Demokratie und des Wettbewerbs sind dezentrale Strukturen gefragt. Die von CDU/CSU geforderten Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken verzögern den aus Klimaschutzgründen erforderlichen Umbau der Energiewirtschaft. Dabei sichert der von der rot-grünen Regierung mit der Atomlobby ausgehandelte sogenannte Atomausstieg den Betrieb von Atommeilern in Deutschland noch mindestens für die nächsten zwölf Jahre.

DIE LINKE bleibt dabei: Der Ausstieg aus der Atomenergie muss schnellstmöglich erfolgen. Einen Ausstieg aus dem Ausstieg darf es nicht geben. Die immer noch beträchtlichen Mittel, die in die Atomforschung fließen, sollen auf die Entwicklung erneuerbarer Energien umgelenkt werden. Die Endlagerfrage muss endlich gelöst werden, sonst werden die heutigen Zwischenlager zu atomaren Langzeitrissen. Der Salzstock Gorleben hat sich bereits heute als untauglich erwiesen. Eine Rückholung des endgelagerten Atommülls muss möglich für den Notfall möglich sein.

Bahnprivatisierung

Seit Jahren arbeiten Bahnchef Mehdorn und die Bundesregierung daran, die Deutsche Bahn AG an die Börse zu bringen. Dafür wurde die Bahn so umgebaut, dass sie für Finanzinvestoren attraktiv ist. Innerhalb von 10 Jahren wurden etwa 5000 Strecken-km stillgelegt, Hunderte Bahnhöfe und Tausende Fahrkartenschalter geschlossen, die Fahrpreise im Fernverkehr nahezu verdoppelt und die Zahl der Arbeitsplätze halbiert. Mit den Stimmen der Regierungskoalition hat der Bundestag Ende Mai 2008 beschlossen, 24,9 Prozent der Transport- und Logistikunternehmen der Bahn an die Börse zu bringen. Der Bund hat damit de facto begonnen, seine Verfügungsgewalt über diesen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge an private Investoren abzugeben. Angesichts der Turbulenzen an den Finanzmärkten ist der für Ende Oktober geplante Börsengang der Deutschen Bahn allerdings auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Der Bahn droht ein Ausverkauf auf Raten. Diese Teilprivatisierung der DB AG führt in ihrer Konsequenz dazu, dass die Allgemeinheit für die Verluste aufkommen muss, während private Unternehmer die Gewinne kassieren. Die Bahnprivatisierung widerspricht den – zuletzt auf der Umweltkonferenz in Bali im Dezember 2007 – eingegangenen Klimaverpflichtungen Deutschlands.

Es werden elementare demokratische Grundsätze verletzt, 70 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger lehnen die Bahnprivatisierung ab. Die Bahnprivatisierung verletzt das Grundgesetz, Artikel 87e, das der Bahn eine wichtige Rolle für die Daseinsvorsorge zuweist: »Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes [...] Rechnung getragen wird [...].«

DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp des geplanten Verkaufs von zunächst 24,9 Prozent der Transport- und Logistikunternehmen an der Börse! Die DB AG bleibt zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes. Wir treten dafür ein, das Schienennetz zu erhalten und auszubauen, die Gleiskapazitäten für den Gütertransport zu erweitern, den Fahrgästen eine kundenfreundliche, sichere, bezahlbare, pünktliche Bahn zur Verfügung zu stellen. Mehr Güter von der Straße auf die Schiene! Wir wollen einen sozial und ökologisch verträglichen Schienenverkehr, der nicht zu Lasten von Beschäftigten und Kunden geht.

Bildung

Das Bildungssystem in Deutschland ist in einem schlechten Zustand: Bund und Länder verwehren vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gute Bildung. 76 000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Nur jedes 8. Kind unter drei Jahren hat einen Krippenplatz. Fast 400 000 Jugendliche warten auf einen Ausbildungsplatz. Studiengebühren schrecken junge Leute ab zu

studieren. Lehrerinnen und Lehrer können die Kinder nicht angemessen fördern, weil die Klassen zu groß sind. Keines der alten 15 EU-Länder gibt weniger Geld pro Grundschülerin und Grundschüler aus. Deutschland ist zudem Spitze bei der sozialen Auslese in der Bildung: In der Regel kommen Akademikerkinder aufs Gymnasium. Arbeiterkinder haben dagegen bei gleicher Leistung weniger Chancen. Das Recht auf Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung wird in Deutschland systematisch verletzt, so der Bericht des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz. Die von der Bundeskanzlerin ausgerufene »Bildungsrepublik Deutschland« ist ein hohles Versprechen: Die Bundesregierung gibt mindestens bis zur Wahl keinen Euro zusätzlich für die Bildung aus, obwohl wir in einem der reichsten Länder der Welt leben.

DIE LINKE tritt für das Recht auf gebührenfreie und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein – unabhängig vom Geldbeutel und vom Bildungsstand der Eltern. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Jede und jeder muss sich umfassend bilden, individuell entwickeln und an der Gesellschaft teilhaben können. Um die Bildungsmisere zu beheben, muss das Bildungssystem in Deutschland grundlegend reformiert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Bund und Länder gemeinsam Geld für einen nationalen Bildungspakt bereitstellen. Allein um die durchschnittlichen Bildungsausgaben der OECD-Länder zu erreichen, müssen Bund und Länder jedes Jahr rund 18 Milliarden Euro mehr für die Bildung in die Hand nehmen.

DIE LINKE fordert eine gebührenfreie, hochwertige Betreuung für jedes Kind. Die öffentlichen Kindertageseinrichtungen müssen ausgebaut und besser ausgestattet werden. Mehr Erzieherinnen und Erzieher müssen eingestellt werden. Das dreigliedrige Schulsystem soll durch eine Gemeinschaftsschule ersetzt werden, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen. Mit kleineren Klassen, Ganztagschulen und mehr Lehrerinnen und Lehrern entstehen die Voraussetzungen, um die Fähigkeiten und Stärken jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu fördern.

DIE LINKE will ein bundesweites Verbot von Studiengebühren, mehr Studienplätze und ein deutlich besseres BAföG durchsetzen, damit sich alle ein Studium leisten können. Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung müssen studieren dürfen. Mit einem Erwachsenenbildungsgesetz soll die berufliche und allgemeine Weiterbildung für alle, insbesondere weniger Qualifizierte, gefördert werden.

Bio-Sprit

Die fossilen Rohstoffe wie Öl und Kohle sind begrenzt und wachsen nicht nach. Mittel- und langfristig steigen die Energiepreise, insbesondere auch der Preis für Benzin und Diesel. Erneuerbaren Energien, Energien aus nachwachsenden Rohstoff-

fen, »Bioenergien« scheinen einen Ausweg aus der Sackgasse zu bieten. Jedoch: Für die Nutzung von Bioenergie stehen in Deutschland und Europa nur begrenzte Anbauflächen zur Verfügung. Nur ein Bruchteil der von der Bundesregierung und der EU angestrebten Biosprit-Anteile kann daher über die vorhandenen Flächen erzeugt werden. Die überhöhten Ziele werden nur erreicht, wenn auf Monokulturen und massive Importe von Agrarkraftstoffen gesetzt wird. Das aber führt zu einer Verschärfung globaler Probleme. Dabei werden Umwelt- und Sozialstandards außer Acht gelassen. In den Ländern des Südens werden dadurch Regenwaldrodungen oder Vertreibung von Kleinbauern zur Regel. Der Anbau von Pflanzen für die Spritproduktion wird attraktiver als der Anbau von Pflanzen für die Nahrungsmittelproduktion. Ein internationales Zertifizierungssystem für nachhaltig angebaute Energiepflanzen ist nicht kontrollierbar und wird kaum greifen.

Der massive Einsatz von Biosprit ist eine Sackgasse. Die Umstellung der Rohstoffbasis für die Sprit-Erzeugung muss Hand in Hand gehen mit einer Wende in der Verkehrspolitik, die zu sinkendem Bedarf beiträgt. Ein nutzerfreundlicher öffentlicher Nahverkehr und eine attraktive Bahn müssen geschaffen werden. Steigende Benzinpreise können nicht durch den wachsenden Einsatz Bio-Sprit aufgefangen werden. Bereits der Versuch verschärft die weltweiten Probleme in der Nahrungsmittelproduktion. Unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes und der Energieeffizienz sollte künftig ohnehin verstärkt auf Biogas gesetzt werden. Es kann sowohl für die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme als auch in Fahrzeugen eingesetzt und ins Erdgasnetz eingespeist werden. Die eingesetzte Biomasse wird dabei dreimal wirksamer genutzt als bei Biosprit. Die Produktion von Pflanzenölen und Biodiesel macht in regionalen Kreisläufen für den Eigenbedarf in der Landwirtschaft oder bei Busunternehmen vor Ort Sinn.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Überprüfung der deutschen und europäischen Biosprit-Ziele. Die überhöhten Quoten von zehn bis zwanzig Prozent gehen zu Lasten von Natur und Klimaschutz. Sie sind nur durch hohe Importe zu erfüllen. Überprüfbare Nachhaltigkeitskriterien fehlen bisher. Notwendig ist auch ein Importverbot für Agro-Energiestoffen und die Beschränkung auf einheimischen Anbau. In Deutschland muss die Bioenergie-Förderung konsequent am Klimaschutz ausgerichtet werden. Das heißt im Zweifel: kein Strom aus Palmöl, und: Biogas statt Biosprit.

Blockparteien der DDR

Neben 2,2 Millionen Menschen, die 1987 in der SED organisiert waren, gab es im selben Jahr etwa 469 000 Mitglieder sogenannter Blockparteien. Im einzelnen waren das: die CDU (die 1945 gegründete christlich-soziale Partei im Osten), die LDPD (die 1945 gegründete liberale Partei im Osten), die DBD (Deutsche Bauernpartei, 1948 auf Betreiben

der SED gegründet um die Landbevölkerung in ihrem Sinne zu binden), die NDPD (1948 auf Betreiben der SED gegründet, um nationale und patriotische Kräfte an sich zu binden). Alle diese Parteimitglieder haben in und für die DDR mehr oder minder Verantwortung getragen. Zudem war die Zugehörigkeit in Blockparteien eine Möglichkeit, die Karrierechancen in der DDR zu verbessern. Sie stellten zusammen mit gesellschaftlichen Massenorganisationen – wie der FDJ oder des Demokratischen Frauenbundes – in den Parlamenten aller Ebenen etwa 2/3 der Mandatsträger/innen, ähnlich wurden auch die Ämter in der DDR-Regierung, in den Räten der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden besetzt. Das war Parteidoktrin der SED – moderiert und organisiert von der »Nationalen Front«, in der sich alle DDR-Parteien zusammengeschlossen hatten. Deshalb führte der schnellere Weg in verantwortungsvolle politische Positionen auf allen Ebenen des Staatsapparates der DDR oft über die Mitgliedschaft in einer Blockpartei. So wurde Stanislaw Tillich, heute Ministerpräsident der CDU in Sachsen, kurz nach seinem Parteitritt in die CDU (1987) im Mai 1989 Rat des Kreises Kamenz für Handel und Versorgung und zugleich Stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises (also der Kreisregierung).

Mit Blick auf die Volkskammerwahlen 1990, bei der noch einmal alle Blockparteien antraten, drängten Vorreiter in der DDR und Wahlunterstützer/innen aus den Westparteien auf Konzentration. So schloss sich die Ost-CDU, die DSU und der DA zu einem Wahlbündnis zusammen, das die Volkskammerwahlen mit deutlichem Abstand gewann. Die anderen Blockparteien fuhren bei der 1990er Volkskammerwahl sehr magere Wahlergebnisse ein. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober kam es deshalb zu weiteren Konzentrationen: der CDU schloss sich die DBD an; die Ost-FDP fusionierte u. a. mit der LDPD, außerdem schloss sich ihr die NDPD an.

Die alten Blockparteien stärkten CDU und FDP ab 1990 im Osten spürbar – sowohl durch ihre zahlreichen Mitglieder, daneben natürlich durch ihre organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten. Entsprechend prominent waren und sind Mitglieder der Blockparteien im politischen Geschäft präsent. Von den 67 ostdeutschen CDU-Abgeordneten im 1990 gewählten Bundestag entstammten 39 den Blockparteien. Von heute 26 CDU-Bundestagsabgeordneten mit Ost-Biographien waren mindestens neun vor 1989 Mitglieder der Ost-CDU bzw. der DBD. Mindestens 57 heutige Landtagsabgeordnete der CDU waren Mitglieder von DDR-Blockparteien. Von den sechs FDP-Bundestagsabgeordneten mit Ost-Biographien waren immerhin vier Mitglieder der LDPD. Bis heute wird die Basis von FDP und CDU in Ostdeutschland ganz wesentlich von Mitgliedern ehemaliger Blockparteien getragen.

Während es in der PDS seit ihrer Gründung schmerzhaft Auseinandersetzungen über die politische Verantwortung in der DDR gegeben hat, die bis heute fortgesetzt werden, hat es entsprechende Klärungsprozesse bisher weder in der CDU, noch in der FDP gegeben. Stattdessen versucht insbesondere

re die CDU heute, mit Angriffen auf die DDR-Vergangenheit DIE LINKE politisch zu diskreditieren.

Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt ist die in Zahlen geschriebene Politik der Regierung. Steuern und Abgaben von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen bilden den Hauptteil der Einnahmen des Staates. Das meiste Geld gibt der Staat für die Bereiche Arbeit und Soziales sowie für die Bundeswehr aus. Der Bundeshaushalt für das Jahr 2009 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 288 Milliarden Euro vor.

Die Regierungen der vergangenen zehn Jahre mit sozialdemokratischen Finanzministern haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende gesenkt, dafür über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienere relativ stärker erhöht. Im Ergebnis fehlten dem Bund Mittel für die Ausgabenfinanzierung, die Schulden des Bundes wuchsen auf mittlerweile über 930 Milliarden Euro an. Die Politik der Haushaltskonsolidierung sollte den Bundeshaushalt so umgestalten, dass 2011 keine neuen Schulden notwendig werden würden. Das ging vor allem zu Lasten notwendiger Ausgaben für soziale und gesellschaftspolitische Aufgaben. Unzureichende Regelsätze für Kinder und Hartz-IV-Bezieher, fehlende Mittel für die Bekämpfung der Kinderarmut und der sozialen Auslese im Bildungssystem, unterlassene Investitionen in Bildung, Forschung, Gesundheit oder Pflege sind wichtige Punkte auf dieser Mängelliste.

Angesichts der Bankenkrise im Herbst 2008 wurde die Haushaltskonsolidierung als oberstes Ziel der Regierungspolitik plötzlich aufgegeben. Welche Belastungen auf den Bundeshaushalt aus dem 500-Milliarden-Euro-Rettungspaket für die Banken zukommen werden, ist noch gar nicht absehbar.

Der Bundeshaushalt enthält die Ausgaben für das Allgemeinwohl. Die Ausgaben müssen durch eine leistungsgerechte Besteuerung finanziert werden. Sie müssen dem Ziel der Erhaltung und Herstellung sozial gerechter Verhältnisse, einer friedlichen Außenpolitik und notwendiger Investitionen in die Zukunft folgen.

DIE LINKE setzt sich in den Haushaltsberatungen des Bundestages daher für einen Politikwechsel ein, der an verschiedenen Stellschrauben des Bundeshaushaltes beginnt. Auf der Einnahmenseiten muss eine leistungsgerechte Besteuerung durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Reform der Körperschaftssteuer und die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen angestrebt werden. Auf der Ausgabenseite setzt DIE LINKE die Prioritäten bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, bei der Kinderbetreuung und der Bildung. Der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland muss entschieden entgegen gewirkt. Die Rüstungsausgaben können gesenkt werden, insbesondere durch die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass nach dem Rettungspaket für die Banken zusätzliche Mittel im Bundeshaushalt für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm eingestellt werden und nicht nur, wie es die Regierung tut, ohnehin im Koalitionsvertrag vorgesehene Maßnahmen vorgezogen werden. DIE LINKE fordert ein staatliches Programm insbesondere für Bildung, Infrastruktur und Umweltschutz in Höhe von 50 Milliarden Euro, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln und die Bürgerinnen und Bürger damit vor den Auswirkungen der Finanzkrise zu schützen. Mit dem Programm soll auch verhindert werden, dass noch gesunde Betriebe in die Pleite gehen. DIE LINKE will die Nachfrage stärken, indem die Renten und die staatliche Unterstützung für Familien und Erwerbslose angehoben werden. DIE LINKE unterstützt zugleich die Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Bundeswehr

Die Bundeswehr wurde als Verteidigungsarmee gegründet. Doch obwohl die Bundesrepublik nicht angegriffen wurde, ist sie inzwischen im Kriegseinsatz, darunter mit etwa 7000 deutschen Soldatinnen und Soldaten vom Balkan bis Zentralasien. Die deutschen Streitkräfte werden zu schnellen und weltweit einsetzbaren Kampftruppen umgebaut. Die Bundeswehr ist damit zu einem Instrument deutscher Außenpolitik geworden. Auch im Inneren kommt die Bundeswehr immer häufiger zum Einsatz, nicht nur als Nothelfer. So zählt der Einsatz der Bundeswehr beim G8-Gipfel in Heiligendam zu einem der größten Inlandseinsätze der letzten Jahre. Im Juni 2007 waren an der deutschen Ostseeküste über 2400 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt. Die Bundesregierung will jetzt für Fälle wie diese die grundgesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Die Bundeswehr hat eine Verteidigungsarmee zu bleiben. Das war und ist die richtige und notwendige Konsequenz aus den beiden Weltkriegen, die im vergangenen Jahrhundert von deutschem Boden ausgingen. Deutsche Außenpolitik darf nie wieder mit eigener militärischer Stärke »argumentieren«.

DIE LINKE fordert deshalb,

- die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden.
- jährlich zehn Prozent des heutigen Verteidigungsetats einzusparen. Die freiwerdenden Mittel sollen zunächst für die sozialverträgliche Umwandlung der Bundeswehrstandorte, später in der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Krisenabwehr eingesetzt werden.
- die Wehrpflicht abzuschaffen, die Bundeswehr auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit umzubauen und die Personalstärke der Bundeswehr auf 100 000 Männer und Frauen zu reduzieren.
- keinen Einsatz der Bundeswehr im Innern. An der im Grundgesetz festgelegten Trennung der Aufgaben von Bundeswehr und Polizei muss festgehalten werden.
- eine ausnahmslose Umsetzung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes, um sich frühzeitig mit der

möglichen Entsendung von Streitkräften zu befassen. Die Kontrollfunktion des Bundestages muss wieder hergestellt und weiterentwickelt werden.

Bürgerhaushalt

Haushalt und Haushaltspolitik sind wichtige Instrumente der Durchsetzung von politischen Entscheidungen und damit der politischen Machtausübung. Haushaltsentscheidungen sind in Bund, Land und Kommune den gewählten Politikerinnen und Politikern vorbehalten worden. Der »Bürgerhaushalt« ist eine neue Form der direkten Demokratie. Bürgerinnen und Bürger werden an der Erarbeitung, Entscheidung und Kontrolle zum Haushalt für ihre Stadt, Gemeinde oder Landkreis beteiligt. Das bekannteste Beispiel ist der Bürgerhaushaltsprozess (Orçamento Partizipativo) in Porto Alegre (Brasilien), der dort 1989 das erste Mal durchgeführt wurde. In Deutschland gibt es inzwischen vielfältige Ansätze von Bürgerinnen und Bürgern zur Demokratisierung von Haushaltspolitik. Im Berliner Bezirk Lichtenberg (260 000 EinwohnerInnen) startete im Jahr 2005 auf Initiative der früheren PDS der erste Bürgerhaushalt in einer deutschen Großstadt. In immer mehr Kommunen wird die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an der Diskussion des Haushaltes für ihre Kommune gefordert, angewandt oder vorbereitet.

Diese Form der Bürgerbeteiligung ist ein in die Zukunft gesehen offener Prozess. Er wird gemeinsam mit den sich beteiligenden Menschen gestaltet. Sie sollen die Richtungen der Haushaltspolitik sowohl auf der Ausgaben-, als auch auf der Einnahmenseite unmittelbar mitbestimmen. Nicht nur die Verteilung, sondern auch die Aufbringung der Mittel soll schrittweise demokratischer Einflussnahme unterworfen werden. DIE LINKE ist sich sicher: Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Belangen ihrer Kommune wird auf Dauer die Solidarität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verbessern, die Lebensqualität insbesondere der Schwachen unserer Gesellschaft erhöhen und Lobbyismus und Korruption mindern. Mit den sich immer mehr verschärfenden finanziellen Nöten in den Kommunen begannen sich auch die neoliberalen Parteien für den Bürgerhaushalt zu interessieren. Diese erhoffen sich dadurch aber nur eine höhere Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für Umverteilungsprozesse und Kürzungen sowie die ehrenamtliche Übernahme von öffentlichen Aufgaben durch Bürgerinnen und Bürger. Sie räumen den Bürgerinnen und Bürgern lediglich die Mitwirkung in Gestalt von Informations- und Anhörungsrechten bei der Beratung über den Haushalt ein.

Ausschlaggebend für das Gelingen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Haushaltsplanaufstellung, -durchführung und -kontrolle (Bürgerhaushalt) ist aus Sicht der Partei DIE LINKE die gute Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess und ein transparentes Verfahren.

DIE LINKE legt besonderen Wert darauf, dass

- in allen Phasen die aktive Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner an den Entscheidungsprozessen und der Schwerpunktsetzung gesichert ist;
- eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt;
- alle Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung geschaffen werden, wobei in den Großstädten auch die Stadtteil- bzw. die Stadtbezirksebene berücksichtigt werden muss;
- sich die Kommunalvertretungen selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger zu folgen.

Bürgerkommune

In der Kommunalpolitik laufen noch zu oft Entscheidungsprozesse hinter verschlossenen Türen ab. Hinweise und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern stoßen in der Regel auf Misstrauen und Ablehnung. Das Konzept der solidarischen Bürgerkommune will kommunaler Selbstverwaltung eine neue Richtung geben. Wesentlicher Bestandteil des Leitbildes der solidarischen Bürgerkommune ist es, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern so zu gestalten, dass sie wirklich mitentscheiden, mitwirken und teilhaben können.

Von neoliberaler Seite wird »Bürgerkommune« als Strategie der Akzeptanz und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in neoliberale Politik verstanden: Die Einwohnerinnen und Einwohner erledigen jetzt, was die Kommune nicht mehr leisten kann, ohne Geld und ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungen. DIE LINKE hat sich dem Anliegen der Solidarischen Bürgerkommune verpflichtet. Sie will den Bürgerinnen und Bürgern jedoch nicht lediglich etwas mehr Einsichten und Spielräume gewähren. DIE LINKE will erreichen, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung als gleichwertige Partner begreifen und gemeinsam agieren. Ziel ist es eine andere politische Kultur des Umgangs miteinander zu entwickeln. Dabei geht es auch um die Abgabe von Macht an die Bürgerinnen und Bürger.

Für die DIE LINKE beinhaltet der Gedanke der Solidarischen Bürgerkommune die folgenden Punkte:

- Ausbau der Instrumente direkter Demokratie (Bürgerbegehren/Bürgerentscheid);
- ergebnisorientierte Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an den Entscheidungsvorbereitungen bzw. an der Gestaltung des Alltags;
- Einführung von Bürgerhaushalten;
- wirksame Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements mit finanzieller, materieller und versicherungsmäßiger Absicherung und einem umfassenden Dienstleistungsangebot durch die Verwaltung sowie eine entsprechende Anerkennungskultur;

■ grundlegende Verwaltungsreform: Das Verwaltungshandeln muss unter Einsatz neuer Technologien an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner, Vereine, Verbände und der regionalen Wirtschaft ausgerichtet werden;

■ nachhaltiger Wandel in der Verwaltungskultur. Das reicht vom allgemeinen Verwaltungsverhalten bis hin zur Verwaltungssprache.

Bürgerversicherung

Ab Januar 2009 gilt der Gesundheitsfonds. Die Krankenversicherung wird damit aber nicht auf gesunde Beine gestellt. Auch hier gilt wieder: die Versicherten werden zusätzlich belastet, die Arbeitgeber entlastet. Der finanzielle Druck auf Ärzte und Krankenhäuser bleibt bestehen, und damit die Unsicherheit bei den Patienten, ob sie die medizinisch notwendige Versorgung erhalten. Das wird sich erst ändern, wenn der Grundsatz gilt, dass ein gutes Gesundheitssystem die medizinisch gebotenen Leistungen finanziell absichern muss. Die Einnahmen müssen sich an den Ausgaben orientieren. Und die Einnahmen müssen sozial gerecht erhoben werden: von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern; und auch als Beitrag sowohl vom Lohn als auch vom Vermögenseinkommen. Die Gesetzliche Krankenversicherung beruht auf einigen grundlegenden Regeln, die auch für die zukünftige Finanzierung des Gesundheitssystems gelten müssen:

■ *Solidarausgleich*: Die Jungen zahlen auch für die Alten, die Gesunden auch für die Kranken, die Alleinstehenden auch für die Kinder und die Besserverdienenden auch für die Schlechterverdienenden. Denn vor der Krankheit sind alle gleich und haben die gleichen Bedürfnisse, unabhängig vom Einkommen und der Fähigkeit, die notwendigen Leistungen aus eigener Tasche bezahlen zu können. Parität: Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jeweils die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung.

■ *Sachleistungsprinzip*: Niemand muss mit der Geldbörse in die Praxis; alle Leistungen werden direkt zwischen der Krankenkasse und den Ärzten, Krankengymnasten oder Krankenhäusern abgerechnet.

■ *Umlageverfahren*: Die Krankenversicherung investiert nicht am Kapitalmarkt – das macht sie stark in der Krise. Denn ihr Geld wird jeden Monat von den Versicherten aufgebracht und nicht an der Börse angelegt.

■ *Kontrahierungszwang*: Jeder Mensch kann sich an jeden Arzt, an jedes Krankenhaus wenden, denn die Kassen haben mit allen Verträge.

Diese bewährten Grundlagen werden breit akzeptiert. Um sie aufrecht zu erhalten, muss die solidarische Finanzierungsbasis gestärkt werden – durch eine solidarische Bürgerversicherung: alle zahlen in eine Kasse ein, egal ob Hartz-IV-Empfängerin, Postbote, Manager oder Lehrerin. Berücksichtigt werden nicht nur Arbeitseinkommen, sondern

auch Einkommen aus Vermögen und Grund- und Hausbesitz.

Zentrale Elemente einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung sind:

Alle Menschen sind gemeinsam versichert.

Alle erforderlichen Leistungen werden bezahlt.

Jeder zahlt den gleichen Anteil seines Einkommens – wer wenig hat, zahlt wenig, wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Und alle werden gleich behandelt.

Der Beitrag auf Lohneinkommen könnte sinken, wenn auch von Vermögenseinkommen Beiträge erhoben werden.

Die Private Krankenversicherung kann zukünftig Zusatzversicherungen anbieten.

Daseinsvorsorge, öffentliche

Die »Öffentliche Hand« ist verantwortlich für die öffentliche Daseinsvorsorge zur Bereitstellung der notwendigen Güter und Leistungen. Darunter fällt alles, was die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Notwendigen garantiert: Schulen und Krankenhäuser, Wasser und Energie, Rentensysteme, Wohnungen. Dazu gehört weiter ein kulturelles Grundangebot, Betreuung für Kinder und Ältere und die Sicherung von Mobilität. Inzwischen gibt es keinen Bereich dieser öffentlichen Infrastruktur, der in den vergangenen Jahren nicht teilweise oder ganz verkauft oder vom Verkauf bedroht wurde.

Die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind in doppeltem Sinne notwendig. Notwendig, weil sie für das Leben und die soziale und demokratische Teilhabe in der Gesellschaft grundlegend sind. Und notwendig, weil ohne sie die Reproduktion einer demokratischen Gesellschaft, die die Würde und die gleichen Rechte aller achtet und garantiert, schwerlich möglich wäre. Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen demokratisch verantwortet, organisiert und kontrolliert werden. Der Zugang zu diesen Diensten und Einrichtungen muss erschwinglich, diskriminierungsfrei und in jeder Hinsicht für alle Einwohnerinnen und Einwohner offen und barrierefrei sein. Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft – der gleiche Zugang für alle zu den grundlegenden »Lebensmitteln« vom Wasser bis zur Bildung – werden zerstört, wenn öffentliche Güter privatisiert werden. Dort wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern das Streben nach Gewinn.

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für eine bürgernahe, gut bewirtschaftete, transparente öffentliche Daseinsvorsorge ein, die eine sozial gerechte Versorgungssicherheit für alle Menschen gewährleistet. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich »nicht rechnet«. Dort wo Güter oder Leistungen der Daseinsvorsorge schon privatisiert wurden, setzt sich DIE LINKE dafür ein, diese in die Verantwortung der öffentlichen Hand, vorwiegend der Kommunen zurückzuholen (Rekommunalisierung).

Datenschutz

Datenschutzgesetze wie wir sie heute kennen stammen aus den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie werden der rasanten technischen Entwicklung im Bereich der Kommunikationsmedien, der Datenerfassung- und Datenverarbeitung in allen gesellschaftlichen Bereichen inzwischen nicht mehr gerecht. Über Aufgaben und Ziele des Datenschutzes wird heftig gestritten. Datenschutz sei »Täterschutz« hieß es lange im Bereich der Polizei- und Sicherheitspolitik. Bürokratisch, teuer und überflüssig wurde im privaten Bereich gesagt.

Zu den wichtigsten rechtlichen Grundlagen des Datenschutzes zählt das »Volkszählungsurteil« des

Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1983. Darin wurde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung definiert:

»Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffenden Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu unterscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine dies ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß...«

Bürgerinnen und Bürger müssen wissen (können), wer Daten von ihnen hat, was damit gemacht wird und welchen Zwecken sie dienen. Nur dann können sie selbstbestimmt handeln – das wiederum ist Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft.

Heute, nach einer langen Reihe von Datenschutzskandalen – von Lidl bis Telekom, von Meldedatenverkauf bis gefälschte Internetgeschäfte – wird deutlich, dass Datenschutz eine enorme gesellschaftspolitische Aufgabe ist und das »Recht auf informationelle Selbstbestimmung« unverzichtbares Grundrecht darstellt. Technische und gesellschaftliche Entwicklungen haben dazu geführt, dass Datenschutzgesetze und die Datenschützer ihre öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich ihre Aufgaben nicht mehr optimal erfüllen können. Sie hinken den Entwicklungen ständig hinterher. Umfassende, präventive Datenerfassung und Datenverarbeitung sind im polizeilichen Bereich so selbstverständlich Alltagsarbeit wie im nicht-öffentlichen. Kaum noch jemand kann tatsächlich »wissen (...), wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß«.

DIE LINKE will das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen, auch für Arbeitnehmer und für Sozialleistungsberechtigten (z. B. ALGII/ HartzIV). Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht kommerziellen und wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen unterworfen werden. Internetgeschäfte funktionieren auch, wenn Verbraucherdaten geschützt werden, Sicherheit wird hergestellt, wenn Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt handeln können. Bisherige Großprojekte wie Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und eMail-Verkehr oder elektronische Gesundheitskarte, biometrische Ausweise und Gendatenprojekte müssen »auf Eis« gelegt werden, bis datenschutzrechtliche Probleme optimal gelöst sind. »Modernisierung des Datenschutzes« heißt für DIE LINKE vor allem Datensparsamkeit und Verwendung von Daten nur zu dem Zweck, der den Verbraucherinnen und Verbrauchern bekannt gemacht wurde, dem sie zustimmen, den sie aber auch ohne Sanktionen ablehnen konnten. Zur Voraussetzung eines wirksamen Datenschutzes zählt die personelle, finanzielle und rechtliche Stärkung unabhängiger Datenschutzeinrichtungen.

E-Government

E-Government (Electronic Government) bedeutet den Einsatz moderner Informations- und Telekommunikationstechnik (IT) in der öffentlichen Verwaltung. Für die elektronische Abwicklung von Behördengängen gibt es inzwischen ein breites Onlineangebot von Bund, Ländern und Kommunen.

Viele Angebote im E-Government sind noch nicht ausgereift und praxistauglich. Es gibt Download-Formulare, deren weitere Bearbeitung oft ein persönliches Erscheinen im Amt voraussetzt. Es mangelt an elektronischen Ausfüllhilfen und der Mehrsprachigkeit des Angebots für Menschen mit Migrationshintergrund. Viele dieser Angebote sind nicht »barrierefrei« für Menschen mit Einschränkungen erreichbar. Dort wo E-Government die Prozesse schon stärker verknüpft, werden oft sensible Daten online abgefordert. Die Regelungen der Datenschutzgesetze hängen hier Jahrzehnte hinter der technischen Entwicklung her. Die lange Reihe von Datenschutzskandalen – von Lidl bis Telekom, von Meldedatenverkauf bis zu gefälschten Internetgeschäften – verdeutlichen das Problem. Unter dem Vorwand der angeblich besseren Kosten-Nutzungs-Rechnung halten auch in diesem sensiblen Bereich Privatisierungsbestrebungen Einzug. E-Democracy – also Demokratie per Mausclick – wird eher selten genutzt. Ein bekanntes Beispiel für E-Demokratie ist die Möglichkeit, online Petitionen an den Deutschen Bundestag einzureichen und zu unterstützen.

Für DIE LINKE ist barrierefreies E-Government ein sinnvoller Weg zur bürgerorientierten Dienstleistungsverwaltung und zur Teilnahme aller Schichten der Bevölkerung an politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen öffentlicher Angelegenheiten. Dazu ist ein breites Netz öffentlich zugänglicher kostenloser Internetanschlüsse notwendig. Bürgernahes E-Government erfordert eine Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung. Die verwaltungsinternen Prozesse müssen grundlegend überarbeitet werden. Die mit dem E-Government einhergehende Datenverarbeitung muss auf eine sichere Basis gestellt werden. Ein Missbrauch muss ausgeschlossen sein. Auch hier gilt der Grundsatz der Datensparsamkeit und der Verwendung von Daten nur zu dem Zweck, dem Verbraucherinnen und Verbraucher sanktionsfrei zugestimmt haben. DIE LINKE lehnt eine Privatisierung dieser Aufgaben ab. Sie müssen öffentlich bleiben, weil's wichtig für alle ist!

Ehegattensplitting

Verheiratete Paare genießen in Deutschland ein besonderes Steuerprivileg, das sogenannte Ehegattensplitting. Dieses Privileg entlastet das traditionelle Ehepaar mit nur einem Verdiener am meisten, verheiratete Partner mit zwei gleich hohen Einkommen dagegen gar nicht – unabhängig von der Zahl der Kinder.

Am Beispiel eines Alleinverdiener-Ehepaares mit 30 000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen lässt sich der Vorteil des Ehegattensplittings

verdeutlichen. Dieser Betrag wird durch zwei geteilt. Jeweils 15 000 Euro sind also zu versteuern. Dadurch tritt nun der Effekt der Steuerersparnis ein. Denn auf zwei Mal 15 000 Euro sind kaum Steuern zu zahlen. Erstens weil jeweils 7664 Euro von der Steuer befreit sind (aktueller Steuerfreibetrag) und zweitens weil die über diesem Freibetrag liegenden Einkommensbestandteile nur geringfügig besteuert werden. Sind dagegen 30 000 Euro ohne Teilung und auf einen Schlag zu versteuern, wird die zweite Hälfte des Einkommens (oberhalb von 15 000) bereits erheblich von der sogenannten Steuerprogression erfasst. Steuerprogression bedeutet, dass jeder Einkommenszuwachs mit einem ansteigenden Steuersatz belegt wird. Der jeweils letzte Euro des Einkommens wird also am höchsten besteuert. Aus all dem ergibt sich für das Alleinverdiener-Ehepaar ein Steuervorteil von rund 3500 Euro im Vergleich mit einem nicht verheirateten Beschäftigten, der ebenfalls 30 000 Euro zu versteuern hat.

Die steuerliche Entlastung durch das Ehegattensplitting hängt – neben der Aufteilung des Einkommens auf die Ehegatten – auch wesentlich von der Höhe ihres Einkommens ab. Ein Alleinverdiener-Ehepaar mit einem Jahresgehalt von 120 000 Euro hat einen Steuervorteil von rund 9000 Euro. Das Ehegattensplitting begünstigt also die Alleinverdiener-Ehe mit hohem Einkommen am meisten. Am stärksten wirkt das Ehegattensplitting für Alleinverdiener-Ehen mit mehr als 500 000 Euro Jahreseinkommen. Sie sparen mehr als 15 000 Euro Steuern.

DIE LINKE will das nicht mehr zeitgemäße, aus dem Jahre 1957 stammende Ehegattensplitting überwinden. Konnte man vor 50 Jahren noch davon ausgehen, dass nahezu alle Ehepaare Kinder haben, so ist dies heute längst nicht mehr der Fall. Das Ehegattensplitting begünstigt aber Ehepaare ohne Rücksicht darauf, ob sie Kinder haben oder nicht. Es dient also nicht der Entlastung von Familien mit Kindern. Zweitens ist es nicht mehr zeitgemäß, die Ehe gegenüber allen anderen Lebensweisen zu privilegieren. Denn es gibt immer mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften und alternative Familienformen. Verantwortung für Lebenspartner und Kinder wird heute anders wahrgenommen als vor 50 Jahren. An dieser Realität geht das Ehegattensplitting vorbei. Drittens fördert das Splitting die traditionelle, männlich dominierte Alleinverdiener-Ehe und hemmt die Erwerbstätigkeit von Frauen.

DIE LINKE fordert ein sozial gerechtes, einfaches und transparentes Steuersystem. Dazu gehören die Überwindung des Ehegattensplittings und ein Einkommensteuertarif, der untere und mittlere Einkommen entlastet. Das bedeutet konkret: Jede Frau und jeder Mann ist mit dem eigenen Einkommen unabhängig von der jeweiligen Lebensweise – verheiratet, alleinstehend, geschieden – zu besteuern. Steuerliche Mehreinnahmen, die aus der Streichung des Ehegattensplittings resultieren, sind für die Erhöhung des Kindergeldes zu verwenden. Ehepaare mit unterem oder und mittlerem Einkommen werden durch den Wegfall des Ehegattensplittings nicht zusätzlich belastet, wenn gleichzeitig der

Einkommensteuertarif zu ihren Gunsten geändert wird. Schöpft ein Steuerpflichtiger aufgrund seines zu geringen Einkommens seinen Steuerfreibetrag nicht aus, so kann er die verbleibende Differenz auf den Partner oder die Partnern übertragen.

Ein-Euro-Jobs

Ein-Euro-Jobs sind derzeit das meist genutzte arbeitsmarktpolitische Instrument. Ihr Vormarsch wurde mit den Hartz-Gesetzen eingeläutet. In den Jahren 2006 und 2007 mussten jeweils mehr als 750 000 erwerbslose Menschen eine solche Maßnahme beginnen. Ein-Euro-Job heißt: Arbeiten ohne Arbeitsvertrag, ohne arbeitsrechtlichen Schutz, statt Lohn gibt es eine Aufwandsentschädigung von einem Euro je Stunde. Ein-Euro-Job heißt: Erwerbslose werden nicht mehr als Arbeitnehmer behandelt, sondern als Erziehungs- und Sozialfälle, die erst wieder an reguläre Arbeit herangeführt werden müssen. Jedoch zeigen Studien: Diese Beschäftigung hilft Erwerbslosen nicht, eine reguläre Arbeit zu finden. Sollte dies doch einmal gelingen, sind die Löhne so niedrig, dass sie mit Hartz-IV-Leistungen aufgestockt werden müssen. Statt die Perspektiven von Erwerbslosen zu verbessern, werden durch Ein-Euro-Jobs nicht selten sogar reguläre Arbeitsplätze verdrängt. Außerdem: Jeder vierte Ein-Euro-Jobber im Jahr 2005 war jünger als 25 Jahre. Damit wird jungen Erwerbslosen gleich zu Beginn ihres Arbeitslebens ein vernünftiger Einstieg verwehrt.

Gleichwohl sind Ein-Euro-Jobs für manchen Erwerbslosen eine gern genommene Hinzuverdienstmöglichkeit zu den Hartz-IV-Regelsätzen. Daran zeigt sich, wie wichtig Arbeit und das zusätzliche Einkommen für Erwerbslose sind. Selbst ein schlechter Job erscheint besser als gar keiner. Es mangelt also nicht, wie so oft unterstellt, am Willen der Erwerbslosen, sondern an guten Arbeitsplätzen. Wo der Staat Menschen, die sich selbst helfen wollen, nur solche Beschäftigung statt vertraglich geregelte Arbeit anzubieten hat, wird er vom sozialen Rechtsstaat zum autoritären Fürsorgestaat.

Respekt, Würde und Bürgerrechte, die Grundwerte des Grundgesetzes gelten auch für Erwerbslose. Der Staat hat sie zu achten und zu schützen. Mit den Ein-Euro-Jobs, zu denen Erwerbslose nur bei Strafe der Leistungskürzung und –streichung »Nein« sagen können, werden Freiheitsrechte von Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, missachtet. Würde den Erwerbslosen die Wahl gelassen, ob sie für einen Euro plus Unterstützung arbeiten wollen oder für das gleiche Geld mit einem Arbeitsvertrag, der sie als normale Arbeitnehmer behandelt, würde sich das angebliche Erfolgsinstrument Ein-Euro-Jobs schnell in Luft auflösen.

DIE LINKE fordert, dass Ein-Euro-Jobs abgeschafft werden. Sie müssen durch öffentlich geförderte Beschäftigung ersetzt werden, wie es im Land Berlin von der LINKEN im rot-roten Senat begonnen wird. Im Gegensatz zur Praxis der Ein-Euro-Jobs müssen öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig, rechtlich abgesichert

und freiwillig sein sowie einen Arbeitsvertrag vorweisen. Sie dürfen nicht unter einem Mindestlohn von 8 Euro vergütet werden. Das kostet kaum mehr als Ein-Euro-Jobs, wenn die Mittel für das Arbeitslosengeld II, für die Unterkunftskosten sowie für die Ein-Euro-Jobs selbst dazu genutzt werden.

Einkommensteuer

Ist das deutsche Steuersystem gerecht? Nein, sagen 78 Prozent der Befragten laut einer Untersuchung des Allensbach-Instituts von März 2008. Dieses Ergebnis erstaunt nicht. Denn die Steuern für Besserverdienende und Unternehmen wurden in den vergangenen zehn Jahren massiv gesenkt, während Durchschnittsverdiener nur in bescheidenem Umfang entlastet wurden. Heute zahlt ein Einkommensmillionär jährlich über 100 000 Euro weniger Steuern als Ende der neunziger Jahre. Noch deutlicher ist die Körperschaftsteuer gefallen, die von Kapitalgesellschaften erhoben wird. Allein dadurch kam es von 2001 bis 2007 zu Steuerausfällen in einer Gesamtsumme von knapp 95 Milliarden Euro gegenüber dem Stand Ende der neunziger Jahre. Den Staat finanzieren mittlerweile vor allem die abhängig Beschäftigten. Rund drei Viertel des Steueraufkommens werden durch die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aufgebracht.

DIE LINKE hält die Steuerpolitik der anderen Bundestagsparteien für falsch. Die heutige Umverteilung von unten nach oben muss beendet und umgekehrt werden. Im internationalen Vergleich sind insbesondere die auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhobenen Steuern viel zu gering. Stattdessen setzt auch die Große Koalition die von SPD und Grünen begonnene Fehlentwicklung fort. So wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent angehoben und die Entfernungspauschale zurückgestutzt und gleichzeitig erneut die Steuersätze für Unternehmen gesenkt. Viel wichtiger wäre es, das steuerfreie Existenzminimum und das Kindergeld zu erhöhen.

DIE LINKE fordert eine sozial gerechte Reform der Einkommensteuer. Grundprinzip ist dabei die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das Steuerrecht ist einfach und transparent zu gestalten. Dazu gehören:

- eine Änderung des Steuertarifs. Der Grundfreibetrag (steuerliches Existenzminimum) muss angehoben werden. Das übersteigende Einkommen soll mit einem Eingangssteuersatz von 15 Prozent belegt werden. Der Steuertarif soll linear auf einen Spitzensteuersatz von 50 Prozent ansteigen, der für zu versteuerndes Einkommen ab 60 000 Euro gelten soll.
- eine Reform der Familienbesteuerung. Das sogenannte Ehegattensplitting, das Paare und Familien begünstigt, bei denen ein Partner sehr viel mehr verdient als der andere, sollte zu Gunsten von Kinderfreibetrag und Kindergeld umgestaltet werden.
- eine Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer, denn die Fahrt zur

Arbeit zählt zu den notwendigen Aufwendungen, um ein zu versteuerndes Einkommen zu erzielen.

■ ein Abbau von Steuervergünstigungen, die nur den Reichen nutzen. Dazu zählen unter anderem der Abzug von Ausgaben der privaten Lebensführung, die Verrechnung der Verluste aus Vermietung und Verpachtung, der Betriebsausgabenabzug von Managerabfindungen.

■ eine deutliche Erhöhung der Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Wiedereinführung der Vermögens- und der Börsenumsatzsteuer, höhere Erbschaftsteuer für größere Erbschaften, deutlich höhere Unternehmensteuer, zeitliche Begrenzung des Verlustvortrages bei Unternehmen.

Energiepass

Wie viel Energie braucht eine Mietwohnung oder ein ganzes Gebäude? Mit Blick auf die rasant steigenden Energiepreise und den drohenden Klimawandel eine wichtige Frage. Für viele Mieter haben sich Strom- und Heizkosten zur »zweiten Miete« entwickelt. Gerade bei schlecht gedämmten Altbauten kann der Energieverbrauch aber um bis zu 90 Prozent gesenkt werden. Da Wohnungsunternehmen die Energiekosten gewöhnlich auf die Mieter abwälzen, bleiben Energiesanierungen jedoch oft aus.

Wer ein Haus verkauft oder eine Wohnung vermietet soll deshalb einen nachvollziehbaren Energiepass vorlegen. So sieht es die Gebäuderichtlinie der EU vor. Die Bundesregierung umgeht die Vorgaben für mehr Verbraucherschutz jedoch mit einem Trick zugunsten der Wohnungswirtschaft: Statt anzugeben, welche Energiesparmaßnahmen am jeweiligen Gebäude möglich sind, brauchen die meisten Gebäudeeigentümer nur anzugeben, wie hoch der Energieverbrauch der Vormieter war. Da die jährliche Energiemenge maßgeblich vom Verhalten der Wohnungsnutzer abhängt, öffnet die Regelung dem Missbrauch Tür und Tor. Nur wenn die Mieterin oder der Mieter ablesen kann, welche Einsparmaßnahmen machbar sind und das Ziel mit dem tatsächlichen Energieverbrauch vergleichen kann, ist ein Energiepass sinnvoll.

DIE LINKE fordert für alle Gebäude einen »Energiebedarfs-Pass«, der dazu beiträgt, die Energiekosten und den Klimagas-Ausstoß wirksam zu senken. Mieterinnen und Mieter haben so die Möglichkeit, einzuschätzen, welche Energiekosten auf sie zukommen. Neben dem Gesamtzustand des Gebäudes sind auch Qualität der Dämmung und Heizungsanlage sowie Sanierungsempfehlungen nützliche Hinweise für Mieter oder Käufer. Außerdem muss ein Energiepass angeben, ob Öl oder Gas verfeuert wird oder zum Beispiel eine Solaranlage installiert ist. Ein bedarfsgerechter Energiepass sorgt also für Transparenz gleichzeitig im Sinne von Verbraucher- und Klimaschutz. Gewinner sind aber auch die Hausbesitzer und die regionale Wirtschaft. Energiesanierte Wohnungen sind mehr wert und im Handwerk entstehen neue Arbeitsplätze.

Energiesteuer

Mit der Energiesteuer werden alle Energiearten fossiler Herkunft (Mineralöle, Kohle, Erdgas) wie auch nachwachsende Energiearten (z. B. Pflanzenöle), wenn sie als Heiz- oder Kraftstoffe eingesetzt werden, besteuert. Die Besteuerung von Strom wird gesondert im Stromsteuergesetz geregelt. Das 2006 von der Bundesregierung beschlossene Energiesteuergesetz ist eine Absage an den Klimaschutz und subventioniert den Verbrauch der energieintensiven Bereiche der Industrie. Zudem soll über die Energiesteuern ein Beitrag zur Sanierung des Bundeshaushaltes geleistet werden. Die Zeche zahlen die Privathaushalte und kleine Betriebe mit höheren Kosten. Die Industrie kommt mit weit reichenden Steuergeschenken davon.

Energieintensive Unternehmen werden mit zusätzlichen Steuerentlastungen von 60 Millionen Euro pro Jahr belohnt. Auch für die klimaschädliche Kohleverstromung gibt es ein extra Steuergeschenk von 76 Millionen Euro pro Jahr. Die Steuerfreiheit für den Flugverkehr, der für die stärksten Zuwächse beim Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid verantwortlich ist, wird sogar noch ausgeweitet. Dadurch subventioniert die Bundesregierung umweltschädliches Fliegen mit fast 400 Millionen Euro jährlich. Die klimafreundliche Bahn wird hingegen mit rund 380 Millionen Euro voll zur Kasse gebeten. Auch bei Biokraftstoffen macht die Bundesregierung Kasse ohne einen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

DIE LINKE fordert eine Energiebesteuerung, die sich am Klimaschutz, am Schutz der Umwelt und an den Erfordernissen der Versorgungssicherheit ausrichtet. Reine Biokraftstoffe müssen bis Ende 2009 steuerfrei bleiben. Eine Beimischungspflicht für Biokraftstoffe zu herkömmlichem Benzin und Diesel ist unnötig. DIE LINKE fordert deshalb die Abschaffung des Biokraftstoff-Quotengesetzes, eine gezielte Förderung nur von regional erzeugtem Biosprit sowie eine Energiebesteuerung, die am Klimaschutz ausgerichtet wird.

Erneuerbare Energien

Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Erdwärme können unendlich viel Energie liefern. Für fossile Energieträger wie Kohle, Mineralöl, Erdgas und Uran gilt: Verbrannt ist verbrannt, sie wachsen nicht nach, hinterlassen aber klimaschädliche Abgase oder gefährliche Strahlenfracht. Für erneuerbare Energien gilt das nicht, ihr Potential ist unerschöpflich. Und um Wind oder Sonnenenergie werden keine Kriege geführt.

Wirtschaft und Wohlstand in Deutschland sind massiv von Importen fossiler Energieträgern abhängig. Der Anteil der erneuerbaren Energien beträgt nur rund acht Prozent am Energieverbrauch. Die Folge: Teures Öl und Gas kosten der Volkswirtschaft Milliarden Euro und zementieren die kartellartigen Strukturen der Energiewirtschaft. Die Zeche zahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher mit über-

höhten Stromrechnungen. Schon jetzt zahlt sich die Nutzung erneuerbarer Energien aus. Sie spart jährlich 115 Millionen Tonnen klimaschädliches CO₂ ein, löst Investitionen in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr aus und vermeidet durch weniger Umweltbelastung und eingesparte fossile Brennstoffe rund 6 Milliarden Euro an Kosten.

DIE LINKE fordert einen Ausstieg aus der fossil-atomaren Energieversorgung und setzt auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien. Durch einen intelligenten Umgang mit Strom, Wärme und Kraftstoffen kann der Energieverbrauch halbiert werden, ohne dass nennenswerte Einschränkungen in Kauf genommen werden müssen. Damit würde das Potential von Wind, Wasser, Sonne, Bioenergie und Erdwärme weitgehend zur Deckung des Energiebedarfs ausreichen.

DIE LINKE will erreichen, dass bis 2020 der Anteil der klimafreundlichen Energie am Energieverbrauch mindestens 25 Prozent erreicht. Für die einzelnen Teilbereiche Strom und Wärme/Kälte fordert DIE LINKE bis dahin klare Etappenziele: Im Strombereich soll der erneuerbare Anteil mindestens ein Drittel, im Wärme- und Kältesektor mindestens ein Viertel betragen. Nachhaltig erzeugte erneuerbare Energien erhöhen die Wertschöpfung im eigenen Land und schaffen Arbeit. Schon jetzt sind in diesem Bereich 250 000 Menschen beschäftigt. Die Perspektive ist eindeutig: Während in der klassischen Energiewirtschaft bis 2020 bis zu 50.000 weitere Stellen verloren gehen, wird es in der Branche der erneuerbaren Energien rund eine halbe Million Arbeitsplätze geben, vorausgesetzt Wind, Wasser, Sonne, Bioenergie und Erdwärme werden nicht ausgebremst.

Energiepolitik

Die Energierechnung frisst einen wachsenden Teil des Budgets jeden Haushaltes. Immer mehr Menschen in Deutschland können ihre Energierechnung nicht mehr bezahlen, während die Energiekonzerne Rekordgewinne einstreichen. Die Knappheit von Öl und Gas, aber auch die kartellartige Struktur der Energiewirtschaft in Deutschland haben zu einem rasanten Anstieg der Energiepreise geführt. In der Energiepolitik geht es nicht mehr nur um die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. In den Mittelpunkt rücken zunehmend die daraus resultierenden Folgen für das Weltklima und die Umwelt. Die jüngsten UN-Klimaberichte zeigen wie dringend notwendig eine globale Energiewende ist. Das auf fossile Rohstoffen und Atomenergie basierende Energiesystem Deutschlands und Europas ist in großem Maße von Importen aus wenigen Ländern abhängig. Verteilungskämpfe um die schrumpfenden Energievorräte bergen zunehmend Gefahren für den Frieden in der Welt.

Der einzig gangbare Weg zu einer langfristig sicheren, umweltfreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung führt über erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung. Eine große Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten sowie ein

Ausstieg aus der Atomwirtschaft sind zudem bedeutsame friedenspolitische Investitionen. Eine solare Energiewende führt zu mehr wirtschaftlichem Wachstum im Lande und zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

DIE LINKE setzt sich für eine konsequente Energiewende und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Um die erheblichen Einsparpotenziale beim Energieverbrauch zu erschließen, ist eine Energieeffizienz-Offensive erforderlich. Dabei müssen insbesondere einkommensschwachen Haushalten Förderangebote gemacht werden. Es ist realistisch, bis Mitte des Jahrhunderts eine weitgehende Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zu erreichen.

Die Energieversorgung muss wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden und sich am Gemeinwohl orientieren. Schritte in diese Richtung sind eine wirksame Energiepreisaufsicht, die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand sowie die Rekommunalisierung der Energieerzeugung.

Erbschaftssteuer

Ab 1. Januar 2009 gilt für die Besteuerung von Erbschaften ein neues Gesetz, auf das sich CDU/CSU und SPD verständigt haben. Große Erbschaften sollen noch stärker von der Erbschaftsteuer entlastet werden als bisher schon. Selbstgenutztes Wohneigentum bleibt bei überlebenden Ehegatten unabhängig von dessen Wert komplett steuerfrei, wenn die Erbin oder der Erbe zehn Jahre lang die geerbte Immobilie als Hauptwohnsitz nutzt. Für eingetragene LebenspartnerInnen und Kinder gilt diese Regelung ebenfalls, jedoch mit einer Begrenzung der Wohnfläche auf maximal 200 Quadratmeter. Für sonstiges geerbtes Vermögen erhalten Ehegatten einen Freibetrag von 500 000 und Kinder einen Freibetrag von 400 000 Euro. Höher besteuert als bisher werden dagegen Erbinnen und Erben anderer Steuerklassen, wie beispielsweise Geschwister oder Nichten und Neffen. Vermögende Familien sind die Nutznießer des neuen Gesetzes. So bleibt ein Geldvermögen von bis zu 1,3 Millionen Euro steuerfrei, wenn eine Witwe oder ein Witwer und zwei hinterbliebene Kinder die Erben sind. Wird darüber hinaus ein Unternehmen vererbt, kommen weitere Freistellungen zur Geltung. Ist ein geerbter Betrieb zehn Jahre nach der Übertragung in mindest gleichem Umfang tätig wie zuvor, ist auch dieses Unternehmenserbe komplett steuerfrei.

Die Reform der Erbschaftsteuer geht auf eine Forderung des Bundesverfassungsgerichtes zurück, welches die steuerliche Bevorzugung des Grund- und Betriebsvermögens durch veraltete beziehungsweise manipulierbare Wertansätze beanstandete. Ohne Reform entfiel die Erbschaftsteuer ab 2009 ganz. Diese Situation nutzen vor allem CDU/CSU und FDP im Bundesrat, um ein niedrigeres Erbschaftsteuer-Aufkommen durchzusetzen.

Dem reichsten Zehntel der Erwachsenen gehört in Deutschland rund 60 Prozent des gesamten Nettovermögens. Am unteren Ende der Vermögenspyramide haben 30 Prozent der Erwachsenen überhaupt kein Vermögen oder sogar Schulden. Diese ungleiche Vermögensverteilung kann mit einer höheren Erbschaftsteuer zumindest teilweise korrigiert werden. CDU/CSU und SPD haben auf eine solche Korrektur mit ihrem neuen Gesetz weitgehend verzichtet. Während andere Industrieländer größere Erbschaften erheblich besteuern, müssen selbst Millionenerben in Deutschland kaum etwas an die Staatskasse abführen. Sozialer Status wird, wie früher im Feudalismus, in Deutschland in einem außergewöhnlichen hohem Maße vererbbar.

DIE LINKE fordert eine sozial gerechte Reform der Erbschaft- und Schenkungsbesteuerung. Eckpunkte einer solchen Reform sind: Die unterschiedlichen Vermögensarten werden steuerlich gleich behandelt und realitätsnah bewertet. Grundsätzlich sollen alle Erbinnen und Erben – unabhängig von ihrer Stellung zum Vererbenden – Erbschaftsteuer in gleicher Höhe zahlen. Dazu erhalten alle Erbberechtigten einen einheitlichen Freibetrag in Höhe von 150 000 Euro. Für Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, für Kinder, hinterbliebene Ehegatten und für eine vom Vererbenden benannte Person (beispielsweise Lebenspartner/in) verdoppelt sich dieser Freibetrag. Zusätzlich wird der bislang komplizierte Steuertarif mit seinen unterschiedlichen Steuerklassen vereinheitlicht. Die undifferenzierte Begünstigung von Betriebsvermögen wird aufgegeben. Stattdessen ist nur die Steuer auf die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens zu ermäßigen. So wird sichergestellt, dass die wesentlichen Betriebsgrundlagen des vererbten Unternehmens geschützt werden. Andere, bereits existierende Steuerbefreiungen bleiben im Wesentlichen erhalten. Steuerbefreiungen für Hausrat werden zukünftig allen Steuerpflichtigen in gleicher Höhe gewährt.

Zuwendungen zu kirchlichen, gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken sowie an politische Parteien bleiben weiterhin steuerfrei. Die Steuer kann auf Antrag gestundet werden.

Europäische Linke

Seit Jahren wird in allen europäischen Ländern eine Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung betrieben. Um dagegen Widerstand zu leisten und eine alternative Politik zu entwickeln, ist eine grenzübergreifende Zusammenarbeit notwendig. Deshalb gründeten linke Parteien aus ganz Europa am 9. Mai 2004 in Rom die Partei der Europäischen Linken (EL). Erster Vorsitzender war Fausto Bertinotti aus Italien. Der jetzige Vorsitzende ist der Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE, Prof. Dr. Lothar Bisky. Inzwischen besteht die EL aus 30 Mitglieds- und Beobachterparteien aus 21 Ländern. Dazu gehören sozialistische, kommunistische, grüne und andere demokratische Parteien mit unterschiedlicher Erfahrung und Geschichte.

Die Partei der Europäischen Linken steht für ein friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa. Sie setzt sich ein für eine Gesellschaft, die Kapitalismus und Unterdrückung überwinden will. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind der Kampf für Frieden und Abrüstung und gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik, für die Menschenrechte und die Teilhabe aller in der EU lebender Menschen am Aufbau eines alternativen Europas. Die EL sagt Nein zum Lissabonner Vertrag, der soziale Rechte abbauen und Europa militarisieren will und fordert Volksabstimmungen in allen EU-Ländern. Die EL will, dass die EU eine eigenständige Rolle bei der friedlichen Konfliktlösung spielt, keine Mauern errichtet, sondern Brücken baut. Europa darf keine Festung bleiben, sondern muss Menschen Zuflucht bieten, die vor Krieg, Not, Diskriminierung und Beraubung individueller Freiheitsrechte fliehen, um in Europa eine neue Lebensmöglichkeit zu finden.

Die Partei der Europäischen Linken setzt sich ein für:

- ein friedliches Europa, das Nein zu Krieg und Militarisierung sagt, die NATO auflösen will und auf Abrüstung und eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik ausgerichtet ist;
- ein gerechtes Europa, das die Menschenrechte achtet und soziale und wirtschaftliche Rechte umsetzt,
- ein soziales Europa, das den Sozialstaat verteidigt und erneuert und auf eine andere Wirtschafts- und Sozialordnung orientiert ist, mit sozialen Prioritäten wie Vollbeschäftigung und Ausbildung, öffentlichen Dienstleistungen, einer öffentlichen, demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte und des Bankensystems;
- ein buntes Europa der kulturellen Vielfalt und des Dialogs der unterschiedlichen Kulturen und des freien Geistes;
- ein weltoffenes Europa, das der kapitalistischen Globalisierung mit ihren zerstörerischen Wirkungen auf die gesellschaftlichen, sozialen und demokratischen Beziehungen weltweit entgegentritt;
- ein demokratisches Europa. Die Europäische Linke will die Politik aus den Hinterzimmern der Macht mitten in die Gesellschaft zurückholen. Sie ist Teil von Bewegungen, und sie ist Partei; ihre Mitgliedsparteien agieren in Parlamenten und Regierungen, in Initiativen und außerparlamentarischen Protesten; sie ist Gegengewicht und gestaltende Kraft zugleich. Daher ist sie bereit, Verantwortung zu übernehmen.
- ein ökologisches Europa. Dazu gehören der Umwelt- und Klimaschutz, eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und alternative Transport- und Kommunikationssysteme.

Familienpolitik

Wer heute eine Familie hat, muss sich in vielfacher Hinsicht Sorgen machen. Wie kann nach der Geburt eines Kindes der Beruf wieder aufgenommen werden? Woher bekomme ich finanzielle Hilfe, wenn das Haushaltseinkommen nicht ausreicht? Wo finde ich eine gute Betreuung für die Kinder, wenn ich arbeiten gehe? Familienpolitik sollte sich dieser und anderer Probleme widmen. Die Familienpolitik der Bundesregierung aber ist Familienpolitik für eine kleine privilegierte Gruppe. Für Besserverdienende hat die große Koalition bessere steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten eingeführt. Mit dem Elterngeld werden Eltern mit hohem Einkommen nach der Geburt eines Kindes abgesichert, während Studierende und Arbeitslose sowie Eltern mit geringem Einkommen sich sogar schlechter stehen als vor der Reform. Sie warten immer noch auf die Verbesserungen, welche die Familienministerin versprochen hat.

Familienpolitik kann nur in einem integrierten Sozialsystem funktionieren. Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung. Damit es zu Familiengründungen kommt, brauchen die Menschen soziale Sicherheit. Die Politik der Bundesregierung bewirkt das Gegenteil. Durch den ständigen Sozialabbau steigen die finanziellen Belastungen. Für Kinder ist kaum Zeit. Und es ist schwierig in einem der reichsten Länder der Erde, mit geringen finanziellen Mitteln Kinder aufzuziehen. DIE LINKE steht für eine soziale Familienpolitik, die allen Bürgern, insbesondere den bisher unterprivilegierten und unterversorgten Gesellschaftsschichten ermöglicht, ein gutes Leben zu führen und sich optimal zu entwickeln. Dafür brauchen wir in der Familienpolitik einen Ausbau der Infrastruktur, finanzielle Förderung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

DIE LNKE fordert:

- kostenlose öffentliche Kinderbetreuung; Jedes Kind soll ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz erhalten.
- Berufstätige Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit sie bei flexiblen Arbeitszeitforderungen der Arbeitgeber nicht passen müssen.
- Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro und im weiteren die Einführung einer Kindergrundsicherung, um Kinderarmut zu verhindern;
- Die Organisation der Arbeit muss verändert werden, um familienkompatibel zu sein. Eltern brauchen erweiterte Arbeitnehmerrechte, um trotz Arbeit genug Zeit für ihre Familie zu haben.
- Statt Steuerbegünstigungsmodelle wie dem »Ehegattensplitting« muss es eine individuelle Besteuerung geben. Tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen, das Zusammenleben mit Kindern sollen steuerlich gefördert bzw. entsprechende Unterhaltszahlungen berücksichtigt werden.

Feinstaub

Viele Ursachen und Auslöser von Krankheiten sieht man nicht. Feinstaub gehört dazu. Erst seit gut 15 Jahren mehren sich die Erkenntnisse über die gesundheitlichen Gefahren von feinen Staubpartikeln, die für das menschliche Auge gar nicht sichtbar sind. Belastungen durch Feinstaub können Erkrankungen der Atemwege wie Asthma, Herz-Kreislaufkrankungen oder sogar Lungenkrebs auslösen. Daran sterben jedes Jahr viele tausend Menschen. Die Angaben zu den vorzeitig in Deutschland sterbenden Menschen schwanken zwischen einigen Tausend bis zu 19 000 im Jahr. Es gibt keine Feinstaubmenge in der Luft, unterhalb derer eine Gesundheitsbelastung auszuschließen ist. Im Gegenteil. Je kleiner die Partikel sind, umso tiefer können sie in den Körper eindringen und dort schädigend wirken. Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil die Rechte der Bürger im Kampf gegen den gesundheitsgefährdenden Feinstaub gestärkt. Betroffene können bei den zuständigen Behörden die Erstellung eines kurzfristig wirksamen Aktionsplans einklagen.

Man unterscheidet zwischen natürlichem und vom Menschen verursachten Feinstaub. Da sich natürliche Feinstäube nicht vermeiden lassen, müssen sich alle Anstrengungen auf die Vermeidung der vom Menschen verursachten Feinstaubbelastungen konzentrieren. Die größten Verursacher von Feinstaub sind die Industrie und der Verkehr. In Innenstädten, wo es in der Regel keine Industriebetriebe gibt, dafür aber viele Menschen wohnen, beträgt der Anteil der Feinstaubemissionen durch den Straßenverkehr etwa 75 Prozent. Die Hälfte der Gesamtbelastung stammt dabei aus den Abgasen der Dieselfahrzeuge. Ein weiteres Viertel entsteht durch Aufwirbelung auf den Straßen oder durch den Abrieb von Reifen und Bremsen aller Fahrzeuge. Festgesetzte Grenzwerte in Innenstadtbereichen werden immer wieder überschritten.

Die Feinstaubbelastung muss reduziert werden, vor allem da, wo Menschen wohnen. Deshalb müssen einerseits erhebliche Verbesserungen bei Industrieabgasen erreicht werden. Andererseits sind gerade Städte und die dort viel befahrenen Straßen von hohen Feinstaubbelastungen betroffen. Da hier viele Menschen wohnen, muss die Feinstaubbelastung durch den Straßenverkehr vor allem in Innenstädten so weit wie möglich reduziert werden. Da es keine Schwelle gibt, unterhalb derer eine Gesundheitsbelastung auszuschließen ist, können nur so Gesundheitsgefahren für Anwohnerinnen und Anwohner verringert werden. Deswegen begrüßt DIE LINKE grundsätzlich die Einrichtung von Umweltzonen in Innenstädten – und als Angebot an die dadurch von Fahrverboten Betroffenen die steuerliche Förderung der Nachrüstung mit Dieselfußfiltern.

Finanzkrise

Wir erleben gegenwärtig eine der größten Finanzkrisen des Kapitalismus. Eine Pleitewelle mit gigantischen Verlusten überrollt die USA und Europa. Der Ausgangspunkt waren leichtfertig vergebene,

schlecht besicherte und dann in undurchschaubaren Paketen verkaufte US-Immobilienkredite. Der Wert dieser zwischen den Banken gehandelten Kreditpakete ist drastisch gefallen. Denn Millionen Amerikaner können gestiegene Zinsen nicht verkraften und haben ihre Darlehenszahlungen eingestellt. Immer mehr Häuser stehen zum Verkauf, und entsprechend sinken die Immobilienpreise in den USA. Dadurch ist bei Banken und Versicherungen eine Kettenreaktion entstanden. Die riesigen Posten in ihrer Bilanz, die auf US-Immobilien beruhen, müssen nach unten korrigiert oder ganz abgeschrieben werden. Weil massenhaft Finanzunternehmen von solchen Abschreibungen betroffen und vom Konkurs bedroht sind, bricht zusätzlich die wechselseitige Kreditgewährung zwischen den Banken zusammen. In dieser Situation ist überall der Staat der letzte Rettungsanker. Er verleiht Geld, gewährt Haftungen oder übernimmt die zahlungsunfähigen Geldhäuser gleich ganz. So aber werden private Verluste sozialisiert. Auch deshalb steht weltweit der Finanzmarktkapitalismus am Pranger.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die den Fehlentwicklungen auf den Grund geht. Wir kritisieren die Spaltung in Arm und Reich, die das Geldvermögen bei wenigen konzentriert und Spekulationen anheizt. Wir wenden uns seit Jahren gegen die völlig verfehlte Liberalisierung der Finanzmärkte. Auch in Deutschland wurden windige Finanzprodukte, Kreditverbriefungen, Hedge-Fonds und gefräßige »Heuschrecken« massiv gefördert. Durch absurde Steuerbefreiungen und neue Gesetze, die den Spekulanten Vorfahrt gewähren. Die Bankenaufsicht wurde in den vergangenen Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die Milliardenverluste deutscher Banken – von der IKB bis zur Hypo Real Estate – sind nicht zuletzt das Ergebnis dieser falschen Politik. Deshalb sind CDU und SPD mitverantwortlich für die Milliardenzeche, die wir alle jetzt zahlen sollen. Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin, in der aktuellen Krise die Interessen der von Löhnen und Sozialleistungen lebenden Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die Haftung der Finanzinstitute und Manager für die Kosten der Bankenrettung durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass es nach der Krise nicht so weiter geht wie vorher.

DIE LINKE schlägt als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes vor:

1. Absicherung zentraler Aufgaben des Finanzsystems:

- ausreichende und zinsgünstige Kreditversorgung,
- Garantie der Bankeinlagen durch den Staat in unbeschränkter Höhe,
- Einrichtung eines von den privaten Finanzinstituten gespeisten Sicherungsfonds

2. Beseitigung besonders destabilisierender Praktiken:

- drastische Reduzierung und wo nötig Verbot von besonders riskanten Finanz-Instrumenten,
- energische Eindämmung von Hedge-Fonds,

- Verpflichtung zu mehr Eigenkapital,
- Verbot von Aktienoptionen für Manager,
- Mindesthaltefristen für Aktienbeteiligungen des Managements,
- verschärfte Haftung von Managern

3. Schritte zur mittelfristigen Reform des Finanzsystems:

- internationales Kreditregister,
- weitgehende Beschränkung von Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft,
- strenge Kontrolle des Investmentbankings,
- keine spekulativen Geschäfte mit Devisen,
- verschärfte Beschränkungen für kapitalgedeckte Altersvorsorge,
- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung,
- Kontrolle von privaten und Aufbau von öffentlichen Rating-Agenturen,
- Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV,
- Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen,
- Schließung von Steueroasen.

Friedenspolitik

Internationale Krisen rechtzeitig zu erkennen und entsprechend einzugreifen, ist laut Bundesregierung ein wichtiges Ziel deutscher Außenpolitik. Mittlerweile sind im Ausland zu diesem Zweck mehr deutsche Soldaten als Diplomaten zu finden. Den alten und neuen Herausforderungen in den internationalen Beziehungen – wie die steigende Zahl von Kriegen und Bürgerkriegen, die Zunahme von Armut und Hunger sowie die Folgen des fortschreitenden Klimawandels – setzt die Bundesregierung zunehmend militärische Maßnahmen entgegen. Selbst für Ziele wie die Sicherheit von Energie- und Rohstoffversorgung wird der Einsatz militärischer Mittel mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen. Im Jahr 2009 werden für das Verteidigungsministerium 31 Milliarden Euro bereit gestellt. Dem Auswärtigen Amt, dem Umweltministerium oder dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stehen nur ein Bruchteil dieser Mittel zur Verfügung. Damit ist Deutschland von einer friedlichen und zukunftsorientierten Außenpolitik weiter entfernt als je zuvor.

Die steigende Zahl von deutschen Truppen im Ausland hat weder die Welt friedlicher noch Deutschland sicherer gemacht. Stattdessen trägt Deutschland dazu bei, Konflikte zu verschärfen, Aufrüstungen zu fördern, das Völkerrecht und die Vereinten Nationen zu schwächen. Beginnend mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, über die Mitwirkung am Irak-Krieg bis hin zum Einsatz in Afghanistan – längst hat die

Bundesregierung das Völkerrecht wissentlich gebrochen und dem Krieg den Vorzug vor der friedlichen Konfliktlösung gegeben. Statt in die Zukunft zu investieren und die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen, finanziert die Bundesregierung militärische Großvorhaben, Aufrüstung und Kriegseinsätze. Den globalen Herausforderungen unserer Zeit wird die deutsche Außenpolitik damit nicht gerecht.

Für DIE LINKE gilt:
Außenpolitik ist Friedenspolitik!

DIE LINKE setzt sich für eine friedliche, auf weltweite politische, soziale und ökonomische Gerechtigkeit gerichtete Außenpolitik Deutschlands ein. Eine friedliche Außenpolitik muss verbunden sein mit einer gerechten Außenwirtschaftspolitik und einer fairen Entwicklungspolitik. Deutsche Außenpolitik muss zurückfinden zu Völkerrecht und ziviler Konfliktlösung. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Militärbündnisse wie die NATO sollen aufgelöst und stattdessen zivile Sicherheit ausgebaut werden. Aufrüstung und die Abschaffung von Atomwaffen müssen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Globale Probleme müssen global gelöst werden. Deshalb gilt es, internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die OSZE zu demokratisieren und zu reformieren und so zu stärken. DIE LINKE fordert darüber hinaus, die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Konfliktbearbeitung anzuerkennen und zu stärken. Deutsche Außenpolitik muss sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einsetzen, nachhaltige Entwicklung fördern und den Ausbau sozialer Rechte vorantreiben. Dazu gehört auch, sich weltweit für Menschenrechte, unter besonderer Berücksichtigung der Rechte von Frauen, zu engagieren.

Gesundheitspolitik

Wer heute krank wird, spürt, wie teuer die Gesundheit werden kann: Neben galoppierenden Beitragssteigerungen werden zehn Euro beim Arztbesuch fällig, fünf bis zehn Euro für jedes Rezept, vierzehn Euro pro Krankenhaustag oder etwa zwanzig Euro für sechs Anwendungen Krankengymnastik. Wer einen Zahn verliert, muss erst recht tief in die Tasche greifen, um eine Brücke oder Krone bezahlen zu können. Von 500 Euro aufwärts ist man beim Zahnersatz dabei. Bei den frei verkäuflichen Medikamenten gibt es überhaupt keine Hilfe der Krankenkasse mehr.

Die verschiedenen Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte sind mit ihren Gesundheitsreformen gescheitert: Während die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen immer weniger werden, steigen die Beiträge. Die Versicherten müssen wie beschrieben einen wachsenden Anteil der gesundheitlichen Versorgung selbst finanzieren, während die Arbeitgeber entlastet werden. Das jüngste Beispiel ist der Gesundheitsfonds: Zusätzlich zum regulären Beitragssatz müssen die Versicherten sich auf Zusatzbeiträge einstellen, der Arbeitgeberanteil bleibt dagegen gleich.

Während der Staat seinen sozialstaatlichen Auftrag und die öffentliche Daseinsvorsorge vernachlässigt, stehen die Profiteure der Entsolidarisierung der Gesellschaft parat. Der Gesundheitssektor wird zunehmend als lukrativer Markt angesehen, auf dem private Investoren neue Geschäftsfelder für sich und ihre Aktionäre aufbauen. Patientinnen und Patienten werden so zu Kundinnen und Kunden, Gesundheit zu einer Ware.

DIE LINKE bekämpft Rationierungs- und Kommerzialisierungsbestrebungen im Gesundheitssystem und will den solidarischen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten. Zwei-Klassen-Medizin ist mit uns nicht zu machen. Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. Jeder Mensch muss in seiner Umgebung medizinische und pflegerische Betreuung vorfinden. Krankenhäuser und Arztpraxen sind keine Profitcenter, sondern Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen im ausreichenden Maße vorgehalten und finanziert werden.

Damit alle Menschen in Deutschland die gleichen Chancen auf Gesundheit haben, müssen wir unser Gesundheitssystem weiterentwickeln. Gesundheitsförderung und Prävention müssen eine zentrale Bedeutung erhalten, damit die Menschen gesünder werden, gesund bleiben oder seltener krank werden. Als Grundlage für eine soziale und gerechte Finanzierung der Gesundheitsversorgung brauchen wir die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, deren Aufgabe es ist, die Gesundheitsversorgung für alle sicher zu stellen. Wir wollen, dass endlich die Arzneimittel-Positivliste kommt, damit nur sinnvolle und nützliche Medikamente verschrieben werden. Praxisgebühr und Zuzahlungen wollen wir als Instrumente einer Zweiklassen-Medizin

wieder abschaffen. Alle medizinisch notwendigen Leistungen gehören wieder in den Leistungskatalog der Krankenkassen.

Die Gesundheit der Bevölkerung muss eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben, darf nicht zum Profitcenter Privater werden. Öffentliche Gesundheitsförderung und Prävention wollen wir ausbauen, eine flächendeckende, in angemessener Zeit erreichbare Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhäusern gewährleisten. Die Integrierte Versorgung nach dem Vorbild der Polikliniken muss weiter entwickelt werden.

Grundgesetz

Das Grundgesetz beinhaltet die verfassungsmäßigen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland. Zum unveränderbaren Kernbereich des Grundgesetzes gehören die Prinzipien Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat und föderaler Bundesstaat. Dieser Kernbereich des Grundgesetzes darf weder vom Bundestag noch von der Bundesregierung angetastet werden, für ihn gilt die sogenannte Ewigkeitsklausel. Im Grundgesetz sind für die Bürgerinnen und Bürger besonders die Grundrechte wichtig, weil sie unmittelbar geltendes Recht sind und den Staat verpflichten, alle Handlungen am Grundsatz der Menschenwürde zu messen.

CDU/CSU und SPD untergraben seit vielen Jahren sowohl den im Grundgesetz geschützten Rechtsstaat als auch den Sozialstaat. Beispiele hierfür sind auf der einen Seite die zunehmende flächendeckende Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger (Onlinedurchsuchung und Vorratsdatenspeicherung), die individuelle Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger aushebeln, die durch das Grundgesetz geschützt sind. Auf der anderen Seite widersprechen die unsozialen Hartz-IV-Gesetze eindeutig dem Grundsatz der Menschenwürde.

Das Grundgesetz ist in seinen unabänderlichen Grundprinzipien Ausgangspunkt der Politik der Partei DIE LINKE. Die von uns angestrebten Ziele

- einer Demokratisierung der Gesellschaft,
 - einer sozial gerechten Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft
 - einer Wirtschaftsdemokratie, die alle Formen des Eigentums an sozialen und ökologischen Kriterien misst,
 - einer internationalen Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und solidarischen Entwicklung
- sind im Grundgesetz verankert. DIE LINKE verteidigt deshalb das Grundgesetz gegen alle Versuche einer Unterhöhlung und Einschränkung durch die CDU/CSU und SPD. Gleichzeitig will die Linke den Sozialstaat des Grundgesetzes wiederherstellen und durch soziale Grundrechte ergänzen.

DIE LINKE will die demokratischen Mitwirkungsrechte und die individuellen Freiheitsrechte des Grund-

gesetzes verteidigen und um soziale Teilhaberechte ergänzen:

■ Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes soll durch das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und das Gebot der staatlichen Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken konkretisiert werden. Dazu sollen soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit und eine Existenz sichernde gerechte Entlohnung, das Recht auf Wohnen, das Recht auf Zugang zu einer guten Gesundheitsvor- und -fürsorge oder das Recht auf Bildung direkt in das Grundgesetz aufgenommen werden.

■ Zur sozialen Gerechtigkeit gehört es auch, für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu sorgen. Dies bedeutet zum Beispiel, eine gerechtere Steuerpolitik zu machen und unter anderem die Vermögenssteuer auf große Vermögen wieder zu erheben.

Klimapolitik

Der vom Menschen verursachte Klimawandel schreitet bereits seit Jahren voran. Schon jetzt sind die Lebensgrundlagen von Menschen in vielen Regionen der Welt bedroht. Unter den sozialen, wirtschaftlichen und natürlichen Folgen des Klimawandels leiden zuallererst die Armen. Das gilt für Geringverdienerinnen und -verdiener in Industrieländern wie Deutschland, aber insbesondere für große Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Um die Erderwärmung in beherrschbaren Grenzen zu halten, müssen das Wachstum des globalen Klimagas-Ausstoßes gestoppt und die Emissionen vermindert werden. Zahlreiche Studien belegen, dass ein Umsteuern technisch möglich und angesichts der dramatischen Folgen der Erderwärmung ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft ist.

Aufgrund seines hohen Klimagas-Ausstoßes hat Deutschland eine besondere Verantwortung, im Klimaschutz voranzuschreiten. Die Bilanz der letzten zehn Jahre deutscher Klimapolitik ist jedoch mehr als ernüchternd. Seit 1998 sind der Ausstoß von Klimagasen gerade mal um etwa vier Prozent zurückgegangen. Bundesweit sind mehr als 20 neue Kohlekraftwerke in Planung. Der Klimagas-Ausstoß des Güter- und Flugverkehrs kennt nur eine Richtung – nach oben. International lässt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel als »Klima-Queen« feiern, in Brüssel setzt sie sich hingegen vehement gegen zu starke Klimaschutz-Auflagen ein.

DIE LINKE fordert die Reduzierung des Klimagas-Ausstoßes in Deutschland um mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts (jeweils gegenüber 1990). Deutschland muss dafür eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig sparsamerem Umgang mit Energie vorantreiben. Der Neubau von Kohlekraftwerken muss verhindert werden. Eine solare Energiewende ist ein Beitrag zum globalen Klimaschutz und verringert die Importabhängigkeit vom Öl und Gas, die zur Neige gehen. Dadurch wird die regionale Wirtschaftsentwicklung gefördert und es werden Arbeitsplätze geschaffen. Eine Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz würde zudem Schwung in die stockenden UN-Klimaverhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeabkommen bringen. Konsequenter Klimaschutz ist als allererstes aber ein Akt internationaler Solidarität mit den am meisten vom Klimawandel betroffenen Menschen.

Kulturpolitik

Deutschland hat eine vielgestaltige kulturelle Szene. Neben Opernhäusern, Museen und Theatern gehören dazu Jugendhäuser, Proberäume, Ateliers und Projekte von Vereinen und Verbänden. Ein besonders dichtes Angebot gibt es in den östlichen Bundesländern, weil das Netz kultureller Einrichtungen nach der Wende teilweise erhalten blieb und durch Projekte freier Träger ergänzt wurde. Diese Vielfalt aber ist bedroht durch Finanznöte

in Ländern und Kommunen. In Folge sinkender Steuereinnahmen haben viele Städte und Gemeinden zuerst ihre Kulturetats gekürzt. Hunderte Bibliotheken und Jugendhäuser wurden in den vergangenen zehn Jahren geschlossen. Zudem ist die öffentliche Förderung von Kultur insgesamt gefährdet. Denn nach dem Willen einiger Staaten in der Welthandelsorganisation sollen auch kulturelle Güter gänzlich dem sogenannten freien Wettbewerb unterstellt werden. Leidtragende sind auch die Kultur- und Medienschaffenden selbst, deren berufliche Perspektiven sich weiter verschlechtern. 2007 haben Versicherte der Künstlersozialkasse durchschnittlich nur 1000 Euro im Monat verdient.

Die Künste, kulturelle Bildung, Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. Wir wollen die bisherige Vielfalt erhalten und allen Menschen die Teilhabe an Kultur ermöglichen. Kultur für alle – von Anfang an! Öffentliche Förderung von Kultur ist dafür unabdingbar. Privates Engagement ist zwar erwünscht, kann jene aber keinesfalls ersetzen.

DIE LINKE streitet für die Absicherung der Lebensbedingungen von Kultur- und Medienschaffenden. Deshalb setzen wir uns national und im europäischen Maßstab für Weiterentwicklungen in der Sozial-, Renten- und Beschäftigungspolitik ein.

Bund und Länder müssen bei der Kulturförderung weiterhin zusammen wirken können. DIE LINKE will den solidarischen Föderalismus bewahren und erneuern:

■ Kultur als Staatsziel: Wir wollen das Grundgesetz um einen neuen Artikel 20b: »Der Staat schützt und fördert die Kultur« ergänzen. Damit folgen wir der Empfehlung der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«.

■ Neue Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz (Artikel 91): Wir wollen das Zusammenwirken von Bund und Ländern endlich auf eine gesicherte Grundlage stellen.

■ Erhalt der Künstlersozialversicherung: Sie gehört zu den wichtigsten kultur- und sozialpolitischen Errungenschaften der Bundesrepublik.

■ Verbesserung des Urheberrechts: Urheber und Künstler sollen einen gesetzlichen Anspruch auf angemessene Vergütung bekommen. Zugleich wollen wir einen möglichst offenen Zugang zu Ideen und kulturellen Produktionen erhalten.

■ Gesetzliche Ausstellungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler

■ Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts (sogenannter Goethe-Groschen)

■ Strikte Anerkennung des besonderen Charakters von Kulturgütern: Kulturelle Güter und Dienstleistungen brauchen als Träger von Identität, Werten und Sinn öffentliche Unterstützung. Wir wollen, dass dies auch bei den Verhandlungen in der Welthandelsorganisation berücksichtigt wird.

Landesbanken

Die öffentlichen Sparkassen haben in Deutschland die Aufgabe, die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger und der lokalen Unternehmen mit Finanzdienstleistungen (Girokonten für jede und jeden; Kreditvergabe für regionale Wirtschaft) zu gewährleisten. Träger der Sparkassen sind in der Regel eine Stadt, ein Landkreis oder ein kommunaler Sparkassenzweckverband aus mehreren Kommunen. Im Juli 2005 entfiel die Verpflichtung der Kommunen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Sparkasse. Seitdem haben Privatbanken mehrfach, allerdings erfolglos versucht, den kommunalen Trägern Sparkassen abzukaufen, um eine lästige Konkurrenz auszuschalten und deren Kunden zu übernehmen.

Landesbanken gehören in der Regel den beteiligten Bundesländern und den regionalen Sparkassenverbänden. Sie haben unter anderem die Unterstützung der Sparkassen als Sparkassendienstleister und -girozentralen und die Förderung der regionalen Wirtschaft zur Aufgabe. Viele der Landesbanken haben allerdings auch im globalen Finanz-Kasino – also im internationalen Finanzmarktgeschäft – kräftig mitgemischt. Schon 2007 kam beispielsweise die Landesbank Sachsen durch risikoreiche Anlagen in Not. Die Finanzkrise 2008 sorgte unter anderem bei der West-LB und bei der BayernLB für milliardenschwere Belastungen.

Die Landesbanken und Sparkassen haben im Finanz-Kasino nichts zu suchen. Transparenz durch demokratische Kontrolle ist daher dringend erforderlich. Eine öffentliche Trägerschaft gewährleistet die effektive und flächendeckende Versorgung von Mittelstand und Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen. Und nur so können die Banken der öffentlichen Hand als Instrument einer umwelt- und beschäftigungsorientierten regionalen Wirtschaftspolitik genutzt werden. Dazu ist es allerdings notwendig, dass die Landesregierungen eine eigene regionalwirtschaftliche Strategie haben.

DIE LINKE steht zum System der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Das Grundprinzip der kommunalen Sparkassen muss erhalten, eine auch nur teilweise Privatisierung muss verhindert werden. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit und intensivere Arbeitsteilung kann ein flächendeckendes Sparkassennetz gesichert werden.

DIE LINKE fordert die Verpflichtung aller Banken, nicht nur der Sparkassen, für alle Bürgerinnen und Bürger ein diskriminierungsfreies Guthaben-Girokonto bereitzustellen.

Sparkassen und Landesbanken sollen sich auch weiterhin ihren unterschiedlichen Aufgaben stellen. In die Geschäftspolitik der Sparkassen wie der Landesbanken muss mehr Transparenz und öffentliche Kontrolle einziehen. Die Landesbanken müssen wieder als Serviceeinrichtung für ihre Sparkassen im Bereich der Refinanzierung und Finanzierung von Großprojekten tätig werden. In der laufenden Debatte um Fusionen zwischen Landesbanken

halten wir am Regionalprinzip fest: statt durch Fusionen eine oder zwei große Landesbanken zu errichten, sollte die regionale Bindung der Geschäfte der Landesbanken erhalten werden.

Gerade angesichts der aktuellen Finanzkrise und Kreditklemme haben die Landesbanken die Gelegenheit, sich wieder auf das realwirtschaftliche Geschäft zu konzentrieren, große Mittelständler und Großunternehmen mit Kredit zu versorgen und sich dadurch zusätzliche Kundengruppen zu erschließen.

Lateinamerika

Lateinamerika ist im Aufbruch. Nach den finsternen Jahrzehnten der Militärdiktaturen und vom Internationalen Währungsfonds diktierten neoliberalen Ausplünderungspolitik sind in freien und demokratischen Wahlen Regierungen an die Macht gekommen, die auf demokratische Partizipation aller Bevölkerungsteile, auf sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Wohlfahrt setzen. Im Rahmen demokratisch organisierter Verfassungsprozesse werden neue Formen der politischen Teilnahme verankert. Einnahmen aus dem Rohstoff-Reichtum wie in Venezuela werden zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen eingesetzt. Dieser demokratische und soziale Aufbruch ist zugleich eine ständige Auseinandersetzung mit den alten Eliten und den sozialen Schichten, die um frühere Vorrechte bangen. Die neuen politischen Kräfteverhältnisse in Lateinamerika verändern die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern untereinander und zum Norden. Nicht nur der politische und wirtschaftliche Einfluss der USA, auch der der EU wird zunehmend kritisch gesehen. Mit dem regionalen Integrationsprojekt ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika) bietet sich eine Alternative zu den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen an.

Die EU und die Bundesregierung unterstützen die regionale Integration nicht, sondern betrachten sie als ein Störmanöver gegen ihre Freihandelspolitik. Dementsprechend versuchen sie, die Ausbreitung von ALBA zu verhindern und den politischen Kurs der neuen Regierungen zu beeinflussen.

DIE LINKE hat stets ihre Unterstützung für die politischen Prozesse und Integrationsbemühungen in Lateinamerika bekundet und dies auch von der Bundesregierung und der EU eingefordert. DIE LINKE kritisiert, dass die EU weiterhin am Abschluss von Freihandelsabkommen mit lateinamerikanischen Staatengruppen festhält, dabei enormen politischen und wirtschaftlichen Druck einsetzt und so den regionalen Integrationsbemühungen entgegenarbeitet. Die Bundesregierung unterstützt oftmals autoritäre, undemokratische Kräfte in Lateinamerika, die sich gegen den sozialen und politischen Aufbruch wenden. Hier ist insbesondere die kolumbianische Regierung zu nennen, die mit rechten paramilitärischen Gruppen verstrickt ist.

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung,

- die Integrationsprozesse positiv aufzugreifen und zu fördern, anstatt sie zu bekämpfen;

- dementsprechend keine Freihandelsabkommen durchzusetzen, die dieser Integration entgegenstehen;

- bei allen Abkommen mit lateinamerikanischen Staatengruppen die Entwicklungsziele zu berücksichtigen und die Verhandlungsprozesse transparent und offen zu gestalten;

- die künftige Entwicklungszusammenarbeit in Abstimmung mit den lateinamerikanischen Gebern (Kuba, Venezuela) durchzuführen;

- auf Einmischung, die auf einen Regierungswechsel abzielt, über Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen etc. zu verzichten und

sich eindeutig gegen undemokratische und gewaltsame Störungen seitens der alten Eliten auszusprechen.

Leiharbeit

Leiharbeit ist eine Wachstumsbranche auf dem Arbeitsmarkt. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen auf heute rund 800 000 verdreifacht. Unternehmen haben Stammarbeitsplätze in Leiharbeitsverhältnisse verwandelt. Sie haben keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen, sondern sich der billigeren und flexibel einsetzbaren Leiharbeit bedient. So sind in der Leiharbeit weit überwiegend keine guten Arbeitsplätze entstanden. Die Löhne liegen bis zu 50 Prozent unter dem, was Festangestellte für die gleiche Arbeit bekommen. Auch betriebliche Vergünstigungen bei der Arbeitskleidung oder in Kantinen gelten für Leiharbeiter nicht. Sie haben kaum berufliche Perspektiven, da sie nur selten in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Zukunftsplanung ist häufig ein Fremdwort, weil Leiharbeiter heute hier und morgen dort eingesetzt werden können. Die Finanzmarktkrise und der sich anbahnende Abschwung zeigen: Leiharbeiter werden als erste entlassen. Sie genießen keinen Kündigungsschutz und haben nur wenige Mitbestimmungsrechte.

Der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« darf nicht durch den Einsatz von Leiharbeit unterlaufen werden. Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen dürfen nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse gemacht werden. Wer den Boom der Leiharbeit feiert, ignoriert die schlechte Qualität von Leiharbeitsverhältnissen und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse werden verdrängt, weil prekäre Formen wie Leiharbeit sich immer weiter ausbreiten. Belegschaften werden gespalten und somit geschwächt. Die beiden letzten Bundesregierungen haben diese Zustände gefördert. SPD und Grüne haben jede zeitliche Beschränkung für die Beschäftigung von Leiharbeitern abgeschafft. Dank ihrer Politik dürfen Leiharbeiter schlechter bezahlt werden als Festangestellte. An der Union

scheitert es, dass zumindest ein Mindestlohn-Tarifvertrag dieser Branche für allgemeinverbindlich erklärt wird.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Leiharbeit nach folgenden fünf Grundsätzen sozial gerecht reguliert wird:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen ab dem ersten Einsatztag den gleichen Lohn erhalten, ohne dass ein Tarifvertrag schlechtere Bedingungen vorsehen darf.

- Begrenzung der Überlassungshöchstdauer: Die Dauer, für die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen an ein Unternehmen verliehen werden können, darf sechs Monate auf keinen Fall überschreiten.

- Ausweitung der Mitbestimmung: Betriebsräte müssen mehr über den Einsatz von Leiharbeit mitbestimmen können.

- Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen dürfen nicht als Streikbrecher missbraucht werden.

- Die Leiharbeiter müssen von ihrem Arbeitgeber auch für Zeiten, in denen sie nicht ausgeliehen werden, entlohnt werden.

Managergehälter

Jeden Tag ein Gehalt von 39 178 Euro. Das ist die Welt von Josef Ackermann. Insgesamt 14,3 Millionen bekam der Chef der Deutschen Bank im Jahr 2007. Die Bosse der 30 DAX-Unternehmen kassierten durchschnittlich 5,1 Millionen Euro. Während die Reallöhne in Deutschland seit Jahren nicht mehr steigen, häufig sogar sinken, haben sich die Vorstände satte Gehaltserhöhungen genehmigen lassen. Heute erhalten Spitzenmanager bis zu tausend Mal mehr als einfache Mitarbeiter. Und zum Abschied kommen meistens noch kräftige Abfindungen hinzu. Wie beispielsweise die 5,75 Millionen für Klaus Kleinfeld, der Siemens als ein von Korruption belastetes Unternehmen hinterließ. Später, wenn die Konzernchefs im Ruhestand sind, wandern Jahr für Jahr mehrere hunderttausend Euro auf ihr Konto. Ein besonderer, immer wieder kritizierter Skandal ist die Koppelung der Managergehälter an die Aktienkurse. Denn häufig werden Mitarbeiter entlassen, um mittels rabiatere Kostensenkung die Gewinne zu steigern und die Kurse in die Höhe zu treiben.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die Managergehälter in Millionenhöhe nicht akzeptiert. Sie sind ungerecht und setzen falsche Anreize für die Führung von Unternehmen. Sie sind Ausdruck eines irreführenden Kasino-Kapitalismus. Selbst das Aktiengesetz verlangt, dass »die Gesamtbezüge in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden und zur Lage der Gesellschaft stehen«. Angesichts einer zunehmenden Spaltung in Arm und Reich kann von einem angemessenen Verhältnis keine Rede sein.

DIE LINKE schlägt vor:

- **Strikte Begrenzung der Managergehälter:** Vorstandsmitglieder sollten nicht mehr als das Zwanzigfache des durchschnittlich gezahlten Gehalts im jeweiligen Unternehmen erhalten.
- **Vorbildwirkung der öffentlichen Hand:** Die öffentlichen Unternehmen, wie beispielsweise die Deutsche Bahn, müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Die Bundesregierung sollte bei allen Unternehmen, die sie beeinflussen kann, die geforderte Begrenzung einführen.
- **Verbot von Aktienoptionen:** Die Entlohnung der Unternehmensvorstände mit Aktienoptionen des eigenen Unternehmens muss strikt untersagt werden.
- **Begrenzung von Abfindungen:** Abfindungen sollten nur bis zu einer Höhe von einer Million Euro pro Empfänger beim zahlenden Unternehmen steuerlich geltend gemacht werden können. Dadurch werden hohe Abfindungszahlungen beim Unternehmen verteuert.
- **Anhebung der Reichensteuer:** Heute sind auf jeden Euro oberhalb von 250 000 Euro Jahresgehalt 45 Prozent Steuern zu zahlen. Diese sogenannte Reichensteuer sollte deutlich, mindestens auf 50 Prozent, angehoben werden.

Menschenrechte

Menschen haben Rechte, weil sie Menschen sind. Diese Idee spielt seit der Aufklärung eine zentrale Rolle im politischen Denken. Kein noch so ideell oder materiell großes Interesse legitimiert dazu, Menschen dieser grundlegenden Rechte zu berauben. Die Menschenrechte gelten unabhängig von Staatsgrenzen: sie sind universell.

Die Entfaltung des Kapitalismus mit seinen massiven Verwerfungen, eine immer brutalere Kriegsführung, aber auch Unterentwicklung und ökologische Krise machen deutlich, dass der Begriff der Menschenrechte in verschiedene Richtungen ausdifferenziert werden muss. Bestimmte Menschenrechte lassen sich gut verwirklichen, sie sind real wirksam, andere hingegen weniger oder überhaupt nicht.

Ein Weg dabei war und ist die Erarbeitung und Ratifizierung verbindlicher internationaler Menschenrechtskonventionen. Die wichtigsten sind: Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), der UN-Pakt über politische und bürgerliche Rechte und Freiheit (1966) sowie der UN-Pakt über soziale und wirtschaftliche Rechte (1966).

Da politische Rechtsgarantien ohne soziale Mindeststandards oder entwicklungsfähige Volkswirtschaften nur begrenzten Nutzen für die Schwächeren haben, aber auch der Kampf um soziale und entwicklungspolitische Ziele ohne politische Grundrechte enorm erschwert ist, hat es keinen Sinn, eine Rangordnung innerhalb der Menschenrechte anzunehmen. Das heißt, Menschenrechte sind unteilbar.

Nach dem Ende des Kalten Kriegs ist eine paradoxe Situation eingetreten. Es gibt eine positive Tendenz zur inhaltlichen Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der Menschenrechte. Daneben gibt es eine negative Tendenz zur Abwägung zwischen Menschenrechten und anderen »Gütern«, etwa Terrorbekämpfung und militärischer »Flüchtlingsabwehr«. Durch diese Abwägung werden Menschenrechte in ihrer wichtigsten Funktion, der Interessendurchsetzung um jeden Preis einen Riegel vorzuschieben, geschwächt. Schließlich spielen, seit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien, ideologische Rückgriffe auf die Menschenrechte auch eine wichtige Rolle zur Legitimierung von offenen Völkerrechtsbrüchen.

DIE LINKE kämpft für die weitere Verwirklichung der Menschenrechte. Heute heißt das vor allem, denjenigen Entwertungstendenzen entgegen zu treten, die die Fortschritte bei der Verwirklichung der Menschenrechte zerstören (Terrorbekämpfung, Flüchtlingspolitik). Auch weist DIE LINKE Versuche zurück, die Menschenrechte zur Kriegsideologie zu machen. Aber DIE LINKE sieht auch das wirtschaftliche Potenzial der Bundesrepublik, das zur Ausgestaltung des Rechts auf Entwicklung gerade in Ländern der »Dritten Welt« beitragen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland kann eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung von Menschenrechtsabkommen spielen. Ein Beispiel: Die Ratifizierung eines Abkommens zur Folterprävention ist zwar

erfolgt, aber DIE LINKE fordert, dass die Präventionsinstrumente nicht nur pro forma eingerichtet werden, sondern im Ernstfall auch arbeitsfähig sind. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. Ein Beispiel auf dem Feld der sozialen Menschenrechte: DIE LINKE fordert, dass für deutsche Unternehmen, die im Ausland produzieren lassen, eine Bindung an grundlegende Sozialrechtsnormen erfolgen muss. Die einschlägigen internationalen Mindestnormen dafür sind: Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts, Verbot der Zwangsarbeit, Gleiche Entlohnung und Verbot der Diskriminierung am Arbeitsplatz, Verbot der Kinderarbeit.

Mieten

Wohnen wird in Deutschland immer teurer und für einkommensschwache Menschen zunehmend zum Armutsrisiko. Während die Reallöhne stagnieren oder sinken, steigen Mieten und Wohnnebenkosten kontinuierlich. Das führt zu einer Mietbelastung, die für viele Menschen unerschwinglich ist. Während die Mietbelastungsquote der Gutverdiener unter 20 Prozent ihres Einkommens beträgt, liegt sie für Mieter der unteren Einkommensgruppen bei rund 50 Prozent ihres monatlichen Verdienstes. Vor allem in den großen Städten wird der gesetzliche Rahmen für Mieterhöhungen durch die Vermieter ausgeschöpft, ohne dass dabei der Standard der Wohnung verbessert wird. In den Städten und Gemeinden, in denen die Kommunen ihren Wohnungsbestand privatisiert haben, geht ihnen auch die politische Einflussnahme verloren. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst stetig. Für sie werden zunehmend altersgerechte Wohnungen gebraucht. Diese Entwicklung eröffnet Chancen für einen radikalen ökologischen Stadtumbau. Die Förderprogramme der Bundesregierung entsprechend dieser Zielstellung jedoch nicht. So wurden im Osten ohne erkennbares soziales und ökologisches Konzept 300 000 Wohnungen staatlich finanziert abgerissen. In den westlichen Bundesländern hingegen fehlt ein nennenswertes Wohnungsbauprogramm, das zur Entspannung des neuen Mangels an erschwinglichen Wohnungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen beitragen würde. Bund und Länder setzen in der Wohnungspolitik einseitig auf die Förderung von Wohneigentum.

Wohnen ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht für alle. In der gegenwärtigen Politik des Bundes und der meisten Länder steht das nicht im Mittelpunkt. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums hat den Wohnbereich voll erfasst. Der politische Handlungsrahmen der Kommune wird dadurch zunehmend geringer. Für einkommensschwache Mieter ist ein ausreichendes Wohnungsangebot erforderlich. Das wird am sinnvollsten durch öffentliche Wohnungsbestände gewährleistet.

DIE LINKE fordert: keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und somit spricht sich somit auch gegen den Verkauf des kommunalen Wohnungsbestandes aus. Die gesetzlich festgelegte Möglichkeit, die

Mieten aller drei Jahre um bis zu 20 Prozent zu erhöhen muss gestoppt werden. Keine Mieterhöhung ohne nachhaltige Standardverbesserung! Die energetische Sanierung der Wohnungen muss gesetzlich gefordert und öffentlich gefördert werden. Das Wohngeld muss regelmäßig der Wohnkostenentwicklung angepasst werden. Heizkosten müssen in voller Höhe im Wohngeld berücksichtigt werden, die Mietbelastung sollte 25 Prozent des Einkommens nicht überschreiten. 75 Prozent der Wohnungsbauförderprogramme des Bundes sollen für ein soziales Wohnungsbauprogramm verwendet werden.

Mindestlohn

Lohndumping hat in Deutschland seit über zehn Jahren Konjunktur. Die Zahl der Beschäftigten, die vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können, ist stark gestiegen. Stundenlöhne von fünf Euro und weniger sind keine Seltenheit. Ein Bäcker verdient in Sachsen-Anhalt laut Tarifvertrag 4,48 Euro pro Stunde. In Rheinland-Pfalz erhalten Beschäftigte im Sicherheitsgewerbe einen Tariflohn von 5,35 Euro pro Stunde. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und der Boom der Leiharbeit drücken auf die Löhne. Eine aktuelle Studie zeigt: bereits 6,5 Millionen, das ist fast jeder vierte Beschäftigte, arbeiteten im Jahr 2006 zu Niedriglöhnen. Seit 1995 ist der Anteil der Niedriglöhne von 15 auf 22 Prozent gewachsen. Insbesondere Frauen werden oft schlecht bezahlt.

Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. Im Jahr 2006 erhielten bereits 880 000 Erwerbstätige neben ihrem Lohn Hartz IV-Leistungen. 2007 stieg diese Zahl auf 1,3 Millionen. Der Staat subventioniert so Unternehmen, die schlechte Löhne zahlen, obwohl die Gewinne steigen.

Dieser Zustand ist einer reichen Gesellschaft unwürdig. Von Arbeit muss man leben können. Nur ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn kann dem Lohndumping eine Grenze setzen, unter der nichts mehr erlaubt ist. Nur ein ausreichend hoher Mindestlohn kann Hungerlöhne, die nicht zum Leben reichen, verhindern. Wenn die Löhne wieder auf einem sicheren Fundament stehen, gehen auch die Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen infolge Lohndumping und prekärer Arbeit zurück. Die Staatskassen werden von aufstockenden Sozialleistungen entlastet. Schließlich stärkt ein gesetzlicher Mindestlohn auch die Binnennachfrage.

Die Große Koalition glänzte lange durch Untätigkeit. Jetzt legt sie Flickwerk vor. Mit ihren Vorschlägen zu Branchenmindestlöhnen wird der Anspruch fallen gelassen, eine einheitliche Lohnuntergrenze einzuführen.

DIE LINKE fordert die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von mindestens 8 Euro, der in schnellen Schritten auf 10 Euro ansteigt. In Frankreich wurde der Mindest-

lohn gerade auf 8,71 Euro pro Stunde angehoben. Darunter sollte Deutschland nicht bleiben. In einem neuen Mindestlohngesetz sollen die Einführung sowie die regelmäßig vorzunehmenden Anpassungen geregelt werden. Tariflöhne, die oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen, sollen als Branchenmindestlöhne festgeschrieben werden.

Mittelstandspolitik

Der Mittelstand steht als Rückgrat der deutschen Wirtschaft im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik – zumindest wenn es nach den Sonntagsreden geht. Tatsächlich gibt es nur rund 5000 Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Alle anderen der insgesamt 3,5 Millionen Firmen in Deutschland zählen zum Mittelstand. Diese kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bieten mehr als zwei Drittel aller Arbeitsplätze, bilden acht von zehn Lehrlingen aus und tätigen 40 Prozent aller steuerpflichtigen Umsätze. Dabei ist die wirtschaftliche Lage des Mittelstands sehr differenziert – einerseits Weltmarktführer mit Markenprodukten und andererseits die Masse der Kleinbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten. Kleinbetriebe sind von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besonders betroffen und stehen angesichts von geringem Eigenkapital vor beträchtlichen Herausforderungen.

Was tun, wenn die Kunden nicht zahlen? Wie überleben gegen große Handelsketten und Baulöwen? Woher Geld bekommen, wenn die Banken Kredite verweigern? Wie Arbeitsplätze sichern, wenn die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen zurückgeht? Andere Parteien reagieren auf diesen Handlungsbedarf mit den üblichen Forderungen: Steuerentlastung, weniger Staat und Absenkung der Löhne. Sowohl die Bundesregierung als auch FDP und Grüne sind sich im Grunde darin einig, dass es die Kosten und die Regulierung des Staates sind, die den Mittelstand hemmen und einschränken.

Für DIE LINKE sind nicht Kosten und Bürokratie, sondern fehlende Aufträge das Hauptproblem des Mittelstands. Nur wenn Normalverdiener mehr Geld in der Tasche haben und wenn der Staat in die Zukunft investiert, entstehen hinreichend Aufträge für Kleinunternehmer und Selbstständige. Die Bundesrepublik ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem seit mehr als zehn Jahren Löhne, Renten und Sozialtransfers stagnieren, zum Teil sogar schrumpfen. Für die großen Exportunternehmen ist das vorteilhaft, weil sie auf internationalen Märkten wettbewerbsfähiger werden.

Für die meisten Firmen des Mittelstands ist das schlecht, weil sie auf die Nachfrage in Deutschland angewiesen sind. Gerade jetzt, in der Wirtschaftskrise, ist die Stärkung des Binnenmarktes die beste Politik für den Mittelstand. Darüber hinaus gilt es, kleine und mittlere Unternehmen mit einer passfähigen Steuer- und Förderpolitik gezielt zu unterstützen sowie die Privilegien und die Marktmacht von Großunternehmen einzuschränken.

DIE LINKE fordert eine wirksame und zielgenaue Mittelstandspolitik. Dazu gehören:

Gerechtere und sinnvollere Steuern: Beseitigung der überproportionalen Belastung mittlerer Einkommen durch einen linear von 15 auf 50 Prozent ansteigenden Einkommensteuertarif; Anpassung der Besteuerung an die Inflation; Wiedereinführung der degressiven Abschreibung; ermäßigte Umsatzsteuer für Handwerker und arbeitsintensive Dienstleistungen; deutlich höhere Steuern für Kapitalgesellschaften, private Vermögen und große Erbschaften; Abschöpfung der Extraprofite von Energiekonzernen.

Deutlich steigende öffentliche Investitionen: Anhebung der Investitionsquote der öffentlichen Hand mindestens auf das Niveau des europäischen Durchschnitts; zusätzlich 50 Milliarden Euro im Jahr für saubere Energie, bessere Bildung und die Sanierung der Infrastruktur; daraus resultierend massenhaft Aufträge für den Mittelstand und hunderttausende neue Arbeitsplätze.

Gesetzlicher Mindestlohn statt Lohndumping: faire Bedingungen für fair arbeitende Unternehmen; kein Kampf um die niedrigsten Löhne; in Ausnahmefällen stufenweise Einführung des Mindestlohns.

Wirksamer Schutz des Mittelstands: keine IHK-Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von bis zu 30 000 Euro; verschärfte Vorschriften für die Auftragsvergabe von Großunternehmen; schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht gegen Strom- und Gaskonzerne; durchsetzungsfähiges Forderungssicherungsgesetz; qualitätsorientierte Honorarordnung für Architekten und Ingenieure statt reiner Preiswettbewerb.

Sichere Finanzierung: Neuer gesetzlicher Auftrag für Sparkassen und öffentliche Banken; umfassende Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft; verlässliche Investitionsförderung.

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist die Konzeption einer dauerhaft zukunftsfähigen Entwicklung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension menschlicher Existenz. Diese drei Seiten der Nachhaltigkeit beeinflussen sich gegenseitig und müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Diese Balance wird vor allem durch die herrschende kapitalistische Wirtschaftsordnung immer wieder aufs Neue zerstört. Das führt weltweit zu Kriegen, zu mehr Armut, zu zunehmender Umweltzerstörung, zu einem immer bedrohlicher werdenden Klimawandel, zu mehr Elend und sozialer Ungerechtigkeit. Leidtragende sind national wie international vor allem die armen, benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsschichten. Natur und Umweltzerstörung berauben künftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen.

DIE LINKE streitet für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Sie tritt für den Vorrang demokratischer Politik über die Wirtschaft und für einen ökologischen Wandel ein. Die nachhaltige Bewahrung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt ist eine zutiefst soziale Angelegenheit und zentrale Säule von Gerechtigkeit.

Wir wollen eine Energie- und Klimapolitik, die nicht zu neuen sozialen Schieflagen und Ausgrenzungsprozessen führt, sondern global das Recht aller Menschen auf gleiche Wohlstandsentwicklung respektiert.

Die wichtigsten Aufgaben einer nachhaltigen Politik heute sind für DIE LINKE:

- öffentliche beschäftigungsfördernde Zukunftsinvestitionsprogramme für Umwelt- und Klimaschutz und nachhaltige Technologien;
- die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und die Dezentralisierung privater wirtschaftlicher Macht;
- gerechte Steuerpolitik;
- ökologischen Umbau der Energieversorgung;
- nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen;
- soziale und ökologische Verkehrspolitik;
- umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe;
- den Ausbau der ökologischen Land- und Waldbewirtschaftung.

NATO

Mit der Auflösung des Warschauer Vertrags (1991) geriet die NATO als kollektives Verteidigungsbündnis in eine Legitimationskrise. Den Ausweg fand die NATO in einem »erweiterten« Sicherheitsverständnis, das Auslandseinsätze zur weltweiten (»Krisen«-) Interventionen mit oder auch ohne UN-Mandat einschließt. Die Verfolgung ökonomischer Interessen der NATO-Mitgliedsstaaten wurde Bestandteil des erweiterten Sicherheitsbegriffs.

Aufgrund divergierender Interessen zwischen einigen westeuropäischen Staaten und den USA werden neben den NATO-Bündnisstrukturen sowohl ad-hoc-Koalitionen (wie beim Irakkrieg), als auch Kooperationsstrukturen zwischen der NATO und NATO-nahen Staaten gebildet.

Mit dem Neuen Strategischen Konzept vom April 1999 untergräbt die NATO das Gewaltmonopol der UNO und versucht, sich – teilweise ohne jegliche Legitimation – als neues »System kollektiver Sicherheit« zu positionieren. Die Balkan-Kriege wurden genutzt, um die NATO in ihrer neuen selbsternannten Rolle als global agierende Interventions- und Ordnungsmacht zu etablieren und die OSZE sowie UNO als vermeintlich untaugliche kollektive Sicherheitssysteme zu diskreditieren. Jede deutsche Regierung riskiert damit einen Konflikt zu Art. 25 des Grundgesetzes. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat sich in seiner Verfassung verpflichtet, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts als verbindliches Bundesrecht mit Vorrangigkeitscharakter zu betrachten. Das für die Bundesrepublik Deutschland vorrangige Völkerrecht im Bereich globaler Sicherheit stellen nicht NATO-Beschlüsse und Abkommen, sondern die Charta der Vereinten Nationen dar. Artikel 103 der UN-Charta legt unmissverständlich fest, dass alle internationalen Verpflichtungen und Abkommen die Vorrangigkeit der Vereinten Nationen zu respektieren haben. Trotz dieser Tatsache und trotz der Beteiligung Deutschlands an der praktischen Umsetzung dieser NATO-Strategie im völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Jugoslawien steht eine breite gesellschaftliche und parlamentarische Debatte zum Strategischen Konzept der NATO weiter aus.

Die NATO ist für die USA primär ein Instrument zur Durchsetzung imperialer Machtambitionen. Ihre Erweiterung bis an die Grenzen Russlands, gepaart mit der Einrichtung von US-Stützpunkten, zielt auch auf die Kontrolle und Sicherung der Energieströme ab (»Energiesicherheit«).

DIE LINKE will die NATO auflösen und den Vorrang nichtmilitärischer Sicherheitsstrukturen durchsetzen. Eine deutsche Beteiligung an NATO-Interventionen lehnt DIE LINKE strikt ab, ebenso die deutsche Teilnahme am Auf- und Umrüstungsprogramm der NATO. Gleichzeitig müssen auch die militaristischen Komponenten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union überwunden werden.

Naturschutz

Die natürliche Umwelt ist das am meisten gefährdete Gut der Menschheit. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hat schon heute ein alarmierendes Ausmaß angenommen. Sie müssen umfassend und wirksam geschützt werden. Ausschließlich gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln ohne gesellschaftliche Regeln und Schranken führt seit Jahrzehnten zu rapider Naturzerstörung und damit zu einer Gefährdung der menschlichen Zivilisation. Wenn im Konflikt zwischen Natur

und Markt immer der Markt gewinnt, wird es in der Konsequenz keine Grundlagen für einen Natur- und Artenschutz mehr geben. Schon jetzt ist in der Bundesrepublik allein die vor allem von Autos und Bahnen genutzte Verkehrsfläche größer als die aller ausgewiesenen Naturschutzgebiete. Der Ansatz »Schutz durch Nutzung« muss konsequent weitergeführt werden, denn Bewirtschaftung und Naturschutz müssen sich nicht ausschließen.

Die praktische Naturschutzarbeit wird vor allem auf regionaler und lokaler Ebene geleistet. Die rechtlichen Instrumente des Naturschutzes sind allerdings in vielen Staaten auf nationaler Ebene verankert. Innerhalb der Europäischen Union gewinnen europaweite Programme und Regelungen an Bedeutung. Beispielsweise sind hier zu nennen die Natura 2000 als länderübergreifendes Schutzgebietssystem oder auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, die indirekt große Auswirkungen auf den Naturschutz hat. Der Zerstörung unseres natürlichen Lebensraumes muss Einhalt geboten werden. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass bei der Abwägung von wirtschaftlichen und Naturschutzbelangen der Natur ein größeres Gewicht als bisher beigemessen wird.

DIE LINKE fordert konsequente öffentliche Vorgaben und große Investitionen in den ökologischen Umbau der Infrastruktur.

DIE LINKE unterstützt die Absicht der Europäischen Union, auf 10 Prozent der Fläche Europas ein zusammenhängendes Netz von Biotopen zu errichten. Damit kann die Natur so geschützt werden, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen möglich ist. Gerade angesichts des voranschreitenden Klimawandels ist es notwendig, dass der Natur zusammenhängende Flächen zur Verfügung stehen.

DIE LINKE fordert die Umsetzung eines wirksamen und starken Naturschutzrechtes im Zuge der Erstellung eines nationalen Umweltgesetzbuches sowie bei der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben.

DIE LINKE fordert konkrete Regelungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt und setzt sich für ein gerechtes System zur Nutzung von biologischen Ressourcen ein.

Niedriglöhne

Fast jede und jeder vierte Beschäftigte in Deutschland muss heute zu einem Niedriglohn arbeiten. Das sind 6,5 Millionen Menschen. Sie sind arm trotz Arbeit. Schlecht bezahlte Arbeit hat erheblich zugenommen: Im Jahr 1995 war »nur« jeder sechste Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich beschäftigt. Von einem Niedriglohn spricht man, wenn jemand weniger als 9,61 Euro (West) bzw. 6,81 Euro (Ost) pro Stunde verdient. Besonders häufig müssen sich Frauen mit einem Niedriglohn begnügen. 70 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten sind Frauen. Über 90 Prozent der Minijobber und Minijobberinnen bekommen nur einen geringen Stundenlohn. Auch Qualifikation schützt kaum noch vor niedrigen Löhnen. Drei von vier Niedriglohnbeschäftigten

haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen Hochschulabschluss.

Die Bundesregierungen unter Schröder und Merkel haben Lohndumping und die Ausbreitung ungesicherter, schlecht entlohnter Beschäftigung gefördert, insbesondere dadurch, dass sie Mini-/Midijobs und Leiharbeit erleichtert haben. Mit den Hartz-Gesetzen der Allparteienkoalition aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP in Bundestag und Bundesrat wurde der Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte erhöht, auch schlecht bezahlte Arbeit zu akzeptieren. Dieser Zustand ist unannehmbar. Wer arbeitet, muss einen anständigen Lohn dafür bekommen. Erst recht angesichts steigender Unternehmensgewinne. DIE LINKE setzt sich für mehr gute Arbeit ein. Das bedeutet nicht zuletzt gute Löhne.

DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8 Euro pro Stunde, damit Armut trotz Arbeit verringert werden kann. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse zugunsten Existenz sichernder, sozialversicherungspflichtiger Arbeit abgebaut werden. Dafür müssen Minijobs, Leiharbeit und Befristungen sozial gerecht reguliert werden. Um den Druck auf Erwerbslose zu reduzieren, ist zweierlei notwendig: Eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I und eine Existenz sichernde soziale Grundsicherung.

NPD-Verbot

Neofaschismus und Gewalt von rechts sind ein Dauerproblem und werden seit einigen Jahren von einer zunehmenden, vor allem auf kommunaler Ebene stabilen, parlamentarischen Präsenz rechtsextremistischer Parteien begleitet. Darunter ist die NPD mit etwa 150 kommunalen Mandatsträgern die erfolgreichste. Ein NPD-Verbot wird seit langem von großen Teilen der antifaschistischen Bewegung und der LINKEN, der SPD und von Teilen der Grünen gefordert. Im Jahre 2002 scheiterte ein Verbotsantrag der Regierung (SPD/Grüne) vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Verfassungsschutzämter waren damals nicht – und sind es bis heute nicht – bereit, ihre Verbindungsleute in der NPD abzuschalten. Angeblich ist ihre Arbeit aus Sicherheitsgründen in den rechtsextremistischen Organisationen unverzichtbar. Folglich konnte das Gericht nicht entscheiden, ob es über originäre NPD-Aussagen urteilt oder über die Aussagen von V-Leuten des Staates, die oft auf Führungsebene tätig und für Propaganda und Aktionen der Partei zuständig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat unmissverständlich klar gemacht, dass unter diesen Bedingungen ein neuerlicher Verbotsantrag keinerlei Aussicht auf Erfolg haben kann.

Für ein NPD Verbot gibt es vor allem zwei Gründe: Der Staat darf nicht neutral sein, wenn eine Partei das Lebensrecht anderer bestreitet, nationalsozialistisches Gedankengut wiederbelebt und die Demokratie abschaffen will. Und es ist nicht zu akzeptieren, dass eine rechtsextremistische, rassistische und

antisemitische Partei von der gesetzlich vorgesehenen Parteifinanzierung profitiert. Im Jahr 2006 waren immerhin 45 Prozent des NPD-Haushalts staatliche Gelder (Wahlkampfkostenerstattung v.a.).

Versuche aus den Reihen der Regierungsparteien, immer wieder die Verbotsfrage aufzuwerfen, sind kein ernsthafter Beitrag zur Auseinandersetzung mit der NPD, so lange nicht die Verfassungsschutz-Mitarbeiter zurückgezogen worden sind.

DIE LINKE unterstützt ein Verbot der NPD. Aber zuallererst müssen die Bund und Länder die grundlegenden Voraussetzungen schaffen, damit ein Verbot überhaupt ernsthaft geprüft werden kann: die V-Leute der Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD müssen abgeschaltet werden.

Für DIE LINKE ist ein Verbotsverfahren zudem keine Ersatzhandlung für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Mit einem NPD-Verbot wären sie nicht aus der Welt. Entscheidend ist daher, dass die staatlichen Mittel zur Förderung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus deutlich erhöht und vor allem verstetigt werden. Das reicht von Opferschutz über Schulung demokratischer KommunalpolitikerInnen bis hin zu (Aus-)Bildungs- und Lehrinhalten.

Beobachtung, Analyse und Kampf gegen Rechtsextremismus sind keine Spezialaufgabe des geheim arbeitenden Verfassungsschutzes. Die dürftigen Ergebnisse, die weit hinter der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der antifaschistischen Initiativen zurückbleiben, rechtfertigen diese Sonderstellung des VS nicht. Wir fordern deshalb eine unabhängige Beobachtungsstelle, die die Entwicklung der extremen Rechten beobachtet, analysiert und bewertet und ihre Ergebnisse laufend der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Öffentlicher Dienst

Der Öffentliche Dienst soll die Erfüllung aller Aufgaben sichern, die der Staat zu leisten hat – vom Finanzamt über das Krankenhaus bis zum Justizvollzug, von der Schule über die Müllabfuhr bis zum Öffentlichen Nahverkehr bewegt sich die Bandbreite der ureigenen Arbeitsfelder des Öffentlichen Dienstes. Ca. 4,6 Millionen Menschen arbeiten in der Bundesrepublik in diesem Bereich als Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Soldatinnen und Soldaten oder im Angestelltenverhältnis. Mehr als die Hälfte davon sind Frauen. Nach Anteil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst an der Gesamtbeschäftigtenzahl liegt Deutschland damit in Europa an 5. Stelle zwischen Griechenland und Ungarn. Um den öffentlichen Dienst ist eine harte politische Auseinandersetzung entbrannt. Die Bundesregierung, aber auch Teile von FDP und Grünen wollen seine Leistungen radikal kürzen und verbliebene Aufgaben weitestgehend privatisieren: Bundesweit wurden in den Ämtern in den letzten Jahren insgesamt 150 000 Stellen gestrichen, davon allein 50 000 Pflegestellen in Krankenhäusern und 10 000 Stellen in der Jugendarbeit. Hinzu kommt, dass wichtige Bereiche des Öffentlichen Dienstes wie Müllabfuhr, Wasser- und Energieversorgung oder Nahverkehr wegen der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen privatisiert wurden. Im Ergebnis wurden viele Verkehrsverbindungen gestrichen und der Bevölkerung höherer Kosten für Wasser, Energie und Müllabfuhr zugemutet.

DIE LINKE hat sich von Anfang an gegen die Privatisierung in diesen Bereichen ausgesprochen. Zum einen, weil die Gesamtkosten, die mit und nach solchen Übertragungen für die öffentliche Hand anfallen, häufig höher sind als eine Erbringung durch die öffentliche Hand selbst. Zum anderen steht für uns im Vordergrund, dass die Leistungen des Staates in hoher Qualität erbracht werden. Dies ist bei der Profitorientierung privater Dienstleister gerade für die sozial Schwachen nicht gesichert.

Für DIE LINKE, die einen grundlegenden sozialen, solidarischen und demokratischen Wandel der Gesellschaft anstrebt, hat der Öffentliche Dienst eine Zukunft, wenn er sich konsequent zu einer Dienstleistungseinrichtung für die Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt, die Bürgerrechte und -ansprüche gewährleistet. Für eine solche Entwicklung sind nach Auffassung der LINKEN vor allem fünf Schritte erforderlich:

1. Wir brauchen eine tief greifende Modernisierung des Öffentlichen Dienstes, bei der alles auf den Prüfstand gehört: die Aufgabenbereiche, die Arbeitsorganisation, die Kommunikations- und Informationssysteme usw.
2. Wir wollen eine umfassende Weiterbildung der Beschäftigten, die nicht nur auf die Beherrschung neuer Technologien und Verfahren sondern auch auf die Verstärkung soziale Kompetenzen zielt.
3. Wir wollen ein neues Dienstrecht, das vor allem auf eine Vereinheitlichung der Arbeits- und Lebens-

bedingungen der Beschäftigten, die schrittweise Aufhebung des Beamtentums sowie die Verankerung des Leistungsgedankens in den Laufbahn- und Entgeltsystemen orientiert.

4. Wir wollen eine Demokratisierung des Öffentlichen Dienstes. Die Beschäftigten müssen ihre vielfältigen Ideen und Vorschläge einbringen können. Sie bzw. ihre Personalvertretungen und die Gewerkschaften müssen in jeder Phase gleichberechtigt mitentscheiden können.

5. Wir wollen soziale Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes statt Arbeitsplatzabbau.

Online-Durchsuchung

Online-Durchsuchung ist ein schönes Wort für die »technische Fähigkeit, entfernte PC durchsuchen zu können, ohne selbst am Standort des Geräts anwesend zu sein.« Diese Formulierung stand am Beginn der Karriere der Online-Durchsuchung. Zufällig wurde im Rahmen der Haushaltsdebatte 2006 im Bundestag bekannt, dass die deutschen Sicherheitsbehörden an der Entwicklung dieser Fähigkeit arbeiten und sie auch schon praktizierten.

Anfang Februar 2008 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Online-Durchsuchung nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen verfassungsgemäß sei. Im November 2008 schließlich verabschiedete der Bundestag ein neues Gesetz für das Bundeskriminalamt, das diese politisch umstrittene verdeckte, geheime Ermittlungsmethode enthält. Online-Durchsuchung bedeutet, dass Polizei oder Geheimdienste vom Nutzer/User unbemerkt die Festplatte des PC mit Hilfe eines sog. Trojaners durchsuchen und damit natürlich tief in die grundrechtlich besonders geschützte Privatsphäre eindringen. Je nach Technik muss dazu vorher in die Wohnung eingebrochen und damit ein weiteres Grundrecht (Art 13 GG, Unverletzlichkeit der Wohnung) eingeschränkt werden.

Der Computer ist für viele Menschen heute bereits das elementare Gedächtnis und Kommunikationsmittel. Dort lagern intimste Informationen aus allen Lebensbereichen wie Tagebücher, Steuererklärungen, Briefe oder eMails. Auf all das kann die Polizei auch bei einer »normalen« Beschlagnahme zugreifen, die Online-Durchsuchung wird von den Betroffenen aber nicht bemerkt – es ist eine verdeckte Maßnahme. Sie kann ohne Richtervorbehalt, d. h. direkt von der Polizei eingesetzt werden und sich auch gegen Unverdächtige, sog. Kontaktpersonen richten. Die Befugnis zu dieser Maßnahme ist ein entscheidender Schritt, die Polizei mit grundgesetzlich eigentlich nicht zulässigen geheimdienstlichen Instrumenten auszustatten. Das Bundesverfassungsgericht hat das zwar zugelassen, gleichwohl ist eine solche geheimdienstlich arbeitende Polizei mit demokratischen Verhältnissen schwerlich vereinbar.

DIE LINKE fordert den vollständigen Verzicht auf das Instrument Online-Durchsuchung. Eine Über-

nahme in die Landespolizeigesetze darf es nicht geben, stattdessen müssen verdeckte Polizei-Ermittlungsmethoden wie Video- (Späh-) und Lauschangriff, Rasterfahndung und anderes abgebaut werden. DIE LINKE will die Trennung von Polizei und Geheimdiensten, die vor allem im Zuge der »Anti-Terror«-Gesetzgebung nach dem 11. September 2001 weitestgehend aufgehoben wurde, wiederherstellen.

Ostdeutschland

18 Jahre nach der Herstellung der Deutschen Einheit gibt es noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Ostdeutschland spaltet sich zunehmend in einige wenige Wachstumsregionen und ganze Landstriche, in denen sich soziale, wirtschaftliche und demografische Probleme rasant verschärfen. Der »Aufbau Ost« wurde von den Bundesregierungen seit 1990 viel zu oft nur als ein »Nachbau West« betrieben, ohne vorhandene Potenziale zu nutzen und in Neues zu investieren.

Im Osten Deutschlands sind so seit 1990 vielerorts zwar eine moderne Infrastruktur, sanierte und modernisierte Wohnungen sowie Naturschutz- und Erholungsgebiete entstanden sind, die durchaus wichtige Standortfaktoren für Ansiedlungen darstellen, doch an wesentlichen Voraussetzungen für eine gleichwertige Entwicklungsperspektive der ostdeutschen Länder fehlt es. Die Ausdünnung der Forschungslandschaft und anhaltende staatlich geförderte Lohnunterschiede sind dabei nur zwei Elemente.

Die Schere zwischen Ost und West bei Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft oder Einkommenslage klafft weiter auseinander. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist fast flächendeckend doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Konjunktur hat vor allem der Niedriglohnsektor. Junge, qualifizierte Fachkräfte, darunter viele junge Frauen, wandern ab. Die Kinderarmut ist gerade im Osten erschreckend hoch. Mit dem Abschmelzen der Solidarpaktmittel und der Reduzierung der EU-Fördermittel werden sich diese Entwicklungen noch verschärfen. Die Bundesregierung hat keine Strategie, wie der Osten trotz sinkender Wirtschaftskraft und zurückgehender Solidarpaktmittel weiter gefördert werden soll. Andererseits ist der Osten aus der Zeit vor und nach der Wende reich an positiven Erfahrungen, die bisher kaum genutzt werden, z. B. beim Stadtumbau, dem Ausbau Erneuerbarer Energien oder dem Einsatz von Gemeindeschwestern als Unterstützung für die flächendeckende ärztliche Versorgung.

DIE LINKE hält an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West fest. Vordringlich ist die Beseitigung aller noch existierenden negativ diskriminierenden rechtlichen Sonderregelungen. Hierzu zählen die niedrigeren Rentenwerte in Ostdeutschland. Die LINKE fordert die Angleichung der ostdeutschen Löhne und Gehälter sowie der Renten an das westdeutsche Niveau. Sie setzt sich außerdem für eine sozial gerechte Lösung der aus

der Überführung der DDR-Altersversorgung in das bundesrepublikanische Recht resultierenden Probleme ein. Die bestehenden Regelungen bringen ganze Berufsgruppen um beträchtliche Teile ihrer Rentenansprüche. Und vordringlich sind zweitens verstärkte Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Forschung. Die LINKE fordert eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland, die alle Vorhaben einem »Ost-TÜV« unterzieht. Alle speziellen Ost-Programme müssen erhalten bleiben. Eine gesonderte »Ost-Quote« soll eine angemessene Berücksichtigung des Ostens an gesamtdeutschen Förderprogrammen sicherstellen.

DIE LINKE wird den Förderbedarf strukturschwacher Regionen in Europa, darunter auch der in Ostdeutschland, weiterhin mit Nachdruck unterstreichen und sich dafür einsetzen, dass dies auch in Zukunft ein Grundanspruch an die Politik der Europäischen Union bleibt.

Pendlerpauschale

SPD und CDU/CSU haben die Pendlerpauschale praktisch abgeschafft. Seit dem 1. Januar 2007 dürfen Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Die Bundesregierung stellt sich auf den Standpunkt, dass Fahrtkosten eine reine Privatangelegenheit sind. Nur noch Steuerpflichtige mit »überdurchschnittlich weiten« Wegen können einen Teil ihrer Kosten geltend machen. Wer mehr als 20 Kilometer fahren muss, darf die zusätzlichen Kilometer abrechnen. Für einen Fahrweg von beispielsweise 30 Kilometern sind also die Kosten für zehn Kilometer absetzbar.

Durch die Streichung der Pendlerpauschale zahlen die Beschäftigten jährlich rund 2,5 Milliarden Euro mehr in die öffentlichen Kassen. Das sei notwendig für die Haushaltskonsolidierung, meint die Bundesregierung. Eine offensichtlich fadenscheinige Begründung – denn die Unternehmen erhalten Steuergeschenke. Zum 1. Januar 2008 wurde die Körperschaftsteuer, die Kapitalgesellschaften entrichten, erneut gesenkt, von 25 auf nur noch 15 Prozent.

DIE LINKE hat die faktische Abschaffung der Pendlerpauschale von Beginn an als arbeitnehmerfeindlich und verfassungswidrig kritisiert. Sie ist verteilungspolitisch falsch, weil sie allein die Beschäftigten trifft. Sie ist ein weiterer Anschlag auf die Realeinkommen. Auch für Beschäftigte muss der verfassungsrechtliche Grundsatz gelten, dass die Kosten der Erwerbstätigkeit von den Einnahmen abzuziehen sind. Dieses »Nettoprinzip« sorgt bislang dafür, dass sowohl die sogenannten Werbungskosten als auch besondere Aufwendungen die Steuerschuld vermindern. Dieses Prinzip darf nicht willkürlich bei den Fahrtkosten außer Kraft gesetzt werden. Deshalb ist die Abschaffung der Pendlerpauschale verfassungswidrig. Zu Recht klagen zahlreiche Steuerpflichtige gegen diesen Einschnitt. Noch 2008 ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu erwarten.

DIE LINKE fordert die vollständige Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer. Unabhängig vom Verkehrsmittel ist die Entfernung zum Arbeitsort mit 30 Cent pro Kilometer steuerlich anzuerkennen.

Pflegereform

Christa P. ist 82 Jahre alt. Sie lebt in einer westdeutschen Kleinstadt in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung und braucht tägliche Hilfe. Die Pflegeversicherung zahlt ihr ungefähr 14 Euro pro Tag. Ihre Sozialstation berechnet ihr aber für die tägliche Pflege, also Hilfe beim Aufstehen, Waschen, Anziehen, dem Einkauf und Zubettgehen 900 Euro im Monat. Ihre Pflegebedürftigkeit verbraucht das wenige, was sie an Rente erhält. Wie Christa P. geht es vielen der über zwei Millionen pflegebedürftigen Menschen in Deutschland. Bereits 2005 hat die Regierung anerkannt, dass die Pflegeversicherung grundlegend

reformiert werden muss. Zudem wurden seit der Einführung 1995 die Leistungen nicht angehoben. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen infolgedessen immer mehr für ihre Pflege zuzahlen, und das für eine Leistung, in der der Grundsatz »satt, sauber, trocken« vorherrscht. Pflegebedürftigkeit treibt heute viele Menschen in Existenznot und Sozialhilfebedürftigkeit. Angehörige müssen den erheblichen Hilfebedarf auffangen. Überforderung und Überlastung sind keine Seltenheit. Der Alltag von professionellen Pflegekräften ist durch zunehmende Arbeitsverdichtung gekennzeichnet, ihre Arbeit wird weiter schlecht bezahlt.

Die Pflegereform 2008 hilft den Pflegebedürftigen nicht weiter. Die Leistungen wurden wenn überhaupt um lediglich zehn Euro im Monat angehoben. Dieser Betrag kann den Wertverlust durch Inflation seit 1995 in keinem Fall ausgleichen. Auch für Pflegebedürftige muss gelten, dass sie selbstbestimmt am Leben teilhaben können. Sie wünschen sich, dass man sich Zeit für ihre Pflege nimmt. Ihnen zuhört. Mit ihnen spricht. Die Bundesregierung hat zwar neu definiert, was es heißt, pflegebedürftig zu sein, das war es dann aber auch schon. Für Menschen mit demenziellen Erkrankungen bedeutet dies beispielsweise, dass für ihre Betreuung höchstens 6,77 Euro am Tag zur Verfügung stehen. Private und gesetzliche Pflegeversicherung bieten dieselben Leistungen. Aber die privaten Versicherungskonzerne haben nur handverlesene Versicherte und damit über 16 Milliarden Euro Überschüsse. Die gesetzliche Pflegeversicherung dagegen pfeift aus dem letzten Loch. Ein Finanzausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung und die Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege wären nur folgerichtig. Aber die Koalition hat auch hier nichts gegen die soziale Schieflage unternommen.

DIE LINKE will eine schrittweise Reform der Pflegeversicherung. Diese Reform muss endlich die unmittelbaren Probleme der Pflegebedürftigen angehen:

- Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen deutlich angehoben und jährlich angepasst werden.
- Demenzkranke brauchen die Unterstützung der Pflegeversicherung.
- Angehörige und Ehrenamtliche müssen mehr unterstützt werden.
- Arbeitnehmer werden für bis zu sechs Wochen freigestellt, um sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern.
- Auch für die Pflegekräfte gilt: Gutes Geld für gute Arbeit!
- Mittelfristig wollen wir eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in der Pflege einführen, mit der sich die erforderlichen Leistungsausweitungen solide und gerecht finanzieren lassen.

Praktikum

»Generation Praktikum« – immer mehr ausgebildete junge Leute müssen sich anstelle eines gesicherten

Berufseinstiegs mit befristeten, unsicheren und schlecht bezahlten Jobs, Honorar- oder Werkverträgen abfinden. Nicht wenige rutschen nach Schule oder Studium in eine Praktikasschleife und sind damit über Jahre in einer Situation finanzieller Unsicherheit und beruflicher Perspektivlosigkeit gefangen.

Der Großteil der Praktikantinnen und Praktikanten arbeitet für umsonst – und das häufig über viele Monate hinweg. Selbst von denjenigen Praktikantinnen und Praktikanten, die bereits eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben, erhält weniger als die Hälfte überhaupt eine Vergütung. Und wer Geld bekommt, kann davon häufig nicht einmal die nötigsten Lebenshaltungskosten decken. Nur jede achte Praktikantin oder Praktikant wird danach vom Unternehmen übernommen.

Über 100 000 Unterschriften unter zwei öffentliche Petitionen haben bereits im Jahr 2007 deutlich gemacht: Der Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten als Billigarbeitskräfte muss aufhören. Doch auf entsprechende Aktivitäten der Bundesregierung warten die Betroffenen bis heute vergeblich.

In den letzten Jahren wurden zunehmend reguläre Arbeitsplätze durch Praktikantinnen und Praktikanten ersetzt. Sie sind fest in die Betriebsabläufe eingeplant und arbeiten kaum weniger als Normalbeschäftigte.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für Praktika neu geregelt werden. Praktika sind keine Arbeits-, sondern Lernverhältnisse. Der Berufseinstieg muss in der Regel über reguläre Arbeitsverträge laufen. Unverbindliches, unbezahltes Probearbeiten unter dem Deckmantel eines Praktikumsverhältnisses widerspricht allen Grundsätzen des Arbeitnehmerschutzes und darf nicht akzeptiert werden. DIE LINKE fordert eine klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen. Praktika sollten ebenso wie andere Ausbildungsverhältnisse vertraglich eindeutig geregelt sein – mit verbindlichen Lernzielen und verlässlicher Betreuung. Jede Praktikantin, jeder Praktikant muss sich darüber hinaus auf arbeitsrechtliche Mindestschutzbestimmungen berufen können, wie sie unter anderem auch für Auszubildende gelten – auch diejenigen, die ihr Praktikum im Rahmen eines Studiums oder einer Ausbildung absolvieren. Hierfür sollten alle Praktika in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden. Betriebs- und Personalräte müssen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und in Konfliktsituationen gehört werden. Und nicht zuletzt: Praktika müssen angemessen vergütet werden.

DIE LINKE fordert für Praktika während Ausbildung oder Studium mindestens 300 Euro im Monat, nach abgeschlossener Ausbildung oder Studium den branchenüblichen Lohn.

Privatisierung

Billiger, besser und näher an der Kundschaft – mit diesen Verheißungen wurden jahrelang Stadtwerke, Krankenhäuser, Wasserbetriebe, Müllabfuhr und viele andere öffentliche Dienstleistungen privatisiert. Hunderte Städte, Gemeinden und Landkreise haben den Versprechen geglaubt oder keinen anderen Ausweg gesehen, um ihre Haushalte zu stützen. Mittlerweile ist bekannt, was von den Ankündigungen der privaten Anbieter und Investoren zu halten ist. Höhere Preise und Gebühren, schlechterer Service, rücksichtlose Ausnutzung von Angebotsmonopolen, weniger demokratische Kontrolle und geringere Einnahmen für die kommunalen Haushalte – das ist in vielen Orten die bittere Realität. In Umfragen meint eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, dass die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die Preise nach oben treibt. Bürgerentscheide wie etwa in Leipzig, Düsseldorf oder Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen Privatisierungen wächst. Auch die Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen der Privatisierung zu kämpfen. Die gegenwärtige Finanzkrise offenbart schonungslos, wie risikoreich grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder intransparente Betreiberverträge sind. Dass es auch anders geht, demonstriert eine wachsende Zahl von Kommunen. Sie nehmen wichtige Ver- und Entsorgungsbetriebe wieder in die eigene Verantwortung.

DIE LINKE lehnt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ab. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden europaweit seit Beginn der Privatisierungswelle abgebaut. Qualität und Sicherheit der Versorgung sind trotz höherer Preise häufig gesunken. Deshalb gehört die elementare Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung und Kultur, Energie, Wasser, Busse und Bahnen, Abfallentsorgung) in die öffentliche Hand.

DIE LINKE will Privatisierungen stoppen und fordert einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor. Angesichts der schlechten Leistungsbilanz privatisierter Betriebe sollte der dogmatische Grundsatz, dass privat immer besser sei als öffentlich, endlich aufgegeben werden. Entsprechende Gesetze und Verordnungen sind zu streichen. Ein erster Schritt ist die Rücknahme des geplanten Börsengangs der Deutschen Bahn. Ebenso steht die Vergesellschaftung der überregionalen Strom- und Gasnetze auf der Tagesordnung, um die Preistreiberei der Energiekonzerne zu beenden und um eine saubere Energieversorgung zu gewährleisten. DIE LINKE unterstützt alle selbstbewussten Kommunen und Bürgerinitiativen, die auf Rekommunalisierung setzen.

Rechtsextremismus

Die Verbreitung rechtsextremer Vorstellungen ist keineswegs mehr auf den Rand der Gesellschaft beschränkt. Rechtsextreme Einstellungsmuster über die Ungleichheit der Menschen, über die Unterlegenheit der Demokratie, über die Zerstörung der deutschen (und europäischen Kultur) durch zu viele Zuwanderer reichen heute bis weit in die Mitte der Gesellschaft. In Deutschland existieren unterschiedliche rechtsextremistische Gruppierungen, Parteien und politische Strömungen. Sie verbindet ein ausgeprägter Rassismus, der die angeborenen oder kulturell erworbenen Unterschiede der Menschen absolut setzt und höher oder niedriger, besser oder schlechter wertet. Sie wollen damit Vorrechte für die einen und diskriminierende geringere Rechte für die andern Menschen, Staaten, Länder, Regionen, Geschlechter erreichen. Antisemitismus spielt eine große Rolle. Für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) z. B. ganz traditionell zur Begründung ihres »Antikapitalismus«, bei der Deutschen Volksunion (DVU) dient er der Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen und damit gleichzeitig zur Aufwertung des Nationalsozialismus. Demokratie, Menschenrechte und Gleichheit aller Menschen lehnen sie ab und es gilt die alte völkisch-nationalistische Parole »Deutschland aber alles«. Viele der Gruppen oder Parteien verharmlosen die Verbrechen des Naziregimes und knüpfen direkt an nationalsozialistischer Ideologie und Politik an. Die extreme Rechte in Deutschland befindet sich im Aufwind und hat sich in einigen Regionen auch kommunal verankern können. Nicht erst mit den Wahlerfolgen von NPD und DVU in Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird klar, welche Gefahr von der extremen Rechten ausgeht: Seit Jahren steigen die Straf- und Gewalttaten von rechts an, werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer sexuellen oder politischen Orientierung oder ihrer sozialen Lage zu Opfern rechtsextremer Gewalt. In einzelnen Regionen des Landes dominieren die extremen Rechten Jugendkultur- und Musikszenen.

Parteien wie die NPD versuchen die wachsende soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft für sich zu nutzen und haben sich die soziale Frage auf ihre Fahnen geschrieben. Aber ihre Lösungsangebote sind völkisch und rassistisch und richten sich gegen Minderheiten und schwächere Bevölkerungsgruppen. Das bedeutet aber nicht, dass rechtsextremistische Parteien Zulauf nur von sozial Schwachen am Rande der Gesellschaft erhalten. Eine besondere Gefahr für eine demokratische Gesellschaft sehen wir darin, dass auch in der politischen Mitte der Gesellschaft demokratische Grundsätze ausgehöhlt, lächerlich gemacht und zur Illusion erklärt werden. Der Aufschwung rechtsextremer Parteien und die Verbreitung rechtsextremer Ideen dürfen nicht verharmlost oder gar als verständliche Reaktion auf gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt werden.

Rechtsextreme Gewalt muss von allen demokratischen Parteien konsequent geächtet und staatlich verfolgt und geahndet werden. Eine unabhängige

Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus muss eingerichtet werden, um die Beobachtung von NPD und Nazistrukturen nicht dem Verfassungsschutz zu überlassen. Vorhandene öffentliche Projekte und Initiativen arbeiten hier sehr viel effektiver und leisten mit ihrer mobilen Beratung unverzichtbare Arbeit zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Gruppen und Ideen. Sie unterstützen praktisch als einzige die Opfer rechtsextremistischer Gewalt.

Solche Projekte und Initiativen müssen langfristig finanziell gesichert und ausgebaut werden. Rechts-extreme Ideen und Politik sind mit Strafverfahren, Organisationsverboten, Schutz der Opfer und Aufklärung über ihre Verbreitung zu bekämpfen. Aber nicht nur das. Auch die Förderung von Bildungsarbeit, die sich mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft befassen soll verstärkt werden. Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen müssen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus befähigt werden. Und schließlich müssen auch die Themen Rechtsextremismus, Demokratiefeindschaft sollen in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen verankert werden, um im schulischen Bereich besser zu diesen Themen arbeiten zu können.

Regionalförderung

Wenn massenhaft Arbeitsplätze fehlen, wenn jüngere Menschen abwandern, wenn Schulen geschlossen werden, wenn es mit dem gesellschaftlichen Leben bergab geht, dann spricht man von strukturschwachen Regionen. Die Nachteile, die weite Teile Ostdeutschlands, aber auch Landkreise und Städte im Westen prägen, sollen durch gezielte Regionalpolitik gemildert werden. Die Europäische Union, der Bund und die einzelnen Bundesländer stellen Mittel bereit, um die soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern. Zu den wichtigen Instrumenten der Regionalpolitik zählen die europäischen Struktur- und Sozialfonds, die von Bund und Ländern finanzierte »Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik (GRW)« und die für Unternehmen in Ostdeutschland gezahlte Investitionszulage.

Mit Nachdruck unterstützt DIE LINKE das Ziel, für gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen zu sorgen. Um das zu erreichen, muss die Regionalpolitik reformiert werden. Denn vielfach hat sich die früher geltende Förderphilosophie ins Gegenteil verkehrt. Nicht die Schwächen beseitigen, sondern die Stärken oder nur noch die Starken stärken – das ist oft das unausgesprochene Motto. Und das heißt: Kaum noch Gelder für ländliche Regionen und Konzentration auf die wenigen industriellen »Leuchttürme« in den Städten. Besser ist dagegen eine Politik, die besondere Eigenarten und Entwicklungspotenziale der Regionen in den Mittelpunkt stellt und gezielt ausbaut, damit eine gleichwertige Entwicklung möglich bleibt.

Um die Regionalpolitik auf eine verlässliche Grundlage zu stellen, fordert DIE LINKE:

■ *Unterfinanzierung der »Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik« (GRW) beenden.* Seit Jahren werden die GRW-Mittel des Bundes gekürzt. Sie sind von 2,1 Milliarden Euro (1993) auf aktuell rund 600 Millionen gesunken. Besonders in der aktuellen Wirtschaftskrise ist eine deutliche Erhöhung nötig und volkswirtschaftlich sinnvoll.

■ *Investitionszulage nicht auslaufen lassen.* Die Investitionszulage für die neuen Bundesländer ab 2009 kontinuierlich abzusenken, um sie dann nach 2013 auslaufen zu lassen, ist fahrlässig. Wie der Bundesrat fordert auch DIE LINKE, dass die eingesparten Steuermittel zumindest für die Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe zu nutzen sind. Besser ist eine Weiterführung der Investitionszulage auf dem bis 2009 gültigen Niveau.

■ *Transparenz schaffen, Verlagerungen ausschließen.* Der Fall NOKIA, die Verlagerung des mit 70 Millionen Euro Steuergeldern geförderten Werkes von Bochum nach Rumänien, zeugt von Intransparenz und Missbrauch. Um das zu verhindern, bedarf es erstens einer Veröffentlichungspflicht über Art, Umfang und Empfänger der Förderung. Zweitens sollten Subventionen, die eine erhebliche regionale Bedeutung haben, nur noch in Form öffentlicher Beteiligungen an dem jeweiligen Unternehmen gewährt werden. Dadurch ist die Mitsprache der öffentlichen Hand zu sichern.

■ *Gute Arbeit und Mitbestimmung in der Förderpolitik verankern.* Subventionen sind nur dann zu zahlen, wenn Qualitätsstandards eingehalten werden. Dazu gehören beispielsweise tarifliche Entlohnung und Ausschluss von Leiharbeit. Zu diesem Zweck ist es unabdingbar, dass Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen an der Regionalpolitik und an der Vergabe von Fördermitteln maßgeblich beteiligt werden.

Rekommunalisierung der Energieversorgung

Günstigere Preise, bessere Dienstleistungen und eine sozial-ökologisch orientierte Energiepolitik – das bieten die großen Energieversorgungsunternehmen nicht. Eine repräsentative Umfrage des forsa-Institutes Anfang 2008 zeigt: 78 Prozent der Befragten schätzen die Kosten bei der Energieversorgung nach der Privatisierung höher ein als vorher.

DIE LINKE setzt sich für den (Rück)Kauf der Energieversorgung durch die Kommunen ein. Im Energiebereich gibt es Beispiele gelungener Rekommunalisierung wie in Nümbrecht (Nordrhein-Westfalen), Ahrensburg (Schleswig-Holstein) und Wolfhagen (Hessen). Sehr erfolgreich ist auch die baden-württembergische Gemeinde Schönau. Dort hat nicht die Kommune, sondern eine Bürgerinitiative das örtliche Stromnetz erworben. Der (Rück-)Kauf von Stromnetzen und Stadtwerken, die Eigentum der vier großen Energiekonzerne in Deutschland sind (RWE, EnBW, Vattenfall, E-ON), setzt einen langen Atem und Durchsetzungswillen voraus. Doch das mögliche Ergebnis lohnt den

Einsatz: Eine sozial und ökologisch orientierte Energiepolitik für die Bürgerinnen und Bürger und ein nachhaltiger Schutz des Klimas durch den Einsatz erneuerbarer Energie. Zudem kommen die Gewinne eines kommunalen Unternehmens der Allgemeinheit zugute.

DIE LINKE setzt sich für die bezahlbare, versorgungssichere, ökologische und sozialverträgliche Versorgung mit Energie ein. Insbesondere im Mietwohnungsbereich ist großes Einsparungspotential vorhanden, das von der Kommune genutzt werden kann. Stadtwerke in öffentlicher Hand werden sich um Energieeinsparungen bemühen anstatt ein neues Kraftwerk zu bauen. Insbesondere die Kraft-Wärme-Kopplung leistet einen wichtigen Beitrag zur sparsamen Energienutzung. Die gleichzeitige Nutzung von Strom und Abwärme kann einen Wirkungsgrad von bis zu 90 Prozent erreichen. Manche Städte, die über eigene Stadtwerke verfügen, weisen bereits heute Kraft-Wärme-Anteile von mehr als 50 Prozent auf. Beispiele sind Flensburg und Schwäbisch Hall oder München mit 83 Prozent. Ziel linker Energiepolitik ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den ökologischen und sozialen Zielen zu erreichen. Über kommunale Stadtwerke können kostenlose Grundkontingente oder Sozialtarife vom Energiebetrieb angeboten werden. Letztlich geht es aber vor allem darum, den Energiebedarf drastisch zu reduzieren und den (verminderten) Bedarf mit erneuerbaren Energien zu decken.

Rentenpolitik

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung prekärer Arbeit und sinkende Löhne führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen niedrigere Beiträge aufgrund niedrigerer Löhne. Allein diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen bereits das Risiko zukünftiger Altersarmut. Die Rentenreformen von SPD und Grünen sowie CDU/SPD lassen obendrein das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig dramatisch sinken. Die Versicherten sollen diese Kürzungen durch mehr private Vorsorge (»Riestern«) ausgleichen. Doch wer erwerbslos ist oder wenig verdient, hat dazu keine wirkliche Chance. So potenziert sich das Risiko von Altersarmut.

Die Rentenreformen der letzten Jahre, die mit der demografischen Entwicklung und zu hohen »Lohnnebenkosten« begründet wurden, haben zu einer Teilprivatisierung der Alterssicherung geführt, die vor allem Versicherungskonzernen und Unternehmen nützt. Für die Versicherten steigt die Belastung für die Altersvorsorge. Denn sie müssen die sinkenden gesetzlichen Renten durch private Vorsorge kompensieren, an deren Finanzierung die Arbeitgeber nicht beteiligt sind. Das sinkende Niveau der gesetzlichen Rente führt zu einer massenhaften Wiederkehr von Altersarmut. Dies gefährdet die Legitimation der gesetzlichen Rente

als öffentlichem Pflichtversicherungs- und Solidarsystem und leistet einer weiteren Privatisierung der Alterssicherung Vorschub. Im Gegensatz zu den Einlagen der Gesetzlichen Rentenversicherung sind die privat angelegten Gelder zur Alterssicherung vor einer Finanzkrise nicht gesichert.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern. Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen müssen wieder Renten erhalten, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweisen. Dazu müssen sämtliche Kürzungen aus der Rentenformel gestrichen werden. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 67 Jahre lehnen wir ab, weil sie für die meisten zu hohen Abschlägen führen wird und deswegen nichts außer einer weiteren Kürzung der Renten bewirkt. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen. Dafür kämen geförderte Altersteilzeitmodelle wie auch der erleichterte Zugang zu Erwerbsminderungsrenten ohne Abschläge in Frage. Die gesetzliche Rente soll in Zukunft alle Erwerbstätigen erfassen. Auch Selbstständige, Beamte und Politiker/innen sollen in sie einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir aufheben. Dadurch wird mehr Geld in die Rentenkasse eingezahlt, das dann gerechter verteilt werden kann. Dieser Solidarausgleich soll erweitert werden, damit Phasen der Erwerbslosigkeit oder Kinderbetreuung und niedrige Löhne nicht in die Altersarmut führen. Insbesondere sollen für Arbeitslosengeld II-Beziehende höhere Beiträge zur Rentenkasse geleistet und die Rentenansprüche von Geringverdienenden aufgewertet werden. Ungerechte Berechnungsgrundlagen in der Rente zwischen Ost und West müssen 18 Jahre nach der deutschen Einheit endlich beseitigt werden. Kein Mensch soll im Alter weniger als 800 Euro aus der Rente oder Grundsicherung haben. All dies muss von einer Politik für gute Arbeit und gute Löhne flankiert werden.

Schwangerschaftsabbruch

»Mein Bauch gehört mir!« Mit dieser plakativen Forderung begannen westdeutsche Frauen in den 70er Jahren für ihr Recht zu kämpfen. Sie wollten selbst über ihren Körper bestimmen und eine ungewollte Schwangerschaft legal beenden können. In der DDR konnten Frauen bereits seit dem Jahr 1972 innerhalb der ersten 12 Wochen legal einen Abbruch vornehmen lassen. 1992 hat das Bundesverfassungsgericht die »Fristenregelung«, die einen Schwangerschaftsabbruch bis zum 3. Monat erlaubte, verworfen. Heute sind Schwangerschaftsabbrüche wieder eine Straftat, die aber in bestimmten Ausnahmefällen nicht strafrechtlich verfolgt wird.

1. Nach einer Pflichtberatung mit anschließender dreitägiger Bedenkzeit kann eine Frau in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straffrei einen Abbruch vornehmen lassen.
2. Im Falle einer Vergewaltigung, kann eine Frau auch ohne Zwangsberatung bis zur 12. Woche einen Abbruch vornehmen lassen.
3. Die Frist spielt keine Rolle, wenn es medizinische Gründe für den Abbruch gibt. Wenn also die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren gefährdet oder aus ärztlicher Sicht mit einer erheblichen gesundheitlichen Schädigung des Kindes zu rechnen ist. Die Kosten übernimmt in diesen Fällen die Krankenkasse.

Die Frage, ob Frauen selbst über eine Abtreibung entscheiden können, ist eine Frage, wie es um das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in einer Gesellschaft bestellt ist. DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass jede schwangere Frau das Recht hat, allein und ohne staatliche Bevormundung oder Belehrungsversuche über sich und ihren Körper zu entscheiden. Die LINKE setzt sich daher nach wie vor uneingeschränkt für das Recht von Frauen auf sichere und legale Schwangerschaftsabbrüche ein. Dazu gehört unbedingt auch, dass die Kosten für einen Abbruch übernommen werden, wenn die betroffene Frau nicht das Geld hat. Ohne eine solche Regelung über finanzielle Unterstützung liefe für Frauen das Selbstbestimmungsrecht ins Leere.

Der Straftatbestand der Abtreibung in den Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches soll ersatzlos gestrichen werden, es sei denn eine Abtreibung wird gegen den Willen der Schwangeren vorgenommen. Die Kosten eines Abbruchs müssen von öffentlichen Kassen übernommen werden, wenn die betroffene Frau über unzureichende Mittel verfügt, damit das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet bleibt. DIE LINKE will weiterhin, dass der Satz »Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt.« in das Grundgesetz aufgenommen wird.

SED-Vermögen

Lebt DIE LINKE von verborgenem SED-Vermögen? So lautet ein beliebtes Vorurteil gegenüber der

LINKEN. Angespielt wird dabei auf den Verdacht, die frühere PDS habe Vermögen ihrer Vorgängerpartei, der Staatspartei SED, auf die Seite geschafft und finanziere sich heimlich davon. Diese Unterstellungen werden immer wieder ins politische Spiel gebracht. Dabei liegen die Finanzabrechnungen der früheren PDS und der LINKEN der Öffentlichkeit in den Rechenschaftsberichten wie die Finanzabrechnungen aller anderen Parteien vor.

Das Vermögen der SED wurde auf der Grundlage des Parteiengesetzes der DDR (§§ 20 a und 20 b) vom Februar 1990 mit dem Stichtag 7. Oktober 1989 unter treuhänderische Verwaltung gestellt. Eine »Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« hatte die Aufgabe, den materiell-rechtsstaatlichen Erwerb des Parteivermögens zu prüfen und festzustellen.

Unabhängig davon hat die PDS auf eigenen Beschluss Anfang 1990 aus dem Parteivermögen eine Summe von 3,041 Milliarden Mark der DDR an den Staatshaushalt der DDR für soziale und kulturelle Zwecke abgeführt. Große Teile des vorhandenen Geldvermögens der Partei mussten für Abwicklungsmaßnahmen eingesetzt werden – nach Verfügung der treuhänderischen Verwaltung jeweils auf der Grundlage von Freigaben durch die Treuhandanstalt. Die SED hatte immerhin ca. 44 000 hauptamtliche Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnisse aufzulösen waren. Auch die Verwaltung von ca. 750 Immobilien bis zur Übergabe an neue Träger bzw. Betreiber verlangte größere Aufwendungen.

Bereits 1990 hat die PDS den Verzicht auf das Auslandsvermögen der SED erklärt, ohne dass dessen Umfang dem Präsidium des Parteivorstandes zu diesem Zeitpunkt konkret bekannt war. Am 14. Mai 1992 wurde dieser Verzicht auf der Grundlage eines Vertrages zwischen der Treuhandanstalt und der PDS notariell beurkundet. In der Bundestagsdrucksache 12/5575 vom 19. August 1993 ist das der PDS nach intensiven Recherchen bekannt gewordene Auslandsvermögen als Nachtrag zum Rechenschaftsbericht der PDS veröffentlicht worden. Es gab 1990 den Versuch von Funktionären der SED/PDS, Parteivermögen an der Treuhand vorbei für die Partei zu sichern. So wurden rund 107 Millionen DM ins Ausland transferiert, die durch die Treuhandanstalt zurückgeholt wurden. Im ersten Halbjahr 1990 wurden von der Partei ohne Zustimmung der Treuhandanstalt Darlehen zur Gründung von GmbH ausgereicht, mit denen auch Arbeitsplätze für ehemalige MitarbeiterInnen der Partei gesichert werden sollten. Diese Verfahrensweise hatte letztlich keine rechtliche Grundlage, so dass in der Regel eine Rückabwicklung durch die Treuhandanstalt erfolgte.

Zum 31. August 1991 wurden auf der Grundlage eines Verwaltungsaktes der Treuhandanstalt die Geldbestände auf den Bankkonten der PDS eingezogen, so dass faktisch mit dem 1. September 1991 eine finanzielle Neugründung der PDS stattfand. Von da an konnte die Partei nur noch über die ab diesem

Zeitpunkt eingenommenen Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatlichen Mittel verfügen.

Am 18. Juli 1995 wurde vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht ein Vergleich zwischen PDS, Treuhandanstalt (BvS) und Unabhängiger Kommission zur endgültigen Regelung der Vermögensfragen abgeschlossen. Auf der Grundlage dieses Vergleichs hat die PDS kein Geldvermögen zurückerhalten, da der Erwerb dieses Vermögens nicht als materiell-rechtsstaatlich anerkannt wurde. Das traf auch auf die von der SED eingenommenen Mitgliedsbeiträge zu. Der PDS wurden vier Immobilien insbesondere aus dem früheren Eigentum der KPD (darunter das Berliner Karl-Liebknecht-Haus als Sitz des Parteivorstandes) zugesprochen. Außerdem konnte die PDS die in den Geschäftsstellen vorhandenen Ausstattungen behalten.

Aus der treuhänderischen Verwaltung entlassen wurden auch die »Neues Deutschland Verlag und Druckerei GmbH« und die »Karl Dietz Berlin Verlag GmbH«, bei denen die PDS Gesellschafter war.

Sparkassen

Die öffentlichen Sparkassen haben in Deutschland die Aufgabe, die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger und der lokalen Unternehmen mit Finanzdienstleistungen (Girokonten für jede und jeden; Kreditvergabe für regionale Wirtschaft) zu gewährleisten. Träger der Sparkassen sind in der Regel eine Stadt, ein Landkreis oder ein kommunaler Sparkassenzweckverband aus mehreren Kommunen. Im Juli 2005 entfiel die Verpflichtung der Kommunen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Sparkasse. Seitdem haben Privatbanken mehrfach, allerdings erfolglos versucht, den kommunalen Trägern Sparkassen abzukaufen, um eine lästige Konkurrenz auszuschalten und deren Kunden zu übernehmen.

Landesbanken gehören in der Regel den beteiligten Bundesländern und den regionalen Sparkassenverbänden. Sie haben unter anderem die Unterstützung der Sparkassen als Sparkassendienstleister und -girozentralen und die Förderung der regionalen Wirtschaft zur Aufgabe. Viele der Landesbanken haben allerdings auch im globalen Finanz-Kasino – also im internationalen Finanzmarktgeschäft – kräftig mitgemischt. Schon 2007 kam beispielsweise die Landesbank Sachsen durch risikoreiche Anlagen in Not. Die Finanzkrise 2008 sorgte unter anderem bei der West-LB und bei der BayernLB für milliardenschwere Belastungen.

Die Landesbanken und Sparkassen haben im Finanz-Kasino nichts zu suchen. Transparenz durch demokratische Kontrolle ist daher dringend erforderlich. Eine öffentliche Trägerschaft gewährleistet die effektive und flächendeckende Versorgung von Mittelstand und Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen. Und nur so können die Banken der öffentlichen Hand als Instrument einer umwelt- und beschäftigungsorientierten regionalen Wirtschaftspolitik genutzt werden. Dazu ist es allerdings

notwendig, dass die Landesregierungen eine eigene regionalwirtschaftliche Strategie haben.

DIE LINKE steht zum System der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Das Grundprinzip der kommunalen Sparkassen muss erhalten, eine auch nur teilweise Privatisierung muss verhindert werden. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit und intensivere Arbeitsteilung kann ein flächendeckendes Sparkassennetz gesichert werden.

DIE LINKE fordert die Verpflichtung aller Banken, nicht nur der Sparkassen, für alle Bürgerinnen und Bürger ein diskriminierungsfreies Guthaben-Girokonto bereitzustellen.

Sparkassen und Landesbanken sollen sich auch weiterhin ihren unterschiedlichen Aufgaben stellen. In die Geschäftspolitik der Sparkassen wie der Landesbanken muss mehr Transparenz und öffentliche Kontrolle einziehen. Die Landesbanken müssen wieder als Serviceeinrichtung für ihre Sparkassen im Bereich der Refinanzierung und Finanzierung von Großprojekten tätig werden. In der laufenden Debatte um Fusionen zwischen Landesbanken halten wir am Regionalprinzip fest: statt durch Fusionen eine oder zwei große Landesbanken zu errichten, sollte die regionale Bindung der Geschäfte der Landesbanken erhalten werden.

Gerade angesichts der aktuellen Finanzkrise und Kreditklemme haben die Landesbanken die Gelegenheit, sich wieder auf das realwirtschaftliche Geschäft zu konzentrieren, große Mittelständler und Großunternehmen mit Kredit zu versorgen und sich dadurch zusätzliche Kundengruppen zu erschließen.

Stadtumbau

Schließung von Industriestandorten, Arbeitsplatzabbau, Abwanderung und Geburtenknick haben in Ostdeutschland dazu geführt, dass rund 1 000 000 Wohnungen voraussichtlich dauerhaft leer stehen. In einigen Klein- und Mittelstädten ging die Bevölkerungszahl innerhalb von nur 15 Jahren um bis zu 50 Prozent zurück. Einen ähnlichen Strukturwandel gibt es auch in einigen westdeutschen Regionen, die einst zu den industriellen Kerngebieten zählten. Als Antwort auf diese Entwicklung reagieren Bund und Länder mit einem von der Bau- und Wohnungswirtschaft entwickelten Wohnungsabrissprogramm. Zwischen 2002 und 2008 wurden in Ostdeutschland ca. 300 000 Wohnungen abgerissen. Dieses Förderprogramm hat vor allem die Stabilisierung des Wohnungsmarktes und somit eines möglichst hohen Mietenniveaus zum Ziel.

Die mit dem Stadtumbau verbundene Herausforderung und Chance, die Städte nach neuen zukunftsorientierten sozialen, ökologischen und kulturellen Leitbildern zu entwickeln, wird bislang nur ungenügend genutzt. Stattdessen bestimmen die Leerstandsquote und die finanzielle Situation der Wohnungsunternehmen sowie die der Städte und Gemeinden den Stadtumbauprozess. Die Einwohnerinnen und Einwohner in den betroffenen Bereichen werden nur unzureichend beteiligt.

Die weitere Ausdehnung des Förderprogramms auf die Innenstädte birgt die Gefahr, dass wertvolle, denkmalgeschützte oder das Stadtbild prägende Gebäude mit öffentlichen Fördermitteln abgerissen werden. Auch Plattenbauten in Großsiedlungen des industriellen Wohnungsbaus dürfen nicht blind und ohne Beachtung der sozialen Folgen abgerissen werden.

DIE LINKE betont, dass der Stadtumbau sich nicht auf den Abriss von Wohnungen reduzieren darf. Gebraucht werden Modelle durchdachten Rück- und Weiterbaus. Die Bilanzen der wohnungswirtschaftlichen »Marktbereinigung« sind endlich um soziale Bilanzen (der Verdrängung und Abwanderung, aber auch gelungener Beispiele der Gemeinwesenentwicklung), um Ökobilanzen, Bilanzen des Denkmalschutzes und der Wahrung kultureller Identitäten, um Verkehrsbilanzen usw. zu erweitern. Bürgerbeteiligung muss zu einem verbindlichen Element in diesen Prozessen entwickelt werden. Durch die Aufstellung von Sozialplänen können Härten für die vom Abriss oder Rückbau direkt betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner gemildert werden. Ziel der LINKEN sind durchgrünte und barrierefreie Städte der kurzen Wege mit einem ausreichenden und bezahlbaren Wohnungsangebot für alle Bevölkerungsgruppen in allen Stadtlagen.

Steuerhinterziehung

Klaus Zumwinkel war 2008 der prominenteste Steuerbetrüger. Der ehemalige Chef der Deutschen Post hat Kapitaleinkünfte verheimlicht und nicht versteuert. Zumwinkel ist kein Einzelfall. Tausende Millionäre nutzen Nummernkonten in der Schweiz, Stiftungen in Liechtenstein oder Steueroasen in der Karibik für ihren Betrug. Insgesamt werden jährlich rund 30 Milliarden Euro hinterzogen, schätzt die Deutsche Steuergewerkschaft. Die betuchten Damen und Herren haben offensichtlich keine Angst, beim Steuerbetrug erwischt zu werden. Das ist angesichts der dramatischen Situation in der Finanzverwaltung auch nicht verwunderlich. Für die Prüfung von Unternehmen, bei der Steuerfahndung und im Innendienst fehlen gegenwärtig rund 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein solcher Personalnotstand ist definitiv keine Drohkulisse für Kriminelle.

Auf EU-Ebene gibt es seit 2005 die sogenannte EU-Zinsrichtlinie. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten zum Informationsaustausch. Allerdings sind Luxemburg, Österreich und Belgien davon ausgenommen und nur verpflichtet, eine Quellensteuer auf die Konten von Ausländern zu erheben. Und diese Verpflichtung gilt nur für Privatpersonen und ihre Zinseinkünfte, nicht für Stiftungen und nicht für andere Kapitaleinkommen wie etwa Dividenden. Jenseits der Europäischen Union ist die internationale Amts- und Rechtshilfe noch mangelhafter. Weltweit werden Billionen Dollar in Steueroasen geparkt und ungestraft der Besteuerung entzogen.

In der gegenwärtigen Krise sind immer wieder Bekenntnisse zu hören. Dass man gegen systemati-

schen Steuerbetrug vorgehen müsse, sagt auch Finanzminister Steinbrück (SPD). Aber den Worten folgen keine Taten. Im Gegenteil: Ab 1. Januar 2009 gilt in Deutschland die sogenannte Abgeltungssteuer. Auf Zinsen und Dividenden sind einheitlich 25 Prozent zu zahlen. Damit entfällt für diejenigen, die vom Vermögen leben, die Steuerprogression. Das richtige Prinzip, dass mit dem Einkommen der Steuersatz steigt, wird für Kapitalerträge abgeschafft. Zusätzlich gibt es noch einen besonderen Steinbrück-Clou: Für die Feststellung der Steuerschuld sollen die Mitteilungen der Vermögensverwalter reichen. So werden ausgerechnet die Banken, denen in der Vergangenheit systematische Steuerhinterziehung für ihre besten Kunden nachgewiesen worden ist, zur Vertrauensinstanz der Behörden. Der handlungsfähige Staat, von dem Steinbrück gerne spricht, sieht so eher nach steuerlicher Selbstverwaltung der oberen Zehntausend aus.

DIE LINKE fordert wirksame Schritte gegen die Steuerhinterziehung auf nationaler und internationaler Ebene:

- einseitige Maßnahmen gegen Staaten, die beim Informationsaustausch über Kapitalerträge nicht kooperieren (beispielsweise Ausschluss ihrer Banken vom deutschen Kapitalmarkt);
- Meldepflicht für Kapitalbewegungen ins Ausland ab einem jährlichen Betrag in Höhe von insgesamt 100 000 Euro;
- deutliche personelle Aufstockung der Steuerfahndung und der Steuerprüfung, spürbare strafrechtliche Verfolgung von Steuerbetrügern;
- Ausweitung der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte in der gesamten Europäischen Union;
- internationale Vereinbarungen über die möglichst vollständige Schließung von Steueroasen.

Stromversorgung

Niemand kann ohne Energie am normalen Leben teilnehmen. Mit steigenden Preisen ist diese Binsenwahrheit für viele Menschen zu einem spürbaren Problem geworden. Insbesondere Strom muss in einer modernen Gesellschaft verlässlich zur Verfügung stehen. Er sollte bezahlbar sein und umweltverträglich produziert werden – das sind die beiden wichtigsten Anforderungen.

Davon ist die Stromproduktion in Deutschland weit entfernt. Das liegt vor allem an den vier großen Stromkonzernen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Sie beherrschen rund 80 Prozent der Stromerzeugung. Sie kontrollieren die Übertragungsnetze. Sie dominieren eine beträchtliche Zahl von Stadtwerken durch ihre Beteiligungen. Sie sperren sich gegen erneuerbare Energien und setzen weiterhin auf schmutzigen Kohle- und gefährlichen Atomstrom. Und sie nutzen ihre Marktmacht, um die Stromkunden abzukassieren. E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall gehören in Deutschland zu den größten Umweltsündern und Preistreibern. Die Kehrseite sind explodierende Profite. Allein bei E.ON sind die Roh-Gewinne

von 3,35 Milliarden (2001) auf 9,21 Milliarden Euro (2007) gestiegen. Solche Betriebsergebnisse sind nur durch Marktmacht und Preistreiberei zu erklären.

DIE LINKE nennt den skandalösen Machtmissbrauch der Stromkonzerne beim Namen und verlangt eine neue Energiepolitik. Wer dauerhaft für bezahlbare Preise und eine ökologische Stromproduktion sorgen will, darf den Konflikt nicht scheuen. Dagegen hat die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD bislang keinerlei nennenswerte Anstrengungen unternommen, um die »großen Vier« unter Druck zu setzen. Zu vielfältig sind offenbar die personellen Verquickungen zwischen diesen Parteien und der Stromwirtschaft.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Umgestaltung der Stromwirtschaft. Dazu gehören:

■ *Umgehend für Sozialtarife sorgen.* Für Haushalte mit geringem Einkommen haben die Energieversorger verbindliche Sozialtarife und Energieberatungen anzubieten. Die Sozialtarife sollen mindestens 50 Prozent unter dem günstigsten Tarif des jeweiligen Stromanbieters liegen. Darüber hinaus sind die Kosten für Heizung und Warmwasser den wohngeldberechtigten Haushalten in angemessener Höhe zu erstatten.

■ *Besondere Gewinnsteuer für Stromkonzerne.* Um Sozialtarife und Erstattungen zu finanzieren, ist eine besondere Gewinnsteuer nötig. Damit sollen die Ext-raprofite der Stromkonzerne abgeschöpft werden.

■ *Preisaufsicht wieder einführen.* Die Abschaffung der staatlichen Aufsicht über Strom- und Gastarife war ein großer Fehler. Deshalb ist diese Aufsicht umgehend wieder einzuführen und wirksam auszugestalten.

■ *Stromnetze verstaatlichen.* Als wichtiger Teil der Infrastruktur gehören Stromnetze in die öffentliche Hand. Wenn private Konzerne über sie verfügen, wird eine soziale und ökologische Stromversorgung immer wieder blockiert.

■ *Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen.* Die Stromkonzerne planen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Um die gleichzeitige und deshalb besonders effiziente Produktion von Strom und Heizwärme (Kraft-Wärme-Kopplung) voranzutreiben, sind aber Großkraftwerke ungeeignet. Deshalb ist es ökologisch und ökonomisch sinnvoller, auf Kraftwerke mittlerer Größe und soweit wie möglich auf erneuerbare Energieträger zu setzen.

■ *Rekommunalisierung vorantreiben.* Die Kommune ist der richtige Ort für eine effektive Energienutzungsplanung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. In zahlreichen Städten und Gemeinden wurde erfolgreich nachgewiesen, dass die Energieversorgung in kommunaler Regie effizienter, preisgünstiger und ökologischer erfolgen kann. Deshalb muss die Rekommunalisierung der Energieversorgung vorangetrieben werden.

Studiengebühren

Bis zu 1000 Euro im Jahr müssen Studierende zahlen – in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg,

Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Das macht 83 Euro im Monat. Im Durchschnitt verfügen Studierende aber nur über monatlich 777 Euro und liegen damit unter der Armutsgrenze. Nach Einführung von Studiengebühren haben Zehntausende ihr Studium abgebrochen, 5000 allein an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main im Jahr 2007. Aus Angst vor bis zu 15 000 Euro Schulden fangen viele mit dem Studium erst gar nicht an. Studiengebühren schrecken allein 18 000 Studienberechtigte im Jahr 2006 ab, insbesondere Frauen und Arbeiterkinder. Mehr als 60 Prozent der Studierenden arbeiten, um ihr Studium ganz oder teilweise zu finanzieren. Studieren sie dadurch länger, werden sie mit Langzeitgebühren bestraft. Durch Studiengebühren haben sie weniger Möglichkeiten für Praktika, Auslandssemester und Mitarbeit in Hochschulgremien. Sie wählen dann bevorzugt Fächer, die gutbezahlte Berufe in Aussicht stellen. Studienwahl nach Interesse, kritische Wissenschaften und beruflich vorbereitende Erfahrungen bleiben zunehmend außen vor.

DIE LINKE lehnt jede Form von Studiengebühren ab, auch Verwaltungs-, Langzeit-, Zweitstudiumsgebühren oder Studienkonten. Sie sind Teil des Bildungs- und Sozialabbaus. Seit den 1970er Jahren ist das Studium in der Bundesrepublik gebührenfrei. Diese soziale Errungenschaft verteidigt DIE LINKE. In Hessen hat sie die Proteste der Studierenden unterstützt. Gebühren sind dort wieder abgeschafft. Gebühren sind kein Mittel gegen die Unterfinanzierung der Hochschulen. Für die fehlenden Milliardenbeträge braucht es ein staatliches Zukunftsinvestitionsprogramm. Denn die Bildung der zukünftigen Generationen ist eine öffentliche, gesellschaftliche Aufgabe. Der Weg zu Bildung für alle führt daher nicht über sozial ungerechte Gebühren, sondern eine gerechte Steuerpolitik und den politischen Willen für bessere Hochschulen in der Breite. Für DIE LINKE ist Bildung keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. In keinem Industrieland der Welt bestimmt das Einkommen der Eltern so sehr die Bildungschancen ihrer Kinder wie in Deutschland. Heute kommen nur noch rund zehn Prozent der Studierenden aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien. DIE LINKE will Abschaffung aller eingeführten Studiengebühren erreichen und die Gebührenfreiheit des gesamten Bildungsweges – von der Kindertagesbetreuung bis zu Hochschule – im Grundgesetz verankern.

DIE LINKE will, dass Deutschland mehr Geld für Bildung und Hochschulen ausgibt. Unter den Industrieländern sind die hiesigen Ausgaben für Bildung unterdurchschnittlich. Damit der Zugang zur Hochschulbildung nicht vom Elternhaus abhängt, wollen wir ein elternunabhängiges, bedarfsdeckendes BAföG als Vollzuschuss einführen. Und: Der Hochschulzugang für Menschen ohne Abitur – aber mit Berufsausbildung und -erfahrung – muss besser abgesichert werden.

Tobinsteuer

Die Spekulation mit Währungen einzudämmen, ist das zentrale Anliegen der Tobinsteuer. Sie ist benannt nach dem US-Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin. Er machte 1972 den Vorschlag, auf jeden Kauf und Verkauf einer Währung eine geringfügige Devisenumsatzsteuer zu erheben. Dadurch sollten kurzfristige Spekulationen unrentabel und die internationalen Finanzmärkte stabiler werden. Dass der rein spekulationsbedingte Devisenhandel dramatische Folgen haben kann, zeigte sich Ende der neunziger Jahre in der Asienkrise.

Der Kurs verschiedener asiatischer Landeswährungen sank schnell und heftig, weil Spekulanten aus aller Welt ihre kurzfristigen Anlagen aus diesen Ländern abzogen. Dadurch wurde der Finanzsektor in Indonesien und anderswo zerrüttet. Die Wirtschaft Südostasiens rutschte in eine tiefe Rezession. Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen.

Auch zwischen den Industrieländern wird der Devisenhandel von der Spekulation dominiert. Die Kurse des Euro, des Dollar oder des japanischen Yen orientieren sich nicht an sinnvollen Kriterien, wie der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Inflation. Deshalb kommt es immer wieder zu schnellen, hektischen Kursausschlägen, die für produzierende Unternehmen und insbesondere für wirtschaftlich schwächere Länder bedrohlich werden können.

Für DIE LINKE ist die energische Bekämpfung der Währungsspekulation eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Wirtschaftspolitik. Dass Spekulanten die Handels- und Kapitalströme bestimmen und schwere Krisen auslösen, ist ein globaler Irrsinn, der nicht hinzunehmen ist. Die Weltwirtschaft braucht eindeutige, nachvollziehbare und faire Spielregeln. Dazu gehören relativ feste, nur innerhalb vereinbarter Zielzonen schwankende Wechselkurse zwischen den Währungen. Zusätzlich ist, wie von Tobin vorgeschlagen, der Devisenhandel zu besteuern. Noch besser wäre es, den gesamten Handel mit Wertpapieren zu besteuern, um die Spekulation auf allen Feldern des Kapitalverkehrs wirksam zu bekämpfen.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Reform der internationalen Währungspolitik. Dazu gehören:

- klar definierte Zielzonen für die Wechselkurse, im ersten Schritt für die wichtigsten Währungen (Dollar, Euro und Yen);
- Tobinsteuer auf alle Devisengeschäfte mit einem einheitlichen Steuersatz von mindestens 0,25 Prozent, Erhebung der Tobinsteuer am Ort der Entstehung des Devisengeschäftes und Abführung an den jeweiligen Staatshaushalt, Finanzierung von Umweltschutz und Entwicklungshilfe mit dem zusätzlichen Steueraufkommen;
- Weiterentwicklung der Tobinsteuer zu einer Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapiergeschäfte.

Umweltzonen

Umweltzonen sind keine Reservate für die Umwelt, sondern städtische Zonen, in denen die Einhaltung Verschmutzungsobergrenzen besondere Maßnahmen erfordert. In Städten mit besonders von Luftverschmutzung betroffenen Bereichen können Umweltzonen eingerichtet werden. Gesetzliche Grundlage für diese Verordnung ist die europäische Feinstaubrichtlinie, mit der der Ausstoß krebserregender Feinstaubartikel drastisch reduziert werden soll. Umweltzonen gibt es seit Anfang 2008 unter anderem in Berlin, Hannover, Dortmund, Köln, Frankfurt sowie in 8 Städten in Baden-Württemberg. Diese Umweltzonen dürfen von Fahrzeugen, die bestimmte Abgasnormen oder Partikelminderungsstufen nicht einhalten, nicht mehr befahren werden.

Ziel dieser Umweltzonen ist nicht, dass Menschen nicht mehr in die Stadt fahren, sondern sie sollen bei der Fahrt in die Stadt die Luft nicht übermäßig verschmutzen. Generelle oder großzügige Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge, die die Schadstoffbegrenzungen nicht einhalten, sollte es nicht geben. Betroffene Dieselfahrzeuge stoßen beispielsweise mindestens zehn Mal so viel Feinstaub pro Kilometer aus wie Fahrzeuge mit einem geschlossenen Rußpartikelfilter. Benziner ohne geregelten Katalysator stoßen eine Reihe anderer, ebenfalls stark gesundheitsbelastender Schadstoffe aus.

In den Städten und Gemeinden müssen anspruchsvolle Aktionspläne entwickelt werden. Das ist notwendiger Gesundheits- und Umweltschutz. DIE LINKE begrüßt grundsätzlich die Einrichtung von Umweltzonen in Innenstädten – und als Angebot an die dadurch von Fahrverboten Betroffenen die steuerliche Förderung der Nachrüstung mit Dieselfußfiltern. Das ist auch ein Anreiz für die Automobilindustrie zur Entwicklung schadstoffärmerer Fahrzeuge. Für Halterinnen und Halter von Fahrzeugen, die die Schadstoffbegrenzungen nicht einhalten, sollte es in sozialen Härtefällen individuelle Ausnahmeregelungen geben. Gleichwohl wäre ein totales Freihalten der Innenstädte vom individuellen Autoverkehr der sinnvollere und für die Gesundheit und Umwelt effektivere Weg.

UNO

An die Vereinten Nationen (UN = United Nations, UNO) richten sich viele Hoffnungen: Die wichtigste Internationale Staatenorganisation soll bei Konflikten zwischen Staaten moderieren, schlichten und notfalls Gewalteskalationen unterbinden. Darüber hinaus sollen die 192 Mitgliedsstaaten helfen, sozialen und politischen Fortschritt zu ermöglichen. Dazu dienen UN-Gremien (z. B. der Sicherheitsrat, der Menschenrechtsrat und der Wirtschafts- und Sozialrat) und UN-Sonderorganisationen (wie z. B. die UNESCO oder die WHO). Schließlich entwickeln die UN das Völkerrecht weiter.

Nur der UN-Sicherheitsrat kann über Militäreinsätze und Sanktionen gegen einzelne Staaten abstimmen.

Die Siegermächte – also Russland, China, die USA, Frankreich und Großbritannien des Zweiten Weltkriegs – haben einen ständigen Sitz mit Veto-Recht. Durch die stark unterschiedlichen Interessen der Vetomächte ist der Sicherheitsrat häufig handlungsunfähig. Zudem spiegelt die heutige Welt mit ihren Konfliktlagen nicht mehr die Situation von 1945 wieder.

Neuerungen im UNO-Aufbau sind lediglich der »Menschenrechtsrat« und die »Friedenskommission zur Unterstützung von Staaten nach bewaffneten Konflikten«. Drängende Fragen dieser Zeit, wie Armutsbekämpfung und Sicherstellung einer Grundbildung für alle, Bekämpfung der großen Epidemien und Ähnliches, sind als »Millenniumziele« bisher nur verkündet.

DIE LINKE sieht als vornehmste Aufgabe der UNO, das Völkerrecht durchzusetzen. Staaten, die Angriffskriege führen, müssen von der UNO bestraft werden. Aber so lange mächtige Staaten wie die USA und andere NATO-Staaten, aber auch Russland und China das Völkerrecht brechen können, ohne mit Sanktionen rechnen müssen, bleibt die UNO ein Papiertiger. Konflikte wie der Irak-Krieg von 2003 zeigen die Hilflosigkeit der Staatengemeinschaft. Damit die UNO politisch und finanziell gestärkt wird, müssten die Mitgliedsstaaten mehr Mittel und Kompetenzen an die Vereinten Nationen abgeben. Nur so kann sie bei internationalen Problemen helfen, um weltweit Frieden und soziale Gerechtigkeit zu fördern und sichern zu können. Das setzt aber voraus, dass nur die UNO bei internationalen Konflikten dazwischen gehen darf. Militärbündnisse wie die NATO müssen sich der UNO strikt unterordnen.

Der aktuelle Trend zur Entwertung des Völkerrechts muss gebrochen werden kann. Auch »Bündnistreue« verpflichtet nicht, an der Zerstörung der wichtigsten internationalen Staatenorganisation mitzuwirken.

DIE LINKE fordert einen Umbau der UNO zu einer handlungsfähigen Organisation, die sich der drängenden Probleme der Zeit annehmen kann:

- Konflikte frühzeitig erkennen und nichtmilitärische Lösungen anstreben;
- Rüstungskontrolle und Rüstungsexporteinschränkungen sowie Abrüstung;
- gemeinsame ökonomische, soziale und ökologische Strategien entwickeln, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Völker, zu fördern;
- mehr UNO- Kompetenz, eingegangene Verpflichtungen der Staaten auch effektiv einzufordern;
- neue Aufgaben brauchen neue Ressourcen. Deshalb müssen die Beiträge der Mitgliedsstaaten angepasst werden,
- alle Institutionen der UNO demokratisieren. Erbhöfe wie die Sitze im Sicherheitsrat wären damit abgeschafft.

Unternehmenssteuer

Die Unternehmenssteuern müssen runter, um Investitionen anzuregen und Arbeitsplätze zu schaffen. So oder ähnlich hört man es seit Jahren von Industrieverbänden. Tatsächlich wurden die Steuersätze drastisch gesenkt, zunächst von SPD und Grünen, später von der Großen Koalition. Vor allem die Aktiengesellschaften profitierten. Die Körperschaftsteuer, die auf den Gewinn zu zahlen ist, fiel von 45 beziehungsweise 30 Prozent zunächst auf 25 und dann auf nur noch 15 Prozent. In der Summe von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätsabgabe entrichteten Kapitalgesellschaften heute nur noch maximal 29,83 Prozent Steuer auf ihre Gewinne. Damit liegt die Bundesrepublik unter dem Niveau aller anderen G 7-Staaten (USA 40 Prozent, Japan 40,5 Prozent, Italien 37,3 Prozent, Kanada 36,1 Prozent, Frankreich 33,3 Prozent, Großbritannien 30 Prozent). In der Praxis ist dieser Unterschied noch wesentlich größer. Denn nirgends gibt es mehr Ausnahmen und Befreiungen. Deutsche Unternehmen überweisen deshalb wesentlich weniger an die Finanzämter als angesichts der Steuersätze zu erwarten wäre. Nach Berechnungen der EU-Kommission gehört die tatsächliche Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften und Kapitaleinkommen zu den niedrigsten in Europa.

DIE LINKE kritisiert die Politik der Steuergeschenke grundsätzlich. Weil die Bundesrepublik bereits seit Jahren ein Niedrigsteuerland insbesondere für Großunternehmen ist, gab es keinen Grund, die Steuersätze immer wieder zu senken. Willkürlich wurden den öffentlichen Kassen seit 2001 mehr als 100 Milliarden Euro entzogen, die für Bildung und Infrastruktur fehlen. Zu keinem Zeitpunkt hat es die behauptete positive Wirkung auf Investitionen und Arbeitsplätze gegeben. Die Unternehmen haben stattdessen ihre Aktionäre gepflegt und die Spekulation angeheizt. Es ist an der Zeit, dass Kapitalgesellschaften endlich wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Für kleine und mittlere Unternehmen bedarf es einer gezielten Förderung.

DIE LINKE fordert:

- Anhebung der Körperschaftsteuer auf mindestens 25 Prozent;
- angemessene Besteuerung von Gewinnen, die aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen resultieren;
- Abschaffung von unsinnigen Steuerbefreiungen, wie etwa die Gewerbesteuerfreiheit von Kapitalanlagegesellschaften (»Heuschrecken«)
- Aufdeckung und Unterbindung von konzerninternen, länderübergreifenden Modellen der »Steuerminimierung«;
- deutlich höhere Frequenz von Betriebsprüfungen, insbesondere bei Großunternehmen;
- Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer auf mindestens 50 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 Euro;
- Bessere und zielgenauere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Völkerrecht

Dem Völkerrecht liegt die Idee zugrunde, dass die Ordnung der internationalen Beziehungen einer rechtsförmigen Grundlage bedarf. Die heute gültige Gestalt nahm das Völkerrecht in der Charta der Vereinten Nationen, der auf ihr basierenden Resolutionen der UN-Institutionen und verschiedenen Internationalen Konventionen an.

Das gültige Völkerrecht ist eine unverzichtbare Bedingung für eine vernünftige internationale Ordnung.

Die Machtverhältnisse zwischen den Staaten werden durch das Völkerrecht zwar nicht aufgehoben, aber das geltende Völkerrecht lehnt den Krieg als akzeptables Mittel der Machtdurchsetzung ab. Es gibt natürlich zulässige Ausnahmen vom Gewaltverbot (Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe, geregelt in Art. 51 der UN-Charta; Maßnahmen bei einer Gefährdung der Sicherheit in einer Region, geregelt in Kapitel VII der Charta), aber sie sind dem Ziel der Vereinten Nationen, ein friedliches Zusammenleben der Staaten zu ermöglichen, untergeordnet.

Viele politische Entwicklungen, verstärkt nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, haben dazu geführt, das Gewaltverbot der UN-Charta zu untergraben und den Angriffskrieg zu »normalisieren«. Die jüngste Entwicklung ist verbunden mit dem Kosovo- und Irakkrieg. Auch der NATO-Krieg in Afghanistan trägt wesentlich zur Schwächung des Völkerrechts bei.

An dieser Tendenz zur Schwächung des Gewaltverbots hat auch die Bundesrepublik Deutschland ihren Anteil. Am Angriffskrieg gegen Jugoslawien war die Bundesrepublik ebenso beteiligt wie an den Afghanistaneseinsätzen, die bis heute andauern. Auch die Anerkennung des Kosovo durch die Bundesrepublik Deutschland trug zur Schwächung des Völkerrechts bei. Denn die Loslösung des Kosovo von Serbien erfolgte nicht einvernehmlich. Grenzen dürfen aber nur einvernehmlich verändert werden.

DIE LINKE hat die Mitwirkung der Bundesrepublik an den Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan ebenso wie die Anerkennung des Kosovo als Beiträge zu einer Schwächung des Völkerrechts kritisiert und sie abgelehnt.

DIE LINKE fordert die Durchsetzung des Gewaltverbots und einer sehr restriktiv geregelten Anwendung der Ausnahmebestimmungen. Das erfordert eine Reform der UNO. DIE LINKE fordert von der Politik der Bundesregierung, das Völkerrecht nicht weiter zu beschädigen. Das heißt zum Beispiel: Verweigerung der Mitwirkung an politischen und militärischen Maßnahmen, die zur Schwächung einer internationalen Rechtsordnung führen können. Zum Beispiel: Am Krieg gegen Jugoslawien hätte Deutschland nicht teilnehmen müssen. Das Kosovo hätte Deutschland nicht anerkennen müssen.

Vorratsdatenspeicherung

»Vielleicht können wir sie ja irgendwann mal brauchen« – nach diesem Motto wurden alle Telekom-

munikations- und Internetanbieter per Gesetz dazu verpflichtet, ab Januar 2008 alle Telefon-, Handy- und E-Mail-Verbindungsdaten sechs Monate lang »auf Vorrat« zu speichern. Gespeichert werden Rufnummern und Anrufzeit, Standort (bei Handy) und IP-Adressen, also die Internetadresse bei Internetverbindungen. Diese personenbezogenen Daten sollen bei Bedarf an die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste zur Gefahrenabwehr und Verfolgung von Straftaten und anderen Zwecken weitergegeben werden. Eine solche Speicherung auf Vorrat ist datenschutzrechtlich bisher unzulässig, weil kein konkreter Zweck erkennbar ist. Im Fall der Telekommunikationsüberwachung werden personenbezogene Daten praktisch aller Bürgerinnen und Bürger verdachtsunabhängig gespeichert. Bis dahin durften die Anbieter nur die zur Abrechnung nötigen Daten speichern. Mit den jetzt auf Vorrat gespeicherten personenbezogenen Daten wird jederzeit nachvollziehbar, wer mit wem wie lange kommuniziert hat. Bewegungsprofile und Kommunikationsnetzwerke, geschäftliche Kontakte und freundschaftliche Beziehungen können sichtbar gemacht werden. Der tatsächliche Nutzen dieser Speicherung im Kampf gegen Terrorismus und Internetkriminalität ist, das ergab eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts äußerst fraglich. Die Missbrauchsmöglichkeiten durch die Sicherheitsbehörden sind dagegen sehr hoch. Gegen diese Misstrauenserklärung der Regierung an die Bürgerinnen und Bürger hat sich ein bis dahin nicht gekannter breiter Protest entwickelt. 35 000 Bürgerinnen und Bürger, darunter auch Mitglieder der Fraktion DIE LINKE., haben Verfassungsbeschwerden eingelegt. Im Frühjahr 2008 hat das Bundesverfassungsgericht die Verwendung der Daten vorläufig auf Ermittlungen bei »schweren Straftaten« beschränkt.

Regierung und Sicherheitsbehörden haben technische Alternativen zur Sicherstellung von Daten bei Vorliegen eines konkreten Verdachts und Bedenken hinsichtlich des praktischen Nutzens und der rechtlichen Zulässigkeit nicht zur Kenntnis genommen. Sie haben mit dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung einen schweren, nicht hinnehmbaren Eingriff in die Kommunikationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger vorgenommen. Die wachsende Bedeutung der Telekommunikation in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft führt dazu, dass wir ständig Daten und Datenspuren hinterlassen. Setzt sich das Prinzip durch, diese Daten ohne jeglichen Verdacht auf Vorrat zu speichern, um sie irgendwann zu einem für den Einzelnen nicht mehr nachvollziehbaren Zweck zu verwenden, droht der Überwachungsstaat.

DIE LINKE unterstützt politisch und durch Teilnahme einiger Abgeordneter die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. DIE LINKE lehnt auch eine rechtsstaatlich gezähmte Vorratsdatenspeicherung ab und drängt auf ein Moratorium aller geplanten Sicherheitsgesetzverschärfungen und die Überprüfung aller bereits beschlossenen Sicherheitsgesetze auf unverhältnismäßige, nicht zulässige Eingriffe in Grundrechte.

Wehrdienst

Vor mehr als 50 Jahren wurde die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Damit verfolgte die Bundesregierung das Ziel, über den Aufbau eines Massenheeres mehr Gewicht in der NATO zu erhalten. Mit der Wehrpflicht wurde eine Brücke zu den militaristischen Traditionen im Kaiserreich und im Nationalsozialismus geschlagen.

DIE LINKE ist der Meinung, dass die Wehrpflicht als Zwangsdienst mit einem modernen Verständnis von Demokratie nicht vereinbar ist. Insbesondere der gegebenenfalls eintretende Zwang zum Töten ist nicht hinnehmbar. Die Wehrpflicht ist mit der Einschränkung von Grundrechten wie den Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit, auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit verbunden. Das Festhalten an der Wehrpflicht führt zu vielen gesetzlichen und praktischen Widersprüchen.

■ Die Wehrpflicht hat keine sicherheitspolitische Legitimation. Die Landesverteidigung wird ohne Wehrpflichtige gewährleistet. Nur noch 14 Prozent der Dienstposten sind für Grundwehrdienstleistende vorgesehen. Zudem rangiert die Landesverteidigung in den sicherheits- und militärpolitischen Planungen der Bundesregierung bzw. Bundeswehr an hinterer Stelle.

■ Die Wehrpflichtpraxis verstößt gegen das Prinzip der Wehrgerechtigkeit. Derzeit werden nur noch etwa 17 Prozent eines Jahrgangs von der Bundeswehr zum Grundwehrdienst einberufen.

■ Die Dienstgerechtigkeit kann nicht gewährleistet werden. Die Wahrscheinlichkeit einer Einberufung zum Zivildienst ist weitaus höher als diejenige zum Grundwehrdienst.

■ Der Zivildienst, der ursprünglich als Ersatzdienst gedacht war, ist inzwischen zum Regeldienst geworden. Auf 60 000 Grundwehrdienstleistende kommen mittlerweile fast 90 000 Zivildienstleistende.

Die Umsetzung des Zivildienstes verstieß von Anfang gegen das Gebot der Arbeitsmarktneutralität. Billige Zivildienstleistende wurden vor allem im Pflegebereich zu Lasten des ausgebildeten Pflegepersonals eingesetzt.

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Wehrpflicht. Aus der Bundeswehr würde dann eine Freiwilligenarmee. Hierzu bedarf es nur einer einfachen Mehrheit im Bundestag, die das Wehrpflichtgesetz aufhebt. Dies hätte angesichts des ohnehin geringen Anteils Wehrpflichtiger in der Bundeswehr keine Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit noch auf die demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die derzeitigen Kosten der Wehrpflicht von wenigstens 1,3 Milliarden Euro stünden für andere gesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung.

